

Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland

Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland

*Julia Baarck,
Mathias Dolls,
Kai Unzicker,
Lisa Windsteiger*

EXECUTIVE SUMMARY

ZUM HINTERGRUND DER STUDIE

Die Bertelsmann Stiftung erforscht seit über zehn Jahren den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Hierzu nutzt sie ein empirisches Modell, das sich aus neun Dimensionen zusammensetzt, mit denen die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders gemessen wird. Eine dieser neun Dimensionen ist das Gerechtigkeitsempfinden. In vergangenen Untersuchungen hat sich immer wieder gezeigt, dass diese Dimension besonders schwach ausgeprägt ist. Der wahrgenommene Mangel an Gerechtigkeit – sowie die Wahrnehmung von Ungerechtigkeit – stellt einen Risikofaktor für den gesellschaftlichen Zusammenhalt dar. Die hier vorliegende Studie stellt deswegen die Dimension Gerechtigkeitsempfinden in den Mittelpunkt und untersucht diese genauer.

ÜBER DIE BEFRAGUNG

Zu diesem Zweck hat das Umfrageunternehmen Bilendi & respondi im Auftrag der Bertelsmann Stiftung 4.900 Personen im Alter von 18 bis 69 Jahren in Deutschland zu ihrem Gerechtigkeitsempfinden online befragt. Die Erhebung fand vom 25. Oktober bis 11. November 2021 statt. Die Stichprobe ist hinsichtlich Einkommen, Alter, Bildung, Geschlecht, Bundesland sowie Ost- und Westdeutschland quotiert. Eine Folgebefragung, an der 4.004 der 4.900 Befragten der ersten Erhebung teilnahmen, vollzog sich im Zeitraum vom 16. bis 25. November 2021. Im Durchschnitt dauerte die Hauptbefragung 21 Minuten und die Folgebefragung acht Minuten. Die Auswertung hat in enger Abstimmung mit der Bertelsmann Stiftung ein Forscher:innen-Team des ifo-Instituts vorgenommen.

ZENTRALE ERGEBNISSE

Das Gerechtigkeitsempfinden ist in Deutschland insgesamt gering ausgeprägt.

Für die Studie wurden drei unterschiedliche Aspekte des Gerechtigkeitsempfindens untersucht: die allgemeine Einschätzung der Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland, das konkrete Gerechtigkeitsempfinden im Hinblick auf das eigene Einkommen und Vermögen sowie die Bewertung der Generationengerechtigkeit. Die Ergebnisse zeigen, dass alle drei Aspekte des Gerechtigkeitsempfindens gering ausgeprägt sind. Im Durchschnitt lehnen die Befragten alle Aussagen ab, die zur Bestimmung des Gerechtigkeitsempfindens verwendet wurden. 79 Prozent sehen keine Verteilungsgerechtigkeit gegeben, 66 Prozent bewerten die Generationengerechtigkeit negativ und nur 39 Prozent sind der Meinung, das eigene Einkommen oder Vermögen sei gerecht. Im Detail zeigen sich hierbei Unterschiede. So haben Männer ein signifikant höheres Gerechtigkeitsempfinden als Frauen. Menschen mit höherem Einkommen, höherer formaler Bildung sowie Bildungsaufsteiger:innen empfinden die Gesellschaft insgesamt, das eigene Einkommen und Vermögen sowie die Generationenunterschiede als gerechter. Befragte, die sich selbst politisch weiter rechts einstufen, halten die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft eher für gegeben als Befragte, die sich selbst links oder in der Mitte verorten. Die wahrgenommene Generationengerechtigkeit steigt mit dem Alter, während die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit umgekehrt mit höherem Alter als schlechter wahrgenommen wird.

Die Gerechtigkeitsprinzipien der sozialen Marktwirtschaft werden weitgehend geteilt.

Zentral für das Gerechtigkeitsempfinden sind auch grundsätzliche Vorstellungen davon, was als gerecht und was als ungerecht gilt. Hierfür wurde die Zustimmung zu vier Gerechtigkeitsprinzipien untersucht. Am stärksten stimmen die Befragten mit rund 95 Prozent dem Bedarfsprinzip zu (Mittelwert 8,3 auf einer Skala von 0 bis 10), gefolgt von 85 Prozent Zustimmung zum Leistungsprinzip (Mittelwert 7,1) und 54 Prozent zum Gleichheitsprinzip (Mittelwert 5,6). Das eher demokratiefeindliche Anrechtsprinzip wird im Durchschnitt überwiegend abgelehnt (Mittelwert 2,4). Nur neun Prozent stimmen diesem zu. Damit erfahren die beiden Prinzipien, die für die soziale Marktwirtschaft wesentlich sind, die breiteste Zustimmung. Ein Abgleich mit sozioökonomischen Faktoren lässt erkennen, dass die Befragten eher den Prinzipien zustimmen, die für ihre jeweilige eigene finanzielle Situation eine Verbesserung mit sich bringen würden. Menschen mit niedrigerem Einkommen und Bildungsstand präferieren häufiger das Bedarfs- oder Gleichheitsprinzip, während Befragte mit hohem Einkommen häufiger dem Leistungs- oder dem Anrechtsprinzip zuneigen. Aber auch Männer gewichten diese beiden Prinzipien signifikant höher als Frauen. Besonders wenig stimmen Bildungsaufsteiger:innen dem Gleichheitsprinzip zu.

Wie die Prinzipien gewichtet werden, steht in einem Zusammenhang mit dem Gerechtigkeitsempfinden: Diejenigen, die dem Bedarfs- oder Gleichheitsprinzip eher zustimmen, erleben die Gesellschaft als ungerechter. Umgekehrt sind diejenigen, die die Gesellschaft als gerecht erleben, häufiger dem Leistungs- oder Anrechtsprinzip zugeneigt.

Mit hohem Gerechtigkeitsempfinden geht größeres Institutionenvertrauen einher.

Das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen, wie Politiker:innen, die Polizei oder auch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, hängt eindeutig mit dem Gerechtigkeitsempfinden zusammen: Je gerechter die Befragten die Gesellschaft insgesamt, das eigene Einkommen und Vermögen sowie die Unterschiede zwischen den Generationen empfinden, desto eher schenken sie auch diesen Institutionen ihr Vertrauen. Besonders gering ist das Gefühl, sich nicht von der Politik repräsentiert zu fühlen, bei älteren Befragten, denen, die keinen höheren Bildungsabschluss als die eigenen Eltern erreicht haben, Bewohner:innen des ländlichen Raums sowie bei Menschen, die bei der letzten Bundestagswahl die AfD oder gar nicht gewählt haben.

Als Indikator für Institutionenvertrauen kann auch die Corona-Impfrate dienen, da Menschen mit geringerem Vertrauen in Wissenschaft und Forschung weniger bereit sind, sich impfen zu lassen. Tatsächlich stehen die COVID-19-Impfbereitschaft und das Gerechtigkeitsempfinden in einem positiven Zusammenhang.

Erfolg im eigenen Leben wird auf harte Arbeit zurückgeführt, in der Gesellschaft im Allgemeinen werden äußere Umstände höher gewichtet.

62 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass Reichtum in Deutschland im Allgemeinen vom Glück beziehungsweise dem Elternhaus abhängt. Anders bewerten dieselben Befragten das Zustandekommen des eigenen Wohlstands. Hier sagen 75 Prozent, dieser sei das Ergebnis harter Arbeit. Je älter die Befragten sind, desto diametraler verhalten sich diese beiden Wahrnehmungsperspektiven, die allgemeine und die persönliche, zueinander. Wer tatsächlich über mehr Einkommen verfügt und einen höheren Bildungsabschluss hat, ist sowohl häufiger der Meinung, der eigene Erfolg sei auf harte Arbeit zurückzuführen, als auch seltener der Ansicht, dass Reichtum in Deutschland von Glück und Elternhaus abhängt. Dies gilt auch für Bildungsaufsteiger:innen und Befragte, die sich selbst politisch rechts oder in der Mitte verorten. Ganz eindeutig zeigen die Ergebnisse auch einen Zusammenhang mit allen drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens. Die Befragten haben ein höheres Gerechtigkeitsempfinden, je eher sie davon überzeugt sind, dass es beim eigenen Wohlstand auf harte Arbeit und weniger auf Glück und Elternhaus ankommt.

Wer die Gesellschaft als ungerechter wahrnimmt, stimmt eher Umverteilungsmaßnahmen zu.

Generell ist die Zustimmung zu Umverteilungsmaßnahmen unter den Befragten ausgeprägt: 77 Prozent sind für die Einführung einer Vermögensteuer (Mittelwert 7,4 auf einer Skala von 0 bis 10), 75 Prozent für die Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich (Mittelwert 7,3), 70 Prozent für eine höhere Einkommensteuer für Besserverdienende (Mittelwert 6,9). Außerdem sehen 67 Prozent die Notwendigkeit von mehr Umverteilung von Reich nach Arm (Mittelwert 6,78). Jedoch ist die Bereitschaft, selbst mehr Steuern zu bezahlen, wenn dadurch mehr finanzielle Unterstützung für Arme möglich wäre, nur gering ausgeprägt. Gerade mal 37 Prozent wären hierzu bereit (Mit-

telwert 4,48). Je weniger gerecht die Befragten die Gesellschaft empfinden, desto größer ist ihre Zustimmung zu den Umverteilungsmaßnahmen. Dies gilt bei der Bereitschaft, selbst mehr Steuern zu zahlen, jedoch nur für das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden und nicht für die Generationengerechtigkeit oder das Gerechtigkeitsempfinden im Hinblick auf das eigene Einkommen und Vermögen.

Eine Stärkung der Generationengerechtigkeit trifft auf wenig Zustimmung.

Zwar sind 72 Prozent der Befragten der Meinung, die Politik habe Kinder und Jugendliche in der Coronapandemie vernachlässigt (Mittelwert 7,03). Insgesamt werden jedoch die meisten vorgelegten Maßnahmen zur Förderung von Generationengerechtigkeit abgelehnt. Jeweils weniger als 20 Prozent der Befragten befürworteten unterschiedliche Anpassungen im Rentensystem. Auch beim Wahlrecht zugunsten der jüngeren Generationen oder dem Verzicht auf neue Schulden ist die Zustimmung gering ausgeprägt. Einzig der stärkere Einsatz für das Erreichen der Klimaziele wird mehrheitlich befürwortet: 69 Prozent vertreten diese Position (Mittelwert 6,83). Es gibt jedoch deutliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen. So sind jüngere Befragte häufiger dafür, das Renten- und das Wahlsystem zu reformieren. Auf der anderen Seite stimmen ältere Befragte und solche mit hohem Einkommen der Aussage, dass der Staat – auch wenn dies mit Leistungskürzungen oder höheren Steuern und Abgaben verbunden ist – ohne neue Schulden auskommen sollte, eher zu als Jüngere und Befragte mit niedrigem Einkommen. Entgegen unseren Erwartungen geht größere Reformbereitschaft beim Thema „Generationengerechtigkeit“ mit einem ausgeprägteren Gerechtigkeitsempfinden einher. Ein Zusammenhang fällt dabei besonders ins Auge: Wer das eigene Einkommen und Vermögen als gerecht empfindet, ist auch eher der Auffassung, der Staat solle mehr unternehmen, um die Klimaziele zu erreichen.

Wer mehr Ungerechtigkeit wahrnimmt, wählt eher links – beim Klimaschutz deutet sich eine Verschiebung an.

Diejenigen, die die Gesellschaft als ungerechter empfinden, wählen eher linke Parteien mit einem stärkeren Fokus auf Umverteilung. Allerdings wählt, wer die Gesellschaft als ungerechter erlebt, auch eher Protestparteien oder geht überhaupt nicht zur Wahl. Befragte, die die Gesellschaft als gerechter wahrnehmen, wählen in der Tendenz eher Parteien, die stärker für marktwirtschaftliche Prinzipien eintreten. Was den Klimaschutz angeht, belegen die Studienergebnisse ein Spannungsverhältnis und deuten eine Verschiebung an. Zwar wird dieses Thema mit der Partei Bündnis 90 / Die Grünen bislang eher auf dem linken politischen Spektrum eingeordnet. Jedoch werden, wie oben beschrieben, Maßnahmen zur Stärkung der Generationengerechtigkeit und damit des Klimaschutzes eher von denen befürwortet, die die Gesellschaft als gerecht erleben und aus diesen Gründen tendenziell nicht für Parteien stimmen, die sich für Umverteilung einsetzen.

Das Spendenverhalten weist auf wahrgenommene Gerechtigkeitslücken hin – aber ist auch ein Spiegel selbst empfundener Gerechtigkeit.

In dieser Studie wurde der Zusammenhang zwischen Gerechtigkeitsempfinden und Spendenverhalten mit einer incentivierten Spendenfrage untersucht. Dabei konnten die Befragten einen Geldbetrag in Höhe von 50 Euro nach eigenem Ermessen zwischen drei zur Auswahl gestellten Spendenorganisationen aufteilen und einen Eigenanteil behalten. Durch eine Verlosung bestand eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass es tatsächlich zu dem Geldeinsatz kommt. Wo die Befragten ihre Spende einsetzen, hängt von den wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemlagen ab. Wer eine fehlende Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland beklagt, spendet mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an die Tafel. Menschen, die einen Mangel an Generationengerechtigkeit wahrnehmen, spenden eher an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Wohlhabendere, ältere und gebildeterere Menschen haben insgesamt eine höhere Spendenbereitschaft. Demgegenüber behalten diejenigen, die die eigenen finanziellen Verhältnisse als ungerecht wahrnehmen, einen größeren Geldbetrag zurück. Dieser Eigenanteil ist zudem signifikant höher bei Befragten, die sich politisch rechts orientieren, als bei denen, die politisch links oder in der Mitte verortet sind. Jüngere, solche mit hohem Einkommen und hoher Bildung sowie politisch links orientierte Befragte spenden überdurchschnittlich häufig für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Sie wird jedoch insgesamt am wenigsten bedacht, während die als unpolitisch wahrgenommene Deutsche Knochenmarkspenderdatei im Schnitt am meisten erhält (DKMS: 13,83 Euro, Tafel: 10,86 Euro, SRzG: 4,25 Euro).

Politische Orientierung beeinflusst den Umgang mit Informationen zu Verteilungsfragen.

Die Studie beinhaltete auch ein Umfrageexperiment, bei dem jeweils ein Teil der Teilnehmenden Informationen über die tatsächliche Vermögensverteilung beziehungsweise über die Altersstruktur der Wahlbevölkerung erhalten hat. Hierbei zeigt sich, dass die Befragten zunächst sowohl die Vermögensungleichheit als auch die Dominanz der älteren Bevölkerungsgruppen gegenüber jüngeren in der Wahlbevölkerung unterschätzen und anschließend ihre Einschätzung entsprechend den dargebotenen Informationen anpassen. Jedoch liefert das Experiment paradoxe Effekte dieser Informationen auf das Gerechtigkeitsempfinden. Bei denjenigen, die sich selbst politisch links oder in der Mitte verorten, haben die zusätzlichen Informationen keinen statistisch bedeutsamen Effekt. Sie schätzen sowohl die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit als auch die Generationengerechtigkeit genau so ein wie die entsprechenden Befragten aus der Kontrollgruppe, die keine Informationen erhalten haben. Anders diejenigen, die sich selbst politisch rechts einordnen: Obwohl auch sie die Ungleichheit der Verteilung zunächst unterschätzen und aufgrund der gegebenen Informationen anpassen, sind sie im Anschluss eher der Meinung, diese Verhältnisse seien gerechter, als die Vergleichspersonen aus der Kontrollgruppe. Dies zeigt, dass bereitgestellte Informationen nicht notwendig überzeugend sind oder sogar vom Gegenteil überzeugen können. Daraus ergeben sich Konsequenzen für mediale und politische Kommunikation.

INHALT

1	EINLEITUNG	10
	Gerechtigkeitsempfinden in der Krise	11
	Anlage dieser Studie	13
2	METHODISCHES VORGEHEN	15
2.1	Datenerhebung und Struktur der Befragung	15
2.2	Empirische Analyse	17
3	ERGEBNISSE	19
3.1	Gerechtigkeitsempfinden	19
3.2	Einstellungen zu Verteilungsprinzipien	23
3.3	Institutionenvertrauen	27
3.4	Wahrgenommener Einfluss von Glück und harter Arbeit	31
3.5	Umverteilungspräferenzen	33
3.6	Einstellungen zur Generationenpolitik	35
3.7	Spendenverhalten	40
3.8	Einfluss von Informationen über Altersstruktur und Vermögensverteilung – das Survey-Experiment	43
4	SCHLUSSFOLGERUNGEN	50
5	LITERATUR	52
6	ANHANG	54
	Impressum	75

1 EINLEITUNG

Seit 2012 untersucht die Bertelsmann Stiftung im Projekt „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ den sozialen Zusammenhalt in Deutschland und im internationalen Vergleich (siehe unter anderen Arant et al. 2017; Brand et al. 2020). Eine wichtige Dimension des gesellschaftlichen Zusammenhalts, die in den bisherigen Studien in den Blick genommen wurde, ist das Gerechtigkeitsempfinden. In repräsentativen Bevölkerungsbefragungen wurde ermittelt, ob und in welchem Ausmaß die Verteilung wirtschaftlicher Güter als gerecht empfunden wird. Dabei wurde die subjektive Wahrnehmung der Verteilungsgerechtigkeit erhoben, nicht die objektiv gemessene soziale Ungleichheit. Diese Unterscheidung ist wichtig, da eine breite wissenschaftliche Literatur gezeigt hat, dass das Gerechtigkeitsempfinden (und weniger die objektiv gemessene soziale Ungleichheit) ein wesentlicher Faktor für Politikpräferenzen der Bürgerinnen und Bürger und in der Folge für die Unterstützung politischer Maßnahmen zur Reduzierung sozialer Ungleichheiten ist (siehe zum Beispiel den Überblicksartikel von Stantcheva 2021).

Ein zentrales Ergebnis der letzten Erhebungen der Bertelsmann Stiftung aus den Jahren 2017 und 2020 lautet: Das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland bewegt sich auf einem niedrigen Niveau. Jeweils rund die Hälfte der Befragten sind der Ansicht, die sozialen Unterschiede in Deutschland seien nicht gerecht (51 Prozent im Jahr 2017, 46 und 48 Prozent in zwei Befragungen im Jahr 2020). Darüber hinaus teilen die Befragten mehrheitlich die Meinung, dass die wirtschaftlichen Gewinne in Deutschland nicht gerecht verteilt sind (64 Prozent 2017, 56 Prozent 2020). Lediglich 20 bis 25 Prozent sind der Ansicht, dass die Rangunterschiede zwischen den Menschen in Deutschland akzeptabel sind und dass man in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet wird.

Auch andere Untersuchungen stellen ein geringes Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland fest. Laut der OECD-Studie „Does Inequality Matter?“ (OECD 2021) werden die Einkommensunterschiede von 82 Prozent der Deutschen als zu groß wahrgenommen. Der OECD-Durchschnitt liegt knapp darunter bei 80 Prozent. Das eigene Einkommen schätzen die Menschen hingegen als weniger ungerecht ein, wie eine Untersuchung aus dem Jahr 2014 (Sachweh und Sthamer 2016) nahelegt. Danach meinen 37 Prozent der Deutschen, dass sie weniger als den gerechten Anteil am allgemeinen Lebensstandard erhalten. Allerdings empfinden Ostdeutsche und Menschen mit mittlerem Einkommen ihr eigenes Einkommen häufiger als ungerecht als Westdeutsche und Menschen mit hohem Einkommen (ebd.).

Ähnlich sieht es bei der sozialen Mobilität aus. Deutsche schätzen, dass sechs von zehn Kindern aus den untersten zehn Prozent auch als Erwachsene zu den untersten zehn Prozent der Einkommen gehören werden (OECD 2021). Bei den Faktoren, die den Lebenserfolg bestimmen, glauben 28 Prozent, es sei sehr wichtig, aus einer reichen Familie zu kommen; 50 Prozent denken, es sei sehr wichtig, gebildete Eltern zu haben; und für 61 Prozent ist es sehr wichtig, hart zu arbeiten (ebd.).

Übereinstimmend kommen damit verschiedene Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die empfundene Verteilungsgerechtigkeit, also die *intragenerationale* Gerechtigkeit, in Deutschland gering ausgeprägt ist. Davon zu unterscheiden ist die wahrgenommene Generationengerechtigkeit, also die *intergenerationale* Gerechtigkeit. Bei ihr geht es um die Frage, ob die Bedürfnisse verschiedener, insbesondere junger und zukünftiger Generationen ausreichend berücksichtigt und Lasten zwischen den Generationen gerecht verteilt werden. Angesprochen sind damit Themen wie Rente, Klimawandel und Staatsverschuldung. Auch hier weisen Studienergebnisse auf ein gering ausgeprägtes Gerechtigkeitsempfinden hin. So weist die europaweite ICAEW-Studie zur intergenerationalen Fairness (ICAEW 2017) aus, dass knapp die Hälfte der Menschen in Deutschland der Meinung sind, die eigene Generation werde bei Entscheidungen des Staates unfair behandelt. Der Aussage, dass die Regierung bei Politikentscheidungen die finanziellen Auswirkungen auf zukünftige Generationen berücksichtigt, stimmt nur ein Drittel der Befragten zu (ebd.). Das Rentensystem halten 70 Prozent für ungerecht gegenüber der jüngeren Generation und immerhin drei Viertel finden es nicht gerecht, wenn die Jüngeren eine geringere Rente erhalten als die heutigen Ruheständler, wie eine Erhebung aus dem Jahr 2006 zeigt (Sachweh und Sthamer 2016).

Auf der anderen Seite wird die Umverteilung von Ressourcen zugunsten der jungen oder zukünftigen Generationen für weniger relevant gehalten als eine gerechtere Verteilung im Hier und Jetzt (ICAEW 2017). Vor die Frage gestellt, welchen Politikbereichen eine hohe Priorität zukommt, sind die Antworten in allen europäischen Ländern ähnlich: Armut und Arbeitslosigkeit stehen ganz oben, die Sicherung von Renten und soziale Fürsorge werden ebenfalls als relevant angesehen – in Deutschland erhalten diese Politikfelder sogar die höchste Zustimmung. Ganz unten in der Prioritätenliste stehen ökologische Nachhaltigkeit und eine Reduzierung der Staatsverschuldung. Auch zwischen den Altersgruppen sind die Unterschiede gering. Die Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen legt einen großen Wert auf die Sicherung der Renten und soziale Fürsorge, während in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen dem Umweltschutz und öffentlichen Finanzen etwas mehr Bedeutung zugeschrieben wird (ebd.).

GERECHTIGKEITSEMPFINDEN IN DER KRISE

Dieses verbreitete Empfinden mangelnder Gerechtigkeit sowohl in verteilungs- als auch in generationenspezifischer Hinsicht ist für sich betrachtet ein beunruhigender Befund. Eine besondere Herausforderung wird diese gesellschaftliche Stimmungslage in einer Zeit multipler Krisen und Transformationsaufgaben, die von der Politik in schnellem Taktschlag Antworten verlangen – und zugleich neue Gerechtigkeitsfragen aufwerfen.

Die letzte Krise, die Coronapandemie, liegt noch nicht einmal hinter uns. Sie hat durch Lockdowns, Kurzarbeit und das Herunterfahren ganzer Wirtschaftszweige Ungleichheiten nicht nur stärker hervortreten lassen, sondern auch verschärft (siehe zum Beispiel Stantcheva 2022 für einen generellen Überblick und Adams-Prassl et al. 2020 für Analysen zu Ungleichheiten am Arbeitsmarkt). Die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft hatten vielfach die größere Last zu tragen: sei es durch die Notwendigkeit, in (zu) kleinen Wohnungen ein familiäres Zusammenleben samt Arbeit und Schulunterricht unter einen Hut zu bringen, oder sei es an zwar systemrelevanten, aber in der Regel schlechter bezahlten Arbeitsplätzen, die weniger Schutz als das Homeoffice vor Ansteckungsgefahren boten.

Aktuelle Studien weisen auf negative Folgen der Pandemie für die Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft hin. So haben insbesondere Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien infolge von Schulschließungen Bildungsverluste erlitten (Grewenig et al. 2021; Fuchs-Schündeln et al. 2021; Agostinelli et al. 2022). Von der Politik aufgelegte Aufholprogramme können die entstandenen Lücken und vor allem das Gefühl, den Anschluss zu verlieren, nur in Teilen kompensieren. Und so drohen die wachsende Bildungsungleichheit und der Verlust an Chancen, die objektiv messbare soziale Ungleichheit zu erhöhen. Es ist daher zu vermuten, dass dies ebenfalls einen Einfluss auf das subjektive Gerechtigkeitsempfinden hat.

Aus dem Schatten der Coronapandemie hat sich inzwischen die mutmaßlich größte Transformationsaufgabe dieses Jahrhunderts, die Bewältigung des Klimawandels, herausbewegt. Mit dem Ukraine-Krieg hat die Zielsetzung Klimaneutralität eine unerwartete Aktualität gewonnen, sofern es nun auch aus sicherheitspolitischen Gründen notwendig ist, schnellstmöglich von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden. Zugleich bleibt angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels die Aufgabe bestehen, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen.

Damit kommen verstärkt Fragen der Generationengerechtigkeit in den Blick, angesichts rapide steigender Energiepreise und zunehmender Inflation aber ebenso verteilungspolitische Fragen. Die zentrale Herausforderung lässt sich damit wie folgt benennen: In einer Gesellschaft, in der das Gefühl von Ungerechtigkeit verbreitet ist, gilt es, eine Akzeptanz für Transformationen zu schaffen, die selbst wieder Gerechtigkeitsfragen aufwerfen. Was heißt das für die Politik? Wie kann es gelingen, die Bevölkerung auf diesem Weg mitzunehmen, der in der Breite Veränderungsbereitschaft verlangt und auch mit Wohlstandseinbußen verbunden sein kann? Eine These dieser Untersuchung ist, dass das eher gelingt, wenn das Gerechtigkeitsempfinden in der Bevölkerung robust ist und den politischen Institutionen zugetraut wird, den notwendigen Wandel auf eine gerechte Weise zu organisieren.

Was passiert, wenn diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, hat die Gelbwesten-Bewegung in Frankreich gezeigt. Sie wurde getragen von einer breiten Empörung in der Gesellschaft, wodurch es ihr gelang, die Unterstützung für klimapolitische Maßnahmen wie zum Beispiel eine CO₂-Steuer oder ein Emissionshandelssystem zu untergraben (Douenne und Fabre 2022).

Letztlich geht es daher in der nachfolgenden Untersuchung des Gerechtigkeitsempfindens um die Frage, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt in einer Zeit tiefgreifender Umbrüche gewahrt werden kann. Denn dieses ist für das soziale Miteinander konstitutiv (vgl. unter anderen Arant et al. 2017).

ANLAGE DIESER STUDIE

Diese Studie macht es sich zur Aufgabe, das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland, seine Einflussfaktoren und Zusammenhänge genauer zu beleuchten. Dazu wurden im Herbst 2021 4.900 Bürger:innen im Alter von 18 bis 69 Jahren online befragt. Drei unterschiedliche Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens haben wir dabei in den Blick genommen.

In Anknüpfung an die oben genannten Studien der Bertelsmann Stiftung analysieren wir erstens die Wahrnehmung der allgemeinen Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland. Darüber hinaus schauen wir uns zwei weitere Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens näher an: die persönliche Seite der Verteilungsgerechtigkeit, die bezogen ist auf die Wahrnehmung des eigenen Einkommens und Vermögens, sowie die Generationengerechtigkeit. Alle drei Gerechtigkeitsdimensionen sind von zentraler Bedeutung für die Bereitschaft der Bürger:innen, politische Maßnahmen zur Bewältigung der vielfältigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu unterstützen. Dabei verwenden wir die Begriffe „Verteilungsgerechtigkeitsempfinden“ und „intragenerationales Gerechtigkeitsempfinden“ sowie „Generationengerechtigkeitsempfinden“ und „intergenerationales Gerechtigkeitsempfinden“ jeweils synonym.

Wieso haben Menschen überhaupt ein unterschiedliches Gerechtigkeitsempfinden? Einerseits kommen hier individuelle Vorstellungen davon zum Tragen, was eine gerechte Gesellschaft im Kern ausmacht und welcher Grad an Ungleichheit und sozialer Mobilität als akzeptabel angesehen wird. Andererseits ergeben sich unterschiedliche Einstellungen auch daraus, wie in der Gesellschaft Ungleichheit und soziale Mobilität wahrgenommen werden. Diese Empfindungen müssen nicht unbedingt mit tatsächlicher Ungleichheit übereinstimmen. Das (eigene) gesellschaftliche Ideal und die wahrgenommene Realität werden verglichen. Aus dieser Differenz sowie der Bewertung der eigenen Situation in der Gesellschaft formiert sich das Gerechtigkeitsempfinden einer Person. Diese Faktoren beeinflussen dann auch, ob und, wenn ja, welche (politischen) Maßnahmen gefordert werden, die dazu beitragen, Ideal und Wirklichkeit einander anzugleichen und so zu mehr (subjektiver) Gerechtigkeit zu gelangen.

Um Unterschiede bei grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen zu erheben, folgen wir der Klassifizierung nach vier Verteilungsprinzipien (Liebig et al. 2016; El-Menouar und Unzicker 2021): Das *Gleichheitsprinzip* fordert eine möglichst gleiche Verteilung und das *Leistungsprinzip* eine Verteilung nach individueller Anstrengung. Das *Bedarfsprinzip* wiederum macht eine Verteilung nach dem Bedarf, unabhängig von der Leistung, geltend und das *Anrechtsprinzip* eine Verteilung nach gesellschaftlichem Status oder Herkunft.

In unserer Studie stehen entsprechend die folgenden Leitfragen im Mittelpunkt:

- Wie ist das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in Deutschland ausgeprägt und wie unterscheidet es sich zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen?
- Wie wirkt sich das Gerechtigkeitsempfinden auf andere politisch relevante Einstellungen aus?

Dabei untersuchen wir den Zusammenhang zwischen den drei genannten Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und

- Einstellungen zu Verteilungsprinzipien,
- dem Institutionenvertrauen,
- Einschätzungen zu dem wahrgenommenen Einfluss von Glück und harter Arbeit im Leben,
- Einstellungen zu politischen Maßnahmen für mehr soziale Gerechtigkeit sowie
- dem Spendenverhalten.

Darüber hinaus umfasst unsere Befragung ein randomisiertes Befragungsexperiment, in dem die Teilnehmer:innen zufällig in Behandlungs- und Kontrollgruppen eingeteilt wurden. Unsere experimentelle Analyse liefert Aufschlüsse darüber, wie sich Informationen zu spezifischen Aspekten der Generationen- und Vermögensungleichheit auf das Gerechtigkeitsempfinden und die Politikpräferenzen der Teilnehmer:innen unserer Befragung auswirken.

Die Studie gliedert sich in vier Kapitel. Dieser Einleitung folgt in Kapitel 2 eine Erläuterung des Befragungsdesigns und des methodischen Vorgehens. Anschließend präsentieren wir in Kapitel 3 thematisch gruppiert die Ergebnisse unserer empirischen Analyse. Eine Zusammenfassung und Schlussfolgerungen sind in Kapitel 4 zu finden.

2 METHODISCHES VORGEHEN

2.1 DATENERHEBUNG UND STRUKTUR DER BEFRAGUNG



Die Online-Befragung, die dieser Studie zugrunde liegt, fand im Zeitraum vom 25. Oktober bis 11. November 2021 statt. 4.900 Personen im Alter von 18 bis 69 Jahren in Deutschland haben daran teilgenommen. Die Stichprobe ist hinsichtlich Einkommen (5 Klassen), Alter (5 Klassen) und Ost- und Westdeutschland (Kreuzquotierungen) sowie hinsichtlich der Merkmale Bildung, Geschlecht und Bundesland quotiert. Eine Folgebefragung, an der 4.004 der 4.900 Befragten der ersten Befragung teilnahmen, fand im Zeitraum vom 16. bis 25. November 2021 statt.

Das Umfrageunternehmen Bilendi & respondi hat die Online-Befragung programmiert und die Teilnehmer:innen rekrutiert. Sie wurden über den E-Mail-Verteiler von Bilendi & respondi eingeladen, an der Befragung teilzunehmen. Zu Beginn der Befragung erhielten die Teilnehmer:innen Informationen über deren ungefähre Länge, nicht aber über das Thema. Die Medianzeit für die vollständige Durchführung betrug 21 Minuten bei der Hauptbefragung und acht Minuten bei der Folgebefragung. Die Teilnehmer:innen unserer Stichprobe haben die Umfrage jeweils vollständig beantwortet; das heißt, Personen, die während der Befragung abgebrochen haben, sind nicht in unserer Stichprobe enthalten.

Der Fragebogen der Hauptbefragung¹ lässt sich thematisch in fünf Abschnitte unterteilen (siehe Tabelle 1). Im ersten Abschnitt haben wir sogenannte Screening-Fragen gestellt, um die Quoten für Einkommen, Alter, Bildung, Geschlecht und Bundesland zu erfüllen. Die im zweiten Abschnitt erhobenen Variablen dienen in der empirischen Analyse als Kontrollvariablen oder werden für die Heterogenitätsanalyse, also die Untersuchung von Unterschieden zwischen verschiedenen Befragten-Gruppen, verwendet. Dazu zählt zum Beispiel die politische Orientierung. Darüber hinaus haben wir Einstellungen zu verschiedenen Verteilungsprinzipien (siehe Kapitel 3.2), zum Institutionenvertrauen (siehe Kapitel 3.3) und weitere persönliche Einstellungen und Merkmale abgefragt – unter anderem zum Einfluss von Glück und harter Arbeit auf den eigenen Reichtum (siehe Kapitel 3.4).

¹ Der vollständige Fragebogen ist unter folgendem Link zu finden: https://drive.google.com/file/d/1nrvQaT_YtcOoylcPZdNJ6ldg0KP6BOIP/view?usp=sharing

TABELLE 1
Struktur des Fragebogens und Abfolge der Befragung

1. Abschnitt	Screening-Variablen für die Auswahl und Quotierung der Befragten, wie etwa Alter, Geschlecht, Bildung oder Einkommen
2. Abschnitt	Kontrollvariablen für die Heterogenitätsanalysen, wie etwa politische Orientierung, Institutionenvertrauen, aber auch Verteilungsprinzipien
	Aufteilung der Befragten in die unterschiedlichen Treatment-Gruppen und die Kontrollgruppe
3. Abschnitt	Einschätzungen zu Verteilungen in der Bevölkerung im Hinblick auf Wahlalter und Vermögen (<i>prior beliefs</i> für inter- und intragenerationale Gerechtigkeit)
	Die Treatment-Gruppen erhalten entsprechende Informationen über die tatsächliche Verteilung in Deutschland
4. Abschnitt	Ergebnisvariablen zum Gerechtigkeitsempfinden, Umverteilungspräferenzen sowie das Spendenexperiment
5. Abschnitt	Erneute Abfrage zu inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit (<i>posterior beliefs</i>)

Die Tabelle zeigt den Aufbau des Fragebogens und zu welchem Zeitpunkt in der Befragung welche Daten erhoben wurden beziehungsweise wann die Aufteilung in die Kontroll- und Treatment-Gruppen erfolgte.

| BertelsmannStiftung

Diese Variablen wurden erhoben, bevor die Teilnehmer:innen zufällig in verschiedene Gruppen eingeteilt wurden. Einzelne Gruppen haben dann Informationen zur Altersverteilung der wahlberechtigten Bevölkerung oder zur Vermögensverteilung in Deutschland erhalten (sogenannte Informations-Treatments). Durch die Abfrage vor dem Erhalt der Informations-Treatments stellen wir sicher, dass die Teilnehmer:innen nicht durch die Informationseingaben beeinflusst werden.

Vor Beginn des dritten Abschnitts des Fragebogens wurden die Teilnehmer:innen zufällig in drei gleich große Gruppen eingeteilt: zwei sogenannte Treatment-Gruppen² und eine Kontrollgruppe. In allen drei Gruppen haben wir dann die vorherigen Einschätzungen (*prior beliefs*)³ zu den Informations-Treatments erhoben. So sollten die Teilnehmer:innen ihre Einschätzungen zu bestimmten Aspekten der Altersverteilung der wahlberechtigten Bevölkerung und der Vermögensverteilung in Deutschland abgeben, über die die Befragten in den beiden Treatment-Gruppen anschließend informiert wurden.

2 In dieser Studie werden die Begriffe „Treatment-Gruppe“ und „Behandlungsgruppe“ verwendet. Beide Begriffe sind synonym und beziehen sich auf die beiden Befragtengruppen, die Informations-Treatments erhalten haben.
3 Ein Vergleich der *prior beliefs* mit den tatsächlichen Werten, über die die Befragten in den beiden Treatment-Gruppen informiert wurden, gibt Aufschluss darüber, inwiefern *prior beliefs* und tatsächliche Werte voneinander abweichen, die Informations-Treatments also eine neue Information für die Befragten darstellen.

Im vierten Abschnitt des Fragebogens wurden weitere Ergebnisvariablen erhoben. Dazu zählen das Gerechtigkeitsempfinden, die Umverteilungspräferenzen, die Zustimmung zu politischen und persönlichen Maßnahmen, die die Generationengerechtigkeit stärken sollen, sowie das incentivierte Spendenverhalten der Befragten. Die Zustimmung zu den Ergebnisvariablen haben wir jeweils auf einer Skala von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) erhoben. Die Reihenfolge der Ergebnisvariablen wurde randomisiert, also nach einem Zufallsmechanismus variiert, um Verzerrungen zu vermeiden, die entstehen können, wenn alle Teilnehmer:innen die Aussagen in der gleichen Reihenfolge bewerten.

Im fünften Abschnitt haben wir schließlich erneut die Einschätzungen zur Altersverteilung der Wahlbevölkerung und zur Vermögensverteilung und anschließend weitere soziodemografische Merkmale abgefragt. Diese nach den Informationsübermittlungen erhobenen Einschätzungen bezeichnen wir im Folgenden als *posterior beliefs*⁴. Schließlich wollten wir von den Teilnehmer:innen am Ende der Befragung wissen, ob sie die Umfrage als politisch neutral oder einer politischen Richtung zugeneigt empfunden haben. Darüber hinaus sollten die Teilnehmer:innen der beiden Treatment-Gruppen Auskunft dazu geben, wie glaubwürdig sie die bereitgestellten Informationen zur Alters- und Vermögensverteilung empfunden haben.

2.2 EMPIRISCHE ANALYSE

In der empirischen Analyse wird untersucht, wie das Gerechtigkeitsempfinden, die Zustimmung zu grundlegenden Verteilungsprinzipien, die Umverteilungspräferenzen, die wahrgenommene Generationengerechtigkeit, das Institutionenvertrauen und weitere politische und gesellschaftliche Einstellungen in unserer Stichprobe insgesamt und für einzelne Bevölkerungsgruppen ausgeprägt sind. Darüber hinaus untersuchen wir das Spendenverhalten im Rahmen einer incentivierten Spendenfrage.

In der empirischen Analyse analysieren wir Unterschiede in den Ergebnisvariablen bezüglich folgender Faktoren:

- Geschlecht
- Alter
- äquivalisiertes Haushaltseinkommen (basierend auf modifizierter OECD-Skala)
- Bildung
- Bildungsmobilität⁵

4 Ein Vergleich der *prior* und *posterior beliefs* in den beiden Treatment-Gruppen, also der Einschätzungen zu den Informations-Treatments, die vor und nach den Informations-Treatments erhoben wurden, zeigt an, inwiefern die Befragten ihre Einschätzungen durch die Informations-Treatments angepasst haben. Die Anpassung der Einschätzungen bezeichnen wir als *belief updating*.

5 Wir fragen die Teilnehmer:innen sowohl nach ihrem eigenen höchsten Bildungsabschluss als auch nach dem höchsten Bildungsabschluss ihrer Eltern. Dies ermöglicht uns, die Bildungsmobilität zu bestimmen. Dabei unterscheiden wir zwischen drei Kategorien. In der ersten Kategorie ist der höchste Bildungsabschluss der befragten Person niedriger (Bildungsaufsteiger:innen), in der zweiten Kategorie gleich und in der dritten Kategorie höher (Bildungsaufsteiger:innen) als der höchste Bildungsabschluss der Eltern.

- Ost- / Westdeutschland
- Stadt-Land
- Migrationshintergrund (ja / nein)⁶
- politische Orientierung⁷

Bei den bivariaten Zusammenhängen, die die Einstellungen der Befragten zu den Ergebnisvariablen untersuchen, kontrollieren wir jeweils für die soziodemografischen Merkmale Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung. Das heißt, dass bei den gezeigten Unterschieden, etwa zwischen Bildungsaufsteiger:innen und Bildungsabsteiger:innen, Stadt und Land oder Ost und West, bestehende Unterschiede in den vier Merkmalen Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung herausgerechnet werden. Nur bei Unterschieden in den Ergebnisvariablen nach politischer Orientierung werden keine Kontrollvariablen verwendet, da uns hier der direkte Zusammenhang interessiert. Da politische Orientierung stark mit den Kontrollvariablen korreliert, würde dieser direkte Zusammenhang ansonsten nicht klar sichtbar sein. Es ist also zu berücksichtigen, dass Unterschiede in den Ergebnisvariablen nach politischer Orientierung auch darauf zurückzuführen sein können, dass sich die soziodemografische Zusammensetzung der verschiedenen Wählergruppen unterscheidet.

Unsere in Kapitel 3 präsentierten Analysen basieren bei denjenigen Ergebnisvariablen, die nach den Informations-Treatments erhoben wurden (Gerechtigkeitsempfinden, Umverteilungspräferenzen, Generationengerechtigkeitsempfinden, incentiviertes Spendenverhalten), auf der Kontrollgruppe. Der Grund ist, dass die Antworten der Befragten aus den beiden Behandlungsgruppen auf die Fragen im vierten Abschnitt des Fragebogens potenziell durch die Informations-Treatments beeinflusst worden sein können. Bei Ergebnisvariablen, die vor den Informations-Treatments erhoben wurden (Verteilungsprinzipien, Institutionenvertrauen, wahrgenommener Einfluss von Glück und harter Arbeit), verwenden wir die gesamte Stichprobe.

Darüber hinaus untersuchen wir den Zusammenhang zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden und den in den Kapiteln 3.2 bis 3.7 im Detail dargestellten weiteren Ergebnisvariablen. Auch hier kontrollieren wir jeweils für die Merkmale Geschlecht, Alter, Einkommen und Bildung.

Die Befragung umfasste außerdem ein Umfrageexperiment. Damit soll der Einfluss von Informationen zur Altersverteilung der Wahlbevölkerung und zur Vermögensverteilung, die den Befragten übermittelt wurden, auf das Gerechtigkeitsempfinden und die übrigen Ergebnisvariablen untersucht werden. Da die Informationseingaben randomisiert und daher unabhängig von anderen beobachtbaren und unbeobachtbaren Variablen sind, kann ihr Einfluss auf die Ergebnisvariablen kausal interpretiert werden. Für die Analyse der Informationseffekte wird auf die gesamte Stichprobe der Hauptbefragung zurückgegriffen. Darüber hinaus nutzen wir die Daten der Folgebefragung, um die Entwicklung der *posterior beliefs* über einen längeren Zeitraum hinweg zu analysieren.

6 Migrationshintergrund bedeutet hier, dass eine Teilnehmerin oder ein Teilnehmer entweder selbst im Ausland geboren ist oder mindestens ein Elternteil im Ausland geboren wurde.

7 Die Teilnehmer:innen unserer Umfrage wurden sowohl nach ihrer politischen Orientierung auf einer Skala von 0 bis 10 (0=links, 10=rechts) befragt als auch nach der Partei, die sie bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben. Als links werden jene Befragten definiert, die bei der Frage zur politischen Orientierung Werte von 0 bis 4 angeben. Die politische Mitte bezieht sich auf den Wert 5 und die politische Orientierung rechts umfasst alle Befragten, die Werte von 6 bis 10 angeben.

3 ERGEBNISSE

In diesem Kapitel untersuchen wir zunächst, wie das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland ausgeprägt ist und welche unterschiedlichen Wahrnehmungen es in den verschiedenen sozialen Gruppen gibt. In einem zweiten Schritt geht es uns darum, mehr über mögliche Ursachen für Differenzen im Gerechtigkeitsempfinden zu erfahren. Dafür analysieren wir den Zusammenhang des Gerechtigkeitsempfindens mit den Verteilungsprinzipien, dem Institutionenvertrauen, dem wahrgenommenen Einfluss von Glück und harter Arbeit auf Reichtum, den Umverteilungspräferenzen, den Einstellungen zur Generationenpolitik und dem Spendenverhalten. Schließlich werden die Ergebnisse des randomisierten Umfrageexperiments präsentiert.

3.1 GERECHTIGKEITSEMPFINDEN

Das Gerechtigkeitsempfinden messen wir anhand der Zustimmung zu neun Aussagen, aus denen wir drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens ableiten. Die erste Dimension bildet die Wahrnehmung der allgemeinen Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland ab. Die zweite Dimension misst, als wie gerecht das eigene Einkommen und das eigene Vermögen empfunden werden. Die dritte Dimension erfasst die wahrgenommene Generationengerechtigkeit in Deutschland. Alle neun in zufälliger Reihenfolge präsentierten Aussagen haben die Befragten auf einer Skala von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu) bewertet. Wir bilden jeweils Mittelwerte, um einzelne Aussagen zu einer der drei genannten Dimensionen zusammenzufassen. In Tabelle 4 im Anhang finden sich zusätzlich die zusammengefassten Anteile der Antworten in Prozent.

Die wahrgenommene allgemeine Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland wird mithilfe der folgenden vier Aussagen gemessen, die auch die im „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der Bertelsmann Stiftung übliche Messung des Gerechtigkeitsempfindens darstellen:

- Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.
- Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.
- Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.
- Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus seinen Chancen gemacht hat.

Zur Messung der Verteilungsgerechtigkeit in Bezug auf eigenes Einkommen und Vermögen dienen zwei Aussagen:

- Ich finde mein Einkommen gerecht im Vergleich dazu, was andere erhalten.
- Ich finde mein Vermögen gerecht im Vergleich dazu, was andere haben.

Die Generationengerechtigkeit wird mithilfe der folgenden drei Aussagen gemessen:

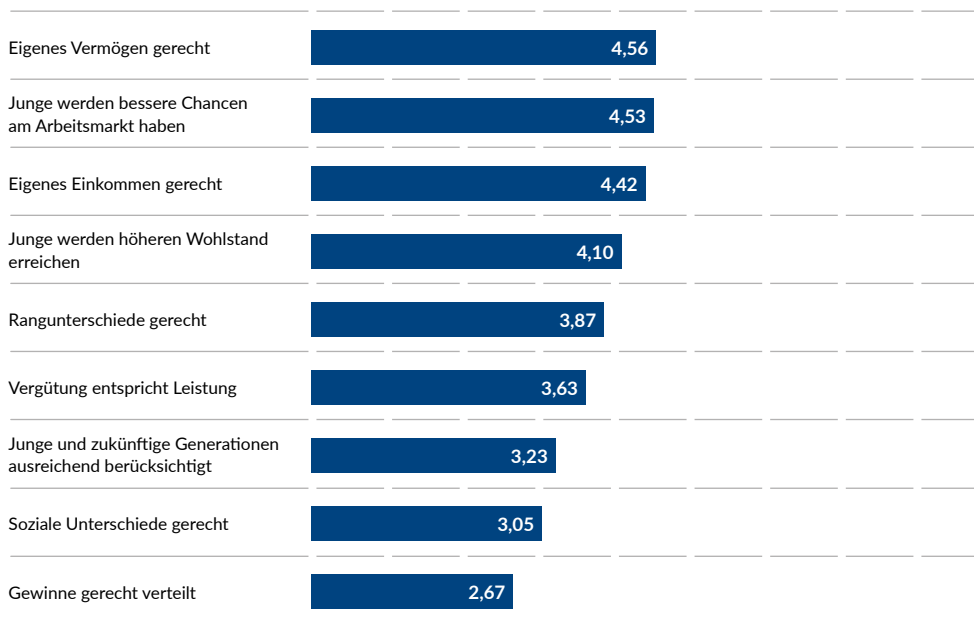
- Junge Menschen in Deutschland werden im Großen und Ganzen bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben als ihre Elterngeneration.
- Junge Menschen in Deutschland werden im Großen und Ganzen einen höheren Wohlstand erreichen als ihre Elterngeneration.
- Bei politischen Entscheidungen werden die Auswirkungen auf junge und zukünftige Generationen ausreichend berücksichtigt.

Abbildung 1 zeigt, dass die durchschnittliche Zustimmung zu den neun Aussagen zum Gerechtigkeitsempfinden zwischen 2,7 und 4,6 und damit unterhalb des Mittelwerts 5 liegt. Den Aussagen wird also im Durchschnitt eher nicht zugestimmt. Übereinstimmend mit vorherigen Befragungen der Bertelsmann Stiftung im Rahmen des Projekts „Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt“ legen auch unsere Ergebnisse den Schluss nahe, dass das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland relativ schwach ausgeprägt ist. Beispielsweise sind nur neun Prozent der Befragten der Meinung, die wirtschaftlichen Gewinne würden gerecht verteilt, oder lediglich 14 Prozent sagen, bei politischen Entscheidungen würden die Auswirkungen auf junge und zukünftige Generationen ausreichend berücksichtigt (siehe Tabelle 4 im Anhang).

Mit Blick auf die einzelnen Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens lässt sich konstatieren, dass die Verteilungsgerechtigkeit bezogen auf das eigene Einkommen und Vermögen sowie die Generationengerechtigkeit im Durchschnitt etwas besser eingestuft werden als die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit.⁸ Die Zustimmungswerte zu den Aussagen dieser Gerechtigkeitsdimension liegen

⁸ Cronbachs Alpha zur Übereinstimmung der Items im gruppierten Gerechtigkeitsempfinden: $\alpha = 0.797$ für die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit; $\alpha = 0.835$ für die Verteilungsgerechtigkeit bezogen auf das eigene Einkommen und Vermögen; und $\alpha = 0.664$ für die Generationengerechtigkeit.

ABBILDUNG 1

Gerechtigkeitsempfinden

Die Abbildung zeigt das durchschnittliche Gerechtigkeitsempfinden anhand der Mittelwerte; Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

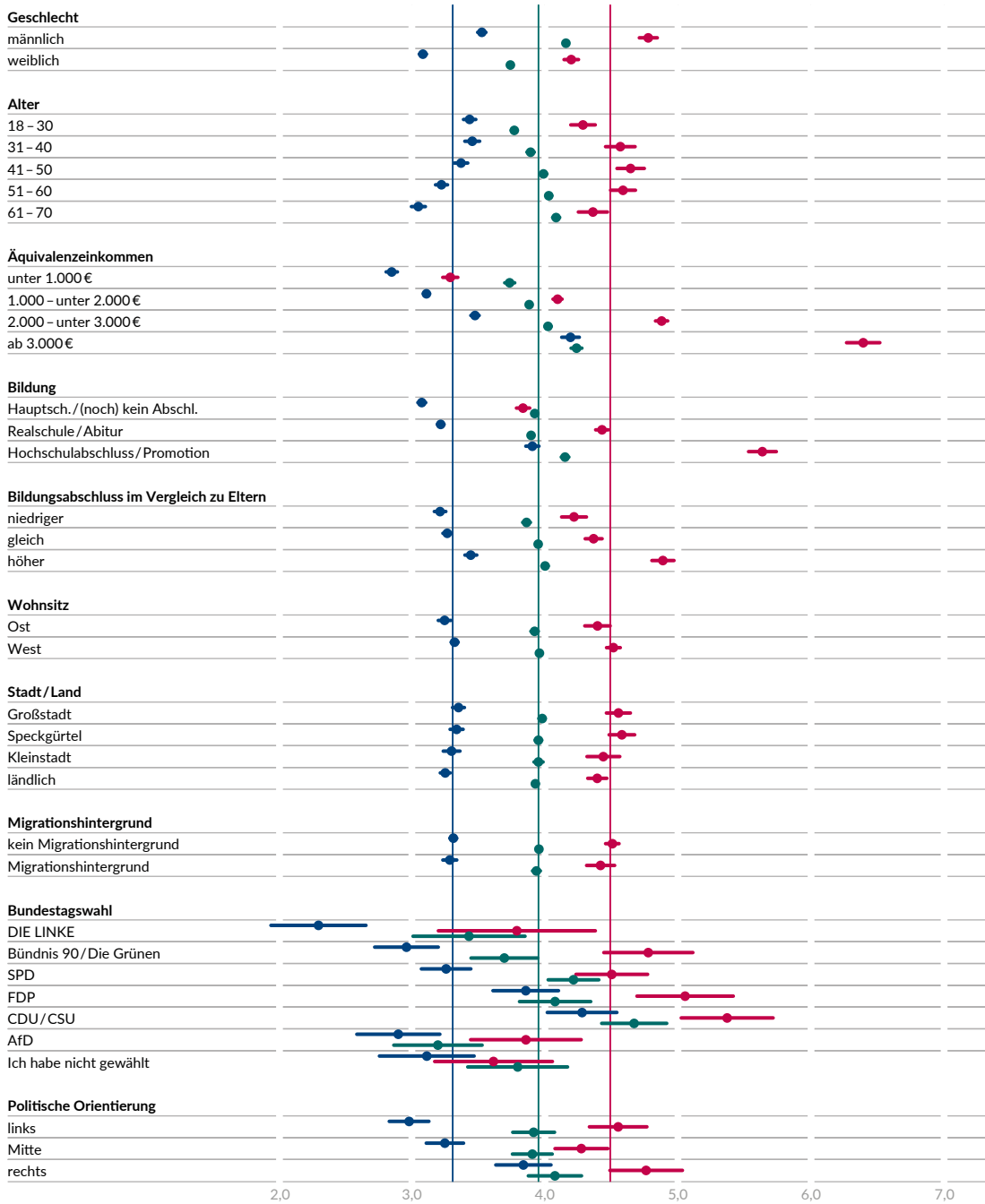
| BertelsmannStiftung

überwiegend am unteren Ende der Skala. Gerade einmal 17 Prozent der Befragten bewerten die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit und 27 Prozent die Generationengerechtigkeit positiv, während immerhin 39 Prozent das eigene Einkommen und Vermögen als gerecht empfinden.

Abbildung 2 stellt die zusammengefassten Werte für die drei Gerechtigkeitsdimensionen⁹ differenziert nach verschiedenen Bevölkerungsgruppen dar. Hier zeigt sich eine sehr unterschiedliche Ausprägung. So haben Männer ein signifikant höheres Gerechtigkeitsempfinden als Frauen. Die wahrgenommene Generationengerechtigkeit steigt mit dem Alter, während die allgemeine Verteilungsgerechtigkeit umgekehrt mit höherem Alter als schlechter wahrgenommen wird. Die jüngste (18 bis 30 Jahre) und älteste (61 bis 70 Jahre) Altersgruppe in unserer Stichprobe zeigt ein geringeres Gerechtigkeitsempfinden hinsichtlich des eigenen Einkommens und Vermögens als die Befragten in den mittleren Altersklassen.

⁹ Das durchschnittliche Gerechtigkeitsempfinden bezüglich der drei Dimensionen wird jeweils durch eine vertikale Linie angezeigt.

ABBILDUNG 2
Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens für verschiedene Bevölkerungsgruppen



● Verteilungsgerechtigkeit (allgemein) ● Verteilungsgerechtigkeit (eigenes Einkommen / Vermögen) ● Generationengerechtigkeit

Die Abbildung zeigt das durchschnittliche Gerechtigkeitsempfinden verschiedener Bevölkerungsgruppen, unterteilt in die Dimensionen allgemeine Verteilungsgerechtigkeit, Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich des eigenen Einkommens und Vermögens und Generationengerechtigkeit. Vertikale Linien zeigen Durchschnittswerte für die einzelnen Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens an. Antwortskala bei den zugrunde liegenden Aussagen jeweils 0 - 10. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Alle drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens stehen in einem positiven Zusammenhang mit Einkommen, Bildung und Bildungsaufstieg, wobei jeweils besonders große Unterschiede im Gerechtigkeitsempfinden hinsichtlich des eigenen Einkommens und Vermögens zu beobachten sind.¹⁰ Die Unterschiede im Gerechtigkeitsempfinden zwischen Ost und West und zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund sind nicht signifikant. Schließlich zeigt *Abbildung 2*, dass die wahrgenommene allgemeine Verteilungsgerechtigkeit bei politisch rechts orientierten Befragten deutlich stärker ausgeprägt ist als bei denjenigen, die sich politisch links oder in der Mitte verorten. Keine beziehungsweise nur schwach signifikante Unterschiede nach politischer Orientierung sind bei der wahrgenommenen Generationengerechtigkeit und der Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich des eigenen Einkommens und Vermögens zu beobachten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Befragten alle drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens mit einem Durchschnittswert von unter 5 eher gering einstufen. Es bestehen erhebliche Unterschiede zwischen sozialen Gruppen. Wer über ein höheres Einkommen oder einen höheren Bildungsstand verfügt, nimmt die Gesellschaft als gerechter wahr als weniger privilegierte Gruppen. Besonders Menschen mit hohem Einkommen sowie Bildungsaufsteiger:innen empfinden das eigene Einkommen als relativ gerecht. Dies kann damit zusammenhängen, dass sie dazu tendieren, persönliche Erfolge eher ihrer eigenen harten Arbeit als glücklichen Umständen zuzuschreiben (siehe auch *Abschnitt 3.4*; Piketty 1995; Benabou / Tirole 2006).

Erwartungsgemäß schätzen junge Menschen, die stärker vom Klimawandel und fehlender Nachhaltigkeit betroffen sind, die Generationengerechtigkeit als weniger gegeben ein. Auch zwischen politischer Orientierung und dem Gerechtigkeitsempfinden besteht ein Zusammenhang: Diejenigen, die die Gesellschaft als ungerechter empfinden, wählen tendenziell entweder linke Parteien mit einem stärkeren Fokus auf Umverteilung beziehungsweise Generationengerechtigkeitsthemen wie den Klimaschutz oder sie wählen Protestparteien oder aber gehen überhaupt nicht zur Wahl. Befragte, die die Gesellschaft als gerechter wahrnehmen, wählen in der Tendenz eher Parteien, die stärker für marktwirtschaftliche Prinzipien eintreten.

3.2 EINSTELLUNGEN ZU VERTEILUNGSPRINZIPIEN

Das Gerechtigkeitsempfinden wird auch dadurch beeinflusst, was prinzipiell als gerecht oder ungerecht angesehen wird. Deswegen ist es aufschlussreich, die Zusammenhänge solcher grundsätzlichen Vorstellungen mit dem Gerechtigkeitsempfinden zu analysieren.

¹⁰ Darüber hinaus sind die drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens positiv mit erwartetem sozialem Aufstieg korreliert (siehe *Abbildung 36*). Wir haben die Teilnehmer:innen gefragt, auf welcher Position in der Einkommensverteilung, illustriert durch eine zehnstufige Leiter, ihr Haushalt ihrer Meinung nach steht und auf welcher Stufe ihr Haushalt ihrer Meinung nach in fünf Jahren stehen wird (*Abbildung 35*). Je stärker das Gerechtigkeitsempfinden ausgeprägt ist, desto eher gehen die Befragten davon aus, dass ihr Haushalt in fünf Jahren eine höhere Position in der Einkommensverteilung einnehmen wird als heute.

Wir gehen in unserer Befragung, dem Ansatz von Liebig et al. (2016) folgend, von vier grundlegenden Verteilungsprinzipien aus: dem Gleichheits-, Bedarfs-, Leistungs- und Anrechtsprinzip.¹¹ Um die Einstellungen zu diesen Prinzipien zu messen, nutzen wir jeweils zwei Aussagen, aus denen ein Mittelwert gebildet wird. Die Antwortskala reicht auch hier von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu). Die Reihenfolge wurde variiert, um Reihenfolgeeffekte zu vermeiden. In Tabelle 4 im Anhang finden sich zusätzlich die zusammengefassten Anteile für die vier Prinzipien in Prozent.

Leistungsprinzip:

- Es ist gerecht, wenn Personen, die im Beruf viel leisten, mehr verdienen als andere.
- Gerecht ist, wenn jede Person nur das bekommt, was sie sich durch eigene Anstrengungen erarbeitet hat.

Gleichheitsprinzip:

- Gerecht ist, wenn alle die gleichen Lebensbedingungen haben.
- Es ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft an alle Personen gleich verteilt sind.

Anrechtsprinzip:

- Es ist gerecht, wenn Personen, die aus angesehenen Familien stammen, dadurch Vorteile im Leben haben.
- Es ist gerecht, wenn diejenigen, die in einer Gesellschaft oben stehen, bessere Lebensbedingungen haben als diejenigen, die unten stehen.

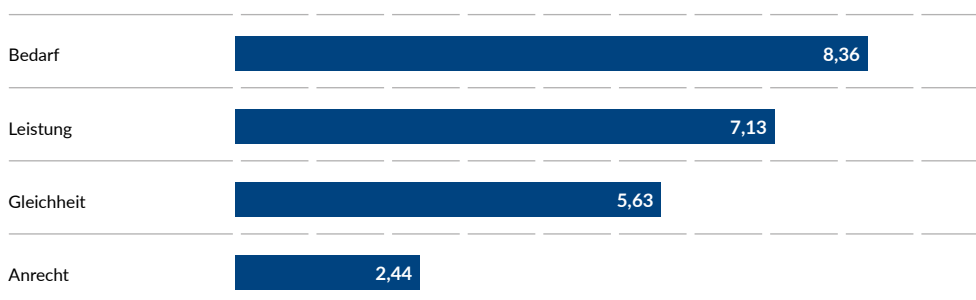
Bedarfsprinzip:

- Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um die Schwachen und Hilfsbedürftigen kümmert.
- Es ist gerecht, wenn Personen, die Kinder oder pflegebedürftige Angehörige zu versorgen haben, besondere Unterstützung und Vergünstigungen bekommen.

Zunächst betrachten wir, wie die Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien im Durchschnitt ausgeprägt ist. *Abbildung 3* zeigt, dass die Zustimmung zum Bedarfsprinzip mit einem Mittelwert von 8,3 am stärksten ausgeprägt ist. Es folgen das Leistungsprinzip (Mittelwert von 7,1), das Gleichheitsprinzip (5,6) und das Anrechtsprinzip (2,4). Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass 95 Prozent dem Bedarfs-, 85 Prozent dem Leistungs- und 54 Prozent dem Gleichheitsprinzip zustimmen (Antwortkategorie 6 bis 10 auf der Skala), während gerade einmal neun Prozent dem Anrechtsprinzip zuneigen. Diese abgestufte Zustimmung zu den Verteilungsprinzipien entspricht den Befunden anderer Studien (El-Menouar und Unzicker 2021).

11 Siehe auch GESIS (2015), Richter und Schupp (2012) und Sauer und Valet (2014).

ABBILDUNG 3

Zustimmung zu Verteilungsprinzipien

Die Abbildung zeigt die durchschnittliche Zustimmung zu den Verteilungsprinzipien. Wir berechnen für jedes Verteilungsprinzip den Mittelwert aus zwei Aussagen; Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

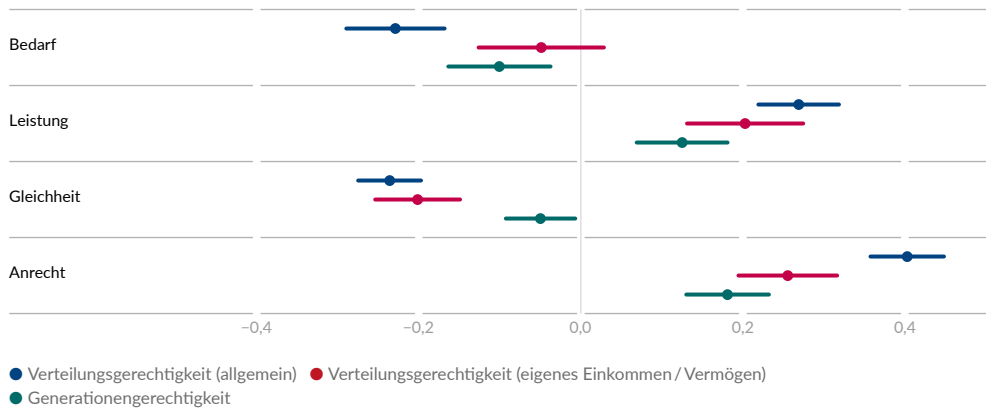
Die Zustimmung zu den Verteilungsprinzipien variiert in verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Abbildung 22 im Anhang verdeutlicht, dass sich die Zustimmung zum Bedarfs- und Gleichheitsprinzip umgekehrt proportional zu Einkommenshöhe und Bildungsstand verhält, während die Zustimmung zum Anrechts- und Leistungsprinzip mit zunehmendem Einkommen steigt.¹² Männer gewichten das Anrechts- und Leistungsprinzip signifikant stärker als Frauen, während Frauen dem Gleichheitsprinzip mehr Bedeutung beimessen. Die Zustimmung zum Bedarfsprinzip nimmt mit steigendem Alter zu und die Zustimmung zum Anrechtsprinzip ab, während die Zustimmung zum Gleichheitsprinzip in den mittleren Altersgruppen (31 bis 40 und 41 bis 50 Jahre) unter dem Durchschnitt und bei der ältesten Altersgruppe (61 bis 70 Jahre) über dem Durchschnitt liegt.

Bildungsaufsteiger:innen stimmen dem Gleichheitsprinzip signifikant weniger zu als andere Bevölkerungsgruppen. Signifikante Unterschiede zeigen sich darüber hinaus bei der politischen Orientierung. Während politisch links Orientierte das Gleichheits- und Bedarfsprinzip überdurchschnittlich stark gewichten, ist bei politisch rechts Orientierten eine überdurchschnittliche Zustimmung zum Leistungs- und Anrechtsprinzip festzustellen. Trotz der relativen Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen bei der Zustimmung zu den verschiedenen Verteilungsprinzipien bleibt die absolute Reihenfolge der Zustimmung (mit höchster Zustimmung zum Bedarfs- und geringster zum Anrechtsprinzip) über alle sozialen Gruppen hinweg erhalten.

Schließlich untersuchen wir den Zusammenhang zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden und der Zustimmung zu den Verteilungsprinzipien. Abbildung 4 illustriert, dass die drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens positiv mit dem Leistungs- und Anrechtsprinzip und negativ mit dem

¹² Die vertikalen Linien zeigen die durchschnittliche Zustimmung zu den vier Verteilungsprinzipien.

ABBILDUNG 4
Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und Verteilungsprinzipien



Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und den Verteilungsprinzipien, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

Interpretationshilfe am Beispiel von Abbildung 4: Zusammenhang zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden und weiteren Ergebnisvariablen

In Abbildung 4 wird mithilfe einer linearen Regression der Zusammenhang zwischen den Zustimmungswerten für jede Dimension des Gerechtigkeitsempfindens und den Zustimmungswerten zu den Verteilungsprinzipien analysiert. Der Einfluss von Variablen (hier der Verteilungsprinzipien) wird mithilfe der sogenannten Regressionskoeffizienten gemessen. Sie sind in der Abbildung als Punkte markiert; die horizontalen Linien kennzeichnen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle. Diese decken die wahren Werte für die Regressionskoeffizienten in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent ab. Liegt keine Überschneidung der 95-Prozent-Konfidenzintervalle mit der vertikalen Nulllinie vor, kann von einem statistisch signifikanten Zusammenhang gesprochen werden.

Positive Regressionskoeffizienten (rechts von der vertikalen Nulllinie) bedeuten, dass die Ergebnisvariablen, in Abbildung 4 die Verteilungsprinzipien, positiv mit dem Gerechtigkeitsempfinden korrelieren. Negative Regressionskoeffizienten (links von der vertikalen Nulllinie) bedeuten, dass die Ergebnisvariablen negativ mit dem Gerechtigkeitsempfinden korrelieren. Der Regressionskoeffizient von 0,4 für den Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Verteilungsgerechtigkeitsempfinden und der Zustimmung zum Anrechtsprinzip ist beispielsweise wie folgt zu interpretieren: Ein um einen Punkt höheres allgemeines Verteilungsgerechtigkeitsempfinden auf einer Skala von 0 bis 10 geht mit einer höheren Zustimmung zum Anrechtsprinzip von 0,4 Punkten, ebenfalls auf einer Skala von 0 bis 10, einher.

Gleichheits- und Bedarfsprinzip korrelieren. Das heißt, je gerechter eine Person die Gesellschaft empfindet, desto eher stimmt sie dem Leistungs- und Anrechtsprinzip zu, während ein gegenteiliger Effekt für das Gleichheits- und Bedarfsprinzip zu beobachten ist. Diese Zusammenhänge sind am stärksten für das allgemeine Gerechtigkeitsempfinden ausgeprägt, aber ebenso für die wahrgenommene Generationen- sowie für die Verteilungsgerechtigkeit bezogen auf das eigene Einkommen und Vermögen zu beobachten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Bedarfs- und das Leistungsprinzip, die in ihrer Verbindung gewissermaßen die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft widerspiegeln, die meiste Zustimmung erfahren. Die fundamentalen Vorstellungen davon, was eine gerechte Gesellschaft ausmacht, hängen offenbar mit der jeweiligen Lebenssituation und insbesondere mit dem eigenen Einkommen zusammen. So werden jeweils die Verteilungsprinzipien präferiert, die dazu beitragen würden, die eigene finanzielle Situation zu verbessern. Menschen mit niedrigem Einkommen zeigen in der Tendenz eine höhere Zustimmung für das Bedarfs- und das Gleichheitsprinzip, während Menschen mit höherem Einkommen, die sich vermutlich als Leistungsträger:innen der Gesellschaft sehen, eher dem Leistungs- und dem Anrechtsprinzip zustimmen.

Ein ähnliches Muster zeigt sich, wenn die Zustimmung zu Verteilungsprinzipien und das Gerechtigkeitsempfinden ins Verhältnis gesetzt werden – mit anderen Worten: wenn man auf den Zusammenhang zwischen der Vorstellung einer gerechten Welt und der wahrgenommenen Wirklichkeit blickt. Diejenigen, die das Bedarfs- und das Gleichheitsprinzip stärker gewichten, sehen die Gesellschaft als ungerechter an. Dies kann daran liegen, dass sie den Eindruck haben, die Verteilung von Ressourcen und politischer Aufmerksamkeit folge nicht den ihnen wichtigen Verteilungsprinzipien. Demgegenüber empfinden diejenigen, die das Leistungs- und das Anrechtsprinzip stärker gewichten, die Gesellschaft eher als gerecht.

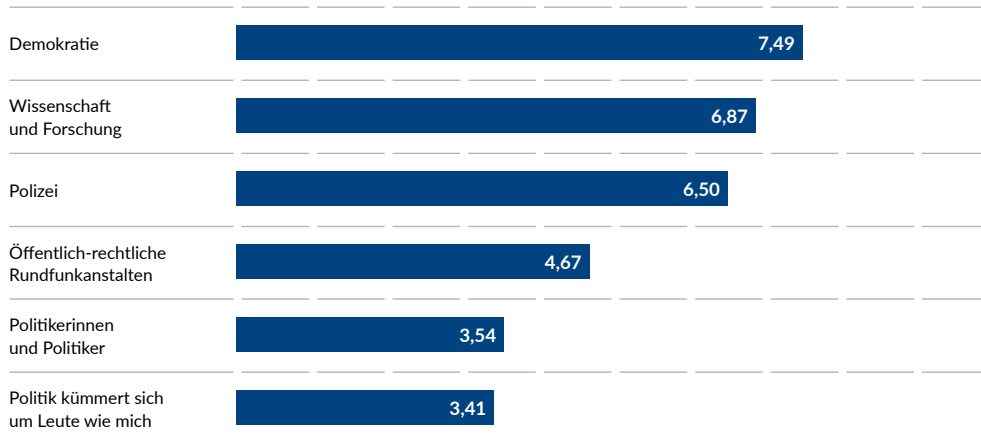
3.3 INSTITUTIONENVERTRAUEN

Wir untersuchen nun, wie das Institutionenvertrauen in unserer Stichprobe ausgeprägt ist und wie es mit dem Gerechtigkeitsempfinden zusammenhängt. Unsere Ausgangshypothese ist, dass ein höheres Gerechtigkeitsempfinden mit einem höheren Institutionenvertrauen einhergeht, da funktionierende Institutionen als Grundlage oder Voraussetzung für eine als gerecht empfundene Gesellschaft angesehen werden können.

Die Teilnehmer:innen sollten Auskunft geben, wie sehr sie den folgenden Institutionen vertrauen:

- Politikerinnen und Politiker
- Polizei
- öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten
- Wissenschaft und Forschung

ABBILDUNG 5
Institutionenvertrauen



Die Abbildung zeigt das durchschnittliche Institutionenvertrauen anhand der Mittelwerte; Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

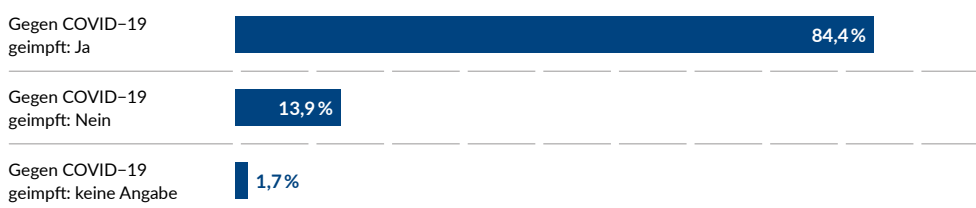
Zudem wurden sie gefragt, wie sie die Demokratie als Staatsform bewerten und ob sich die Politik ausreichend um Leute wie sie kümmere. Hier stand ebenfalls eine Antwortskala von 0 (vertraue gar nicht) bis 10 (vertraue voll und ganz) zur Verfügung. In Tabelle 4 im Anhang finden sich zusätzlich die zusammengefassten Anteile der Antworten in Prozent.

Darüber hinaus haben wir die Teilnehmer:innen gefragt, ob sie gegen COVID-19 geimpft sind (ja/ nein/ keine Angabe). Die Antwort auf diese Frage gibt ebenfalls Aufschluss über das Vertrauen der Befragten in Wissenschaft und Forschung.

78 Prozent der Befragten beurteilen die Demokratie als Staatsform im Durchschnitt positiv, wie Tabelle 4 im Anhang zeigt. Der durchschnittliche Zustimmungswert liegt bei 7,5 (vergleiche Abbildung 5). Das Vertrauen in Wissenschaft und Forschung sowie die Polizei liegt bei 75 bzw. 70 Prozent (Mittelwert 6,9 bzw. 6,5). Geringeres Vertrauen genießen die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (Mittelwert 4,7) und Politiker:innen (Mittelwert 3,5). Der Aussage, die Politik kümmere sich ausreichend um „Leute wie mich“, stimmen die Befragten im Mittel lediglich mit einem Wert von 3,4 zu.

Abbildung 23 im Anhang verdeutlicht, dass das Institutionenvertrauen mit zunehmendem Einkommen und höherem Bildungsniveau ansteigt. Sie zeigt darüber hinaus, dass sich insbesondere folgende Bevölkerungsgruppen im Vergleich zu anderen Befragten unterdurchschnittlich von der Politik repräsentiert fühlen: ältere Menschen, Personen, die keinen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern erreicht haben, Bewohner:innen des ländlichen Raums sowie Personen, die angeben, bei

ABBILDUNG 6
COVID-19-Impfstatus



Die Abbildung zeigt den Impfstatus.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

der letzten Bundestagswahl die AfD oder aber nicht gewählt zu haben. Die dargestellten Ergebnisse lassen insgesamt darauf schließen, dass im Vergleich zu anderen Institutionen das Vertrauen in die Politik gering ausgeprägt ist.

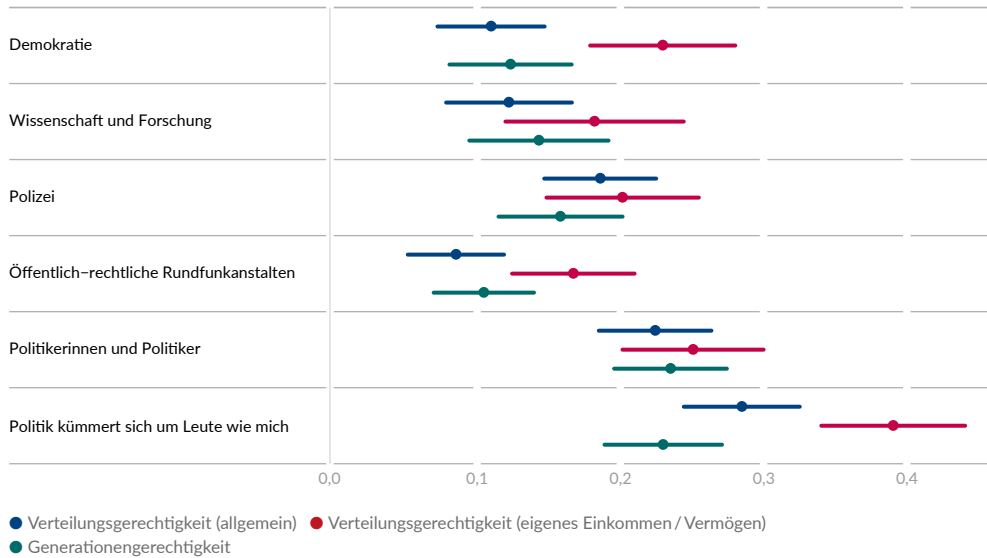
Schließlich zeigt *Abbildung 6*, dass gut 84 Prozent der Teilnehmer:innen unserer Befragung gegen COVID-19 geimpft sind. Dies ist ein höherer Wert als in den offiziellen Statistiken ausgewiesen.¹³ Die Corona-Impfrate kann ebenfalls als Indikator für Institutionenvertrauen interpretiert werden, da Menschen mit geringerem Vertrauen in Wissenschaft und Forschung auch weniger bereit sind, sich impfen zu lassen. Die Wahrscheinlichkeit, gegen COVID-19 geimpft zu sein, steigt mit Alter, Einkommen und bei Vorliegen eines Hochschulabschlusses. Sie ist zudem für politisch links orientierte Befragte signifikant höher als für politisch in der Mitte oder rechts stehende Befragte (siehe *Abbildung 24* im Anhang).

Abbildung 7 bestätigt unsere Ausgangshypothese, dass ein höheres Gerechtigkeitsempfinden mit einem höheren Institutionenvertrauen verbunden ist. Der Zusammenhang ist für alle drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und für alle abgefragten Institutionen statistisch signifikant. Die stärkste Korrelation zeigt sich bei der Aussage, die Politik kümmere sich ausreichend um „Leute wie mich“. Eine um einen Punkt höhere Zustimmung zu dieser Aussage geht mit einem 0,2 bis 0,4 Punkte höheren Gerechtigkeitsempfinden einher. Darüber hinaus stehen das Gerechtigkeitsempfinden und die COVID-19-Impfbereitschaft in einem positiven Zusammenhang, wie *Abbildung 8* veranschaulicht.

Deuten lassen sich diese Korrelationen wie folgt: Menschen, die die Gesellschaft als gerecht und ihre eigene Lage als positiv einschätzen, sind auch der Ansicht, dass die Institutionen die Rahmenbedingungen für eine als gerecht empfundene Gesellschaft bereitstellen. Demnach gehen das Vertrauen in diese Institutionen und das Gerechtigkeitsempfinden Hand in Hand.

¹³ Siehe impfdashboard.de.

ABBILDUNG 7
Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und Institutionenvertrauen

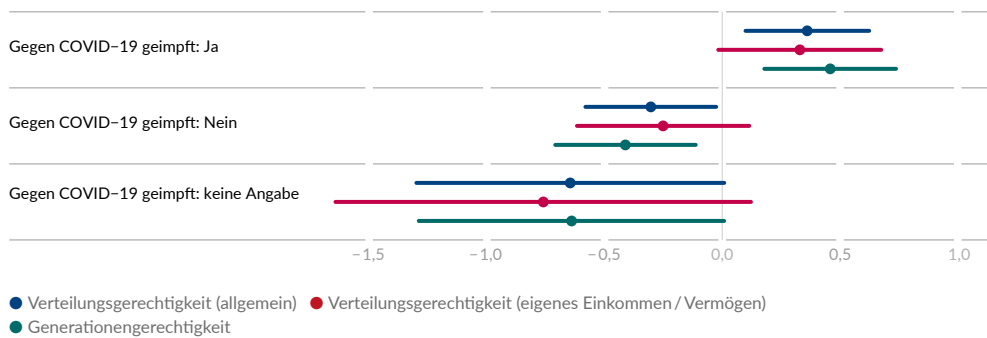


Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und dem Institutionenvertrauen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 8
Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und COVID-19-Impfstatus



Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und dem COVID-19-Impfstatus, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

3.4 WAHRGENOMMENER EINFLUSS VON GLÜCK UND HARTER ARBEIT

Lebenserfolg hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die Bereitschaft, sich anzustrengen, spielt hierbei ebenso eine Rolle wie das berühmte Quäntchen Glück sowie das, was das eigene Elternhaus für den Lebensweg mitgibt. Eine offene Frage ist, wie stark verschiedene Menschen diese Faktoren gewichten und in welchem Zusammenhang diese Gewichtung mit dem Gerechtigkeitsempfinden steht. Unsere zu überprüfende Hypothese ist, dass eine Gesellschaft, in der Menschen das Gefühl haben, das eigene Wohlergehen hänge überwiegend von eigener Anstrengung und weniger von äußeren Umständen wie dem Elternhaus oder Glück ab, eher als gerecht empfunden wird.

Der wahrgenommene Einfluss von Glück und harter Arbeit auf das Erreichen von Reichtum wird mithilfe der Zustimmung der Befragten zu den beiden folgenden Aussagen gemessen:

- Der eigene Reichtum hängt in Deutschland stark vom Reichtum der Eltern und von glücklichen Zufällen und weniger vom persönlichen Arbeitseinsatz ab.
- Mein eigener Reichtum ist hauptsächlich das Ergebnis meiner eigenen harten Arbeit.

Beide Aussagen haben die Befragten auf einer Antwortskala von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme völlig zu) bewertet. In Tabelle 4 im Anhang finden sich zusätzlich die zusammengefassten Anteile der Antworten in Prozent.

Abbildung 9 zeigt, dass die durchschnittliche Zustimmung zu der ersten, allgemeiner gehaltenen Aussage bei dem Wert 6,2 liegt. 62 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass erworbener Reichtum in Deutschland eher durch glückliche Umstände als durch harte Arbeit zu erklären ist. Wenn es um ihren eigenen Reichtum geht, sind jedoch 76 Prozent der Ansicht, dass dieser hauptsächlich das Ergebnis eigener harter Arbeit ist. Die durchschnittliche Zustimmung zu dieser Aussage beträgt 7,3.

ABBILDUNG 9

Reichtum durch Umstände oder eigene Arbeit



Die Abbildung zeigt die durchschnittliche Zustimmung zu den genannten Aussagen anhand des Mittelwerts; Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

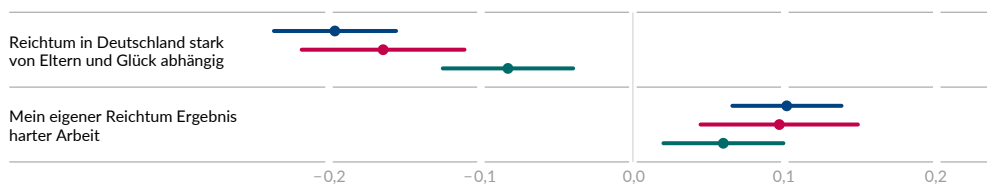
Abbildung 25 im Anhang verdeutlicht, dass insbesondere Befragte mit höherem Einkommen der Ansicht sind, Reichtum sei das Ergebnis persönlicher Anstrengungen – sowohl auf ihre eigene Situation bezogen als auch allgemein in Deutschland. Je älter die Teilnehmer:innen sind, desto eher stimmen sie den Aussagen zu, ihr eigener Reichtum sei das Ergebnis eigener harter Arbeit, allgemein hänge Reichtum in Deutschland jedoch eher vom Reichtum der Eltern und von glücklichen Zufällen ab. Signifikante Unterschiede sind darüber hinaus zwischen Bildungsaufsteiger:innen und Bildungsabsteiger:innen sowie zwischen politisch rechts oder in der Mitte stehenden Befragten auf der einen und politisch links stehenden Befragten auf der anderen Seite zu beobachten. Bildungsaufsteiger:innen und politisch rechts oder in der Mitte stehende Befragte sind überdurchschnittlich oft der Ansicht, ihr persönlicher Reichtum sei das Ergebnis eigener harter Arbeit.

Schließlich zeigt Abbildung 10, dass ein statistisch signifikanter, positiver Zusammenhang zwischen allen drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und der Zustimmung zu der Aussage besteht, der persönliche Reichtum sei hauptsächlich das Ergebnis eigener harter Arbeit. Dagegen besteht eine negative Korrelation zwischen den drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und der Zustimmung zu der Aussage, der eigene Reichtum hänge in Deutschland stark vom Reichtum der Eltern und von glücklichen Umständen ab. Diese Ergebnisse bestätigen unsere Hypothese, dass das Gerechtigkeitsempfinden höher ist, je stärker die Wahrnehmung vorherrscht, dass sich eigene Anstrengungen lohnen.

Bemerkenswert an unseren Ergebnissen ist die Diskrepanz zwischen der Wahrnehmung des Ursprungs des eigenen Reichtums und des Reichtums anderer Menschen in der Gesellschaft. Auf die Gesellschaft bezogen wird äußeren Umständen ein hoher Einfluss auf den persönlichen Lebenserfolg beigemessen. Für sich selbst nehmen die Befragten allerdings in Anspruch, ihren Reichtum durch harte Arbeit erlangt zu haben. Auch ist es aufschlussreich, welche Bevölkerungsgruppen die

ABBILDUNG 10

Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und Einfluss von Glück und harter Arbeit im Leben



- Verteilungsgerechtigkeit (allgemein)
- Verteilungsgerechtigkeit (eigenes Einkommen / Vermögen)
- Generationengerechtigkeit

Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und dem wahrgenommenen Einfluss von Glück und harter Arbeit im Leben, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

eigene harte Arbeit stärker und den Einfluss äußerer Umstände auf den eigenen Reichtum geringer gewichten: Es sind insbesondere die Erfolgreichen und Privilegierten, die das ebenso für sich selbst wie gesamtgesellschaftlich so wahrnehmen. Dies könnte die weiter oben beschriebene Erkenntnis erklären, dass wohlhabende und gebildete Menschen die Gesellschaft eher als gerecht wahrnehmen und eher dem Leistungsprinzip zustimmen.

3.5 UMVERTEILUNGSPRÄFERENZEN

In Abschnitt 3.1 haben wir dargelegt, dass unterschiedliche Sichtweisen, etwa in Hinblick auf die Verteilungs- oder die Generationengerechtigkeit, in der Gesellschaft mit unterschiedlichen Parteipräferenzen einhergehen. Es wurde gezeigt, dass Befragte mit einem gering ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden eher Parteien präferieren, die Gerechtigkeitsthemen stärker in den Vordergrund rücken, oder aber Protestparteien wählen oder Wahlen fernbleiben. In diesem Abschnitt dokumentieren wir nun, wie das Gerechtigkeitsempfinden mit verteilungspolitischen Präferenzen zusammenhängt. Wir vermuten, dass ein Ungerechtigkeitsempfinden mit dem Wunsch nach mehr Umverteilung einhergeht.

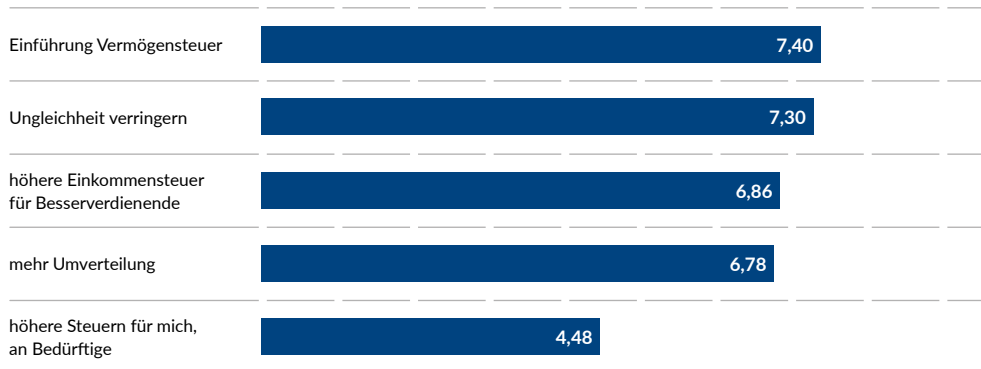
Wir messen die Umverteilungspräferenzen der Befragten anhand ihrer Zustimmung zu den folgenden fünf Aussagen:

- Der Staat soll für eine Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich sorgen.
- In Deutschland benötigen wir im Moment mehr Umverteilung von Reich nach Arm.
- Besserverdienende sollen in Deutschland höhere Einkommensteuern bezahlen als bisher.
- Reiche sollen in Deutschland ab einer gewissen Höhe des Vermögens Vermögensteuern bezahlen.
- Ich wäre bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn ärmere Menschen dafür höhere finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen.

Auch diese Aussagen wurden auf einer Antwortskala von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme völlig zu) bewertet. In Tabelle 4 im Anhang finden sich zusätzlich die zusammengefassten Anteile der Antworten in Prozent.

Zunächst betrachten wir die durchschnittliche Zustimmung zu den verteilungspolitischen Fragen in unserer Umfrage. *Abbildung 11* zeigt, dass vier der fünf verteilungspolitischen Fragen im Durchschnitt eher zugestimmt wird. Die durchschnittliche Zustimmung zu den Aussagen, dass Reiche in Deutschland ab einer gewissen Höhe des Vermögens Vermögensteuern bezahlen sollen und dass der Staat für eine Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich sorgen soll, liegt bei 7,4 beziehungsweise 7,3. Rund drei Viertel der Befragten stimmen diesen Aussagen zu. Es folgen Zustimmungswerte von durchschnittlich 6,9 und 6,8 für die Aussagen, dass Besserverdienende in Deutschland höhere Einkommensteuer bezahlen sollen als bisher und dass wir in Deutschland mehr Umverteilung von Reich nach Arm benötigen. Die Zustimmungsteile hierfür liegen bei 70 beziehungsweise 68 Prozent. Der Aussage „Ich wäre bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn ärmere Men-

ABBILDUNG 11
Umverteilungspräferenzen



Die Abbildung zeigt die durchschnittliche Zustimmung zu verteilungspolitischen Fragen; Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

schen dafür höhere finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen“ stimmen dagegen nur 37 Prozent zu (Mittelwert 4,5).

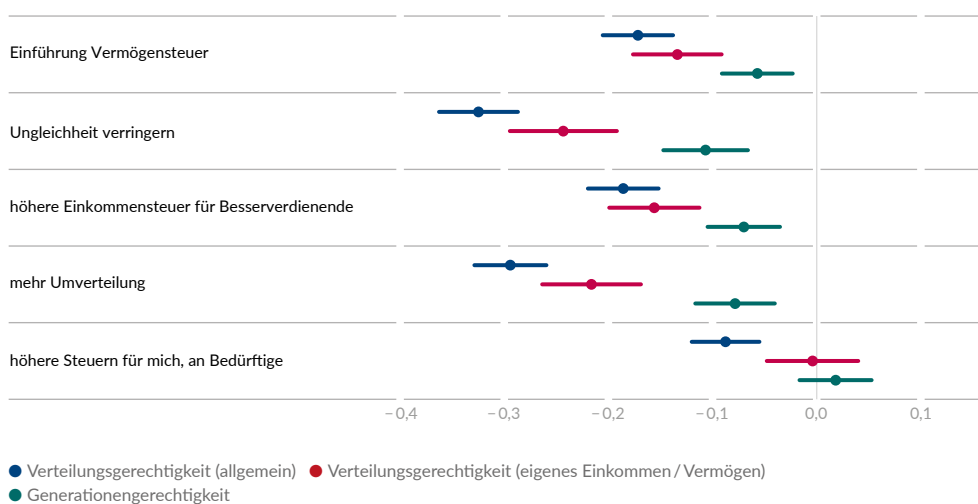
Abbildung 26 im Anhang veranschaulicht, dass vor allem ältere Menschen und Angehörige der unteren Einkommens- und Bildungsgruppen eine Umverteilung präferieren. Die gegenteilige Haltung vertreten Bildungsaufsteiger:innen sowie politisch rechts orientierte Befragte. Die Befragten in Ostdeutschland befürworteten Umverteilungsmaßnahmen im Durchschnitt stärker als die Befragten in Westdeutschland.

Schließlich bestätigt Abbildung 12 unsere Hypothese, dass es einen negativen Zusammenhang zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden und Umverteilungspräferenzen gibt. Befragte, die die Gesellschaft als weniger gerecht empfinden, präferieren eine Umverteilung eher als Befragte mit einem stärker ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden. Dieser Zusammenhang ist für alle drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens zu beobachten und am stärksten für die wahrgenommene allgemeine Verteilungsgerechtigkeit ausgeprägt. Lediglich die Bereitschaft, selbst mehr Steuern zu zahlen, um damit höhere finanzielle Transfers an ärmere Menschen zu finanzieren, korreliert nicht mit der wahrgenommenen Generationengerechtigkeit und der empfundenen Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich des eigenen Einkommens und Vermögens.

Insgesamt zeigt sich, dass die Befragten im Mittel Umverteilungsmaßnahmen generell und mehr Umverteilung im Vergleich zum Status quo befürworten. Allerdings sind die Befragten durchschnittlich nicht bereit, höhere Steuern zu zahlen, um mehr Umverteilung zu ermöglichen. Wer die Gesellschaft für ungerechter hält, stimmt einer Umverteilung als Mittel zur Verbesserung der Verteilung

ABBILDUNG 12

Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und Umverteilungspräferenzen



Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und den Umverteilungspräferenzen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

lungsgerechtigkeit eher zu. Es zeigt sich weiterhin ein Eigeninteresse bei der Zustimmung zu Umverteilungsmaßnahmen. Unter Befragten mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsabschluss ist die Zustimmung dazu überdurchschnittlich hoch; überdurchschnittlich gering ist sie bei denen, die über ein höheres Einkommen und einen höheren Bildungsabschluss verfügen, sowie bei Bildungsaufsteiger:innen.

3.6 EINSTELLUNGEN ZUR GENERATIONENPOLITIK

In diesem Abschnitt analysieren wir den Zusammenhang zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden und Einstellungen zur Generationenpolitik. Wie im vorangegangenen Abschnitt zu den Umverteilungspräferenzen lautet unsere Hypothese, dass ein geringeres Gerechtigkeitsempfinden mit einer höheren Zustimmung zu politischen Maßnahmen zur Stärkung der Gerechtigkeit, in diesem Fall der Generationengerechtigkeit, einhergeht.

Gefragt haben wir die Teilnehmer:innen nach ihrer Einstellung zu Politikbereichen beziehungsweise Politikmaßnahmen, die einen Bezug zur Generationengerechtigkeit haben: Klima-, Renten- und Finanzpolitik. Darüber hinaus haben wir Einstellungen zu zwei Varianten einer Wahlrechtsreform

erhoben, die das politische Gewicht der jungen Generation stärken würden. Wissen wollten wir zudem, inwiefern die Politik in der Coronapandemie die Interessen der Kinder und Jugendlichen vernachlässigt hat. Schließlich wurden die Teilnehmer:innen nach ihrer eigenen Bereitschaft gefragt, einen finanziellen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Aussagen lauten im Einzelnen:

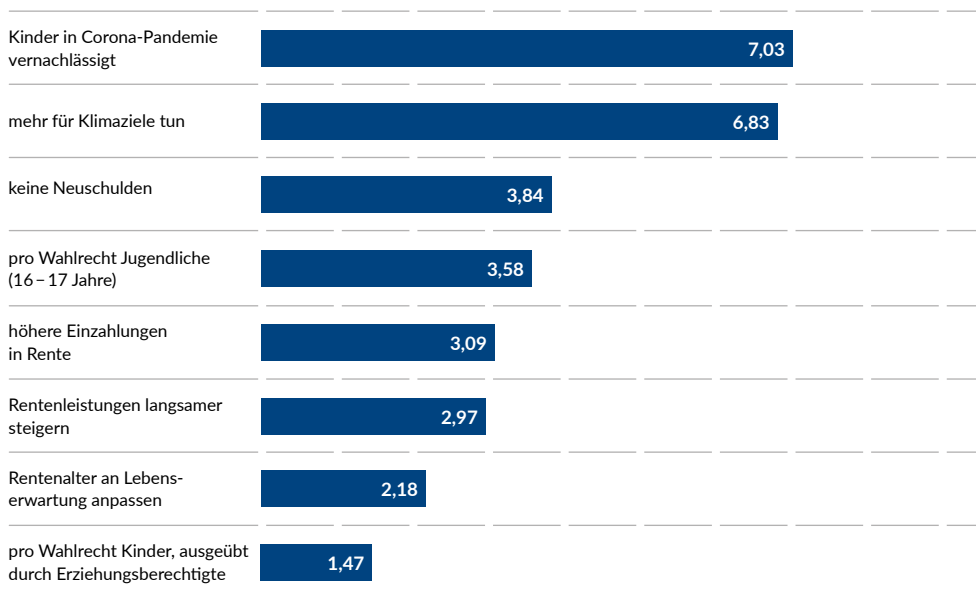
- Der Staat soll mehr tun, um die Klimaziele zu erreichen.
- Das gesetzliche Renteneintrittsalter sollte an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Das heißt, bei weiterhin steigender Lebenserwartung sollte das Renteneintrittsalter automatisch erhöht werden.
- Die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollten weniger stark steigen als Löhne und Gehälter.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten einen höheren Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen.
- Der deutsche Staat sollte ohne neue Schulden auskommen, auch wenn dies mit Leistungskürzungen oder höheren Steuern und Abgaben verbunden ist.
- Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren sollten ein Wahlrecht erhalten.
- Auch Kinder und Jugendliche sollten ein Wahlrecht erhalten, das bis zum Erreichen des Wahlalters durch deren Erziehungsberechtigte ausgeübt wird.
- Die Politik in Deutschland hat in der Coronapandemie die Interessen der Kinder und Jugendlichen vernachlässigt.
- Angenommen, Sie würden einen Urlaub auf Mallorca machen und der Flug hin und zurück kostet 300 Euro. Bei Flugreisen gibt es die Möglichkeit, den durch den Flug verursachten CO₂-Ausstoß durch eine freiwillige Zahlung an Klimaschutzprojekte auszugleichen – beispielsweise 10 bis 40 Euro für eine Flugreise von Deutschland nach Mallorca und zurück (je höher der Betrag desto schneller wird der CO₂-Ausstoß kompensiert). Welchen Betrag wären Sie bereit zu zahlen, um den CO₂-Ausstoß für eine solche Flugreise auszugleichen?

Mit Ausnahme der letzten Frage stand zur Bewertung der Aussagen eine Antwortskala von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme völlig zu) zur Verfügung. In den Tabellen 3 und 4 im Anhang finden sich zusätzlich Anteile der Antworten in Prozent.

Zunächst betrachten wir wieder die durchschnittlichen Zustimmungswerte; sie sind in *Abbildung 13* dargestellt. In Bezug auf die Aussage, dass die Politik in Deutschland in der Coronapandemie die Interessen der Kinder und Jugendlichen vernachlässigt hat, liegt dieser durchschnittliche Wert bei 7,0 (rund 72 Prozent der Befragten stimmen zu). Die Aussage, dass der Staat mehr tun sollte, um die Klimaziele zu erreichen, wird durchschnittlich mit 6,8 bewertet (69 Prozent wählen hier die Antwortoptionen 6 bis 10). Die Befragten wären auch selbst bereit, mehr für den Klimaschutz zu tun: Der durchschnittliche Geldbetrag, den sie als Kompensation für den CO₂-Ausstoß einer Flugreise nach Mallorca bereit wären zu zahlen, beträgt rund 34 Euro.

Bei allen weiteren Aussagen liegt der durchschnittliche Wert bei unter 5; diesen Aussagen wird daher im Schnitt nicht zugestimmt. Die geringste durchschnittliche Zustimmung erhalten die Aussagen zur Ausübung eines Wahlrechts für Kinder und Jugendliche durch Erziehungsberechtigte sowie zur

ABBILDUNG 13

Generationenpolitik

Die Abbildung zeigt die durchschnittlich empfundene Generationengerechtigkeit bzw. die durchschnittliche Zustimmung zu politischen Maßnahmen mit Implikationen für die Generationengerechtigkeit; Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

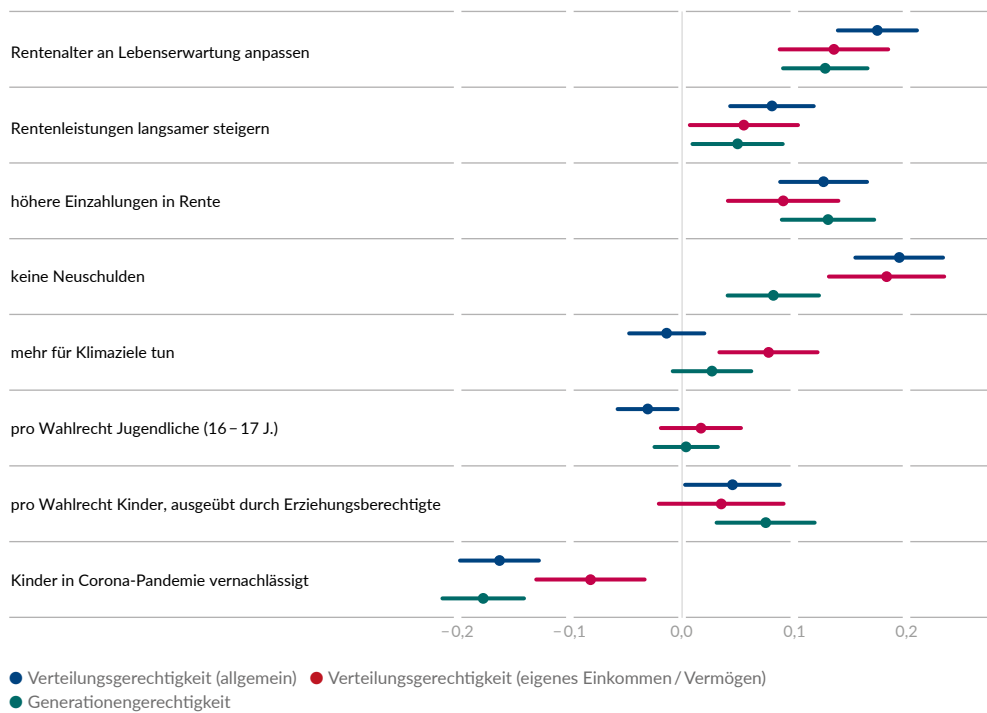
Kopplung des gesetzlichen Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung (Zustimmungswerte von 1,5 und 2,2).

Abbildung 27 im Anhang verdeutlicht, dass zum Teil erhebliche Unterschiede in den Einstellungen zur Generationenpolitik zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehen. So sind Jüngere eher dafür, die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken (insbesondere durch die Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung und geringere Steigerungsraten der Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Vergleich zu Löhnen und Gehältern). Sie stimmen der Aussage, dass die Politik in Deutschland in der Coronapandemie die Interessen der Kinder und Jugendlichen vernachlässigt hat, und der Forderung, Kindern und Jugendlichen ein Wahlrecht zu geben, mit höherer Wahrscheinlichkeit zu. Darüber hinaus sind sie eher bereit, einen finanziellen Ausgleich für den CO₂-Ausstoß einer Flugreise zu leisten (siehe Abbildung 28). Dagegen unterscheiden sich die Zustimmungswerte zu der Aussage, der Staat solle mehr tun, um die Klimaziele zu erreichen, nicht signifikant zwischen den Altersgruppen. Allerdings wird dieser Aussage überdurchschnittlich häufig von Befragten mit höherem Einkommen und höherer Bildung sowie politisch links orientierten Befragten zugestimmt. Der Aussage, dass der Staat ohne neue Schulden auskommen

sollte, auch wenn dies mit Leistungskürzungen oder höheren Steuern und Abgaben verbunden ist, stimmen ältere Befragte und solche mit hohem Einkommen eher zu als Jüngere und Befragte mit niedrigem Einkommen.

Wie hängt das Gerechtigkeitsempfinden mit den Einstellungen zur Generationenpolitik zusammen? Abbildung 14 verdeutlicht, dass viele der Politikforderungen zur Stärkung der Generationengerechtigkeit positiv mit dem Gerechtigkeitsempfinden korrelieren. Dies trifft auf alle Maßnahmen im oberen Bereich der Grafik zu, bei denen sich die Regressionskoeffizienten – unabhängig von der betrachteten Dimension des Gerechtigkeitsempfindens – auf der rechten Seite der Nulllinie befinden. Diese Ergebnisse widerlegen unsere Hypothese, dass ein geringeres Gerechtigkeitsempfinden mit einer höheren Zustimmung zu politischen Maßnahmen zur Stärkung der Generationengerechtigkeit einhergeht.

ABBILDUNG 14
Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und Einstellungen zur Generationenpolitik

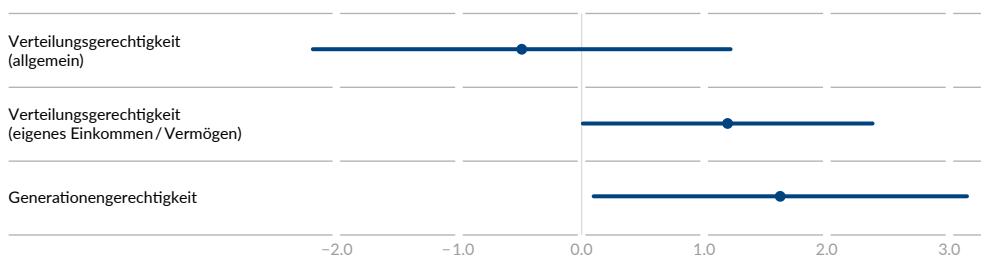


Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und den Einstellungen zur Generationenpolitik, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 15

Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und Ausgleich CO₂-Ausstoß Flugreise



● Ausgleich Flugreise

Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und der Zahlungsbereitschaft für die Kompensation des CO₂-Ausstoßes einer Flugreise, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

Ein differenzierteres Bild ergibt sich bei den im unteren Teil von *Abbildung 14* dargestellten Politikmaßnahmen. So geht die Wahrnehmung, dass die eigenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse gerecht sind, mit einer signifikant höheren Zustimmung zu der Aussage einher, dass der Staat mehr tun sollte, um die Klimaziele zu erreichen. Hingegen lässt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen dieser Politikforderung und der Wahrnehmung der allgemeinen Verteilungs- sowie der Generationengerechtigkeit feststellen. Das Generationengerechtigkeitsempfinden sowie die wahrgenommene Verteilungsgerechtigkeit hinsichtlich des eigenen Einkommens und Vermögens sind positiv mit der Bereitschaft für eine CO₂-Kompensation bei einer Flugreise korreliert (*Abbildung 15*). Darüber hinaus geht ein höheres Generationengerechtigkeitsempfinden mit einer höheren Zustimmung zu der Forderung einher, dass Kinder und Jugendliche ein Wahlrecht erhalten sollten, das zunächst ihre Erziehungsberechtigten ausüben sollen. Schließlich stimmen Befragte mit einem geringeren Gerechtigkeitsempfinden eher der Aussage zu, dass Kinder und Jugendliche in der Coronapandemie vernachlässigt wurden. Dieser Zusammenhang gilt für alle drei Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens.

Insgesamt ist die Zustimmung für politische Maßnahmen zur Stärkung der Generationengerechtigkeit – mit Ausnahme des Klimaschutzes – relativ gering ausgeprägt. Auch im Hinblick auf die Zustimmung zu generationenpolitischen Maßnahmen zeigen sich Unterschiede je nach Betroffenheit: Junge Menschen fordern überdurchschnittlich häufig Maßnahmen zur Nachhaltigkeit des Rentensystems und ein Wahlrecht für Jugendliche und Kinder. Von einem solchen Wahlrecht könnten die Teilnehmer:innen der Umfrage zwar nicht direkt profitieren, da nur Volljährige befragt wurden. Sie können sich aber möglicherweise dennoch eher mit der Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen identifizieren, vor allem wenn sie selber Kinder im entsprechenden Alter haben. Eine Ausnahme bilden Maßnahmen zum Klimaschutz, die von allen Altersgruppen stark unterstützt werden, sowie der Verzicht auf Neuschulden.

Hervorzuheben ist die zum Teil positive Korrelation zwischen der Zustimmung zu politischen Maßnahmen zur Stärkung der Generationengerechtigkeit und dem Gerechtigkeitsempfinden. Dies trifft insbesondere auf Maßnahmen zur Nachhaltigkeit des Rentensystems und zur Begrenzung der Staatsverschuldung zu. Dem steht eine negative Korrelation zwischen dem Gerechtigkeitsempfinden und der Präferenz für eine Umverteilung zwischen Reich und Arm (Abbildung 12 in Kapitel 3.5) gegenüber. Mit anderen Worten: Je gerechter die gegenwärtige Gesellschaft empfunden wird, desto größer ist die Bereitschaft, zugunsten künftiger Generationen umzuverteilen. Je ungerechter die gegenwärtige Gesellschaft empfunden wird, desto höher fällt die Zustimmung für eine Umverteilung im Hier und Jetzt aus. Eine mögliche Schlussfolgerung ist, dass Menschen, die heute das Gefühl haben, zu besitzen und zu erhalten, was ihnen zusteht, eher offen sind – oder die Ressourcen dafür haben –, sich zukünftigen Problemen zu widmen und Fragen der Nachhaltigkeit in den Blick zu nehmen.

3.7 SPENDENVERHALTEN

Zusätzlich zu den in den Kapiteln 3.1 bis 3.6 dargestellten Ergebnisvariablen messen wir die empfundene Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit zusätzlich mithilfe einer incentivierten Spendenfrage. Die Befragten wurden zuvor darüber informiert, dass unter allen Personen, die an der Umfrage teilnehmen, 20-mal 50 Euro verlost werden und dass wir für den Fall, dass sie selbst ausgelost werden, anbieten, den Gewinn an eine oder mehrere wohltätige Organisationen zu spenden. Die Teilnehmer:innen wurden anschließend gebeten zu entscheiden, welchen Anteil sie selbst behalten möchten und wie viel sie an welche Organisation spenden möchten. Dabei standen drei Organisationen zur Auswahl, die mit folgender Erläuterung den Befragten präsentiert wurden:

- Organisation 1: Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen setzt sich für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein. Dem liegt der Gedanke zugrunde, dass man nicht auf Kosten seiner Nachkommen leben sollte.
- Organisation 2: die Tafel Deutschland e.V. Die gemeinnützigen Tafeln sammeln überschüssige Lebensmittel und verteilen diese an sozial und wirtschaftlich Benachteiligte. Sie schaffen den Rahmen zum Aufbau eines sozialen Netzwerks, das von Armut Betroffenen Halt gibt und sie dabei unterstützen kann, ihre Situation zu verbessern.
- Organisation 3: Die DKMS (Deutsche Knochenmarkspenderdatei) hat sich dem Kampf gegen Blutkrebs durch die Vermittlung von Stammzellspenden verschrieben. Viele Patientinnen und Patienten können ohne eine lebensrettende Stammzellspende nicht überleben.

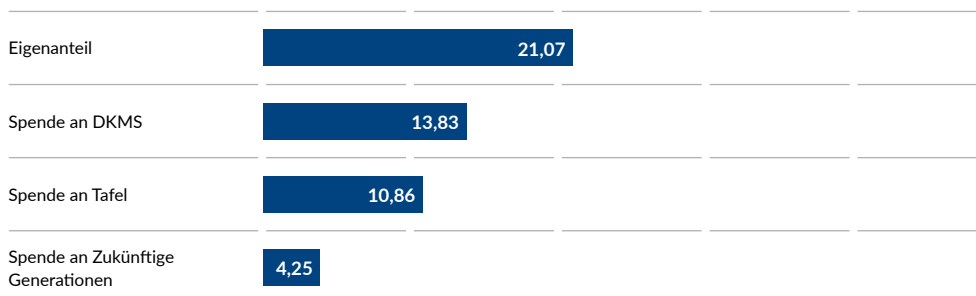
Im Falle des Gewinns hatte das Spendenverhalten also eine direkte monetäre Konsequenz für die Befragten. Wir interpretieren eine Spende an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen als Indikator dafür, die Generationengerechtigkeit in Deutschland stärken zu wollen. Eine Spende an die Tafel drückt dagegen die Bereitschaft aus, die Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland zu stärken. Die DKMS stand als neutrale Organisation zur Auswahl, die weder explizit der Generationen- noch der Verteilungsgerechtigkeit zuzuordnen ist.

Durch die Optionen, bei einem möglichen Gewinn einen Eigenanteil behalten zu können oder darauf bewusst durch eine Spende zu verzichten, sind die Analysen besonders aufschlussreich. Unterschiede im Spendenverhalten sind je nach Gerechtigkeitsempfinden eine starke Evidenz dafür, dass das Gerechtigkeitsempfinden Handlungen und Präferenzen der Befragten beeinflusst. Unsere zu überprüfende Hypothese lautet, dass das Gerechtigkeitsempfinden negativ mit dem Spendenbetrag korreliert ist. Darüber hinaus erwarten wir, dass Befragte mit einem gering ausgeprägten allgemeinen Verteilungsgerechtigkeitsempfinden mehr für die Tafel und Befragte mit einem gering ausgeprägten Generationengerechtigkeitsempfinden mehr für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen spenden.

Abbildung 16 illustriert, dass die Befragten bei der Spendenfrage im Durchschnitt einen Eigenanteil von rund 21 Euro behalten, 14 Euro an die DKMS, 11 Euro an die Tafel und 4 Euro an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen spenden. Tabelle 4 im Anhang zeigt eine differenzierte Aufschlüsselung nach Höhe der Spenden.

ABBILDUNG 16

Spendenverhalten



Die Abbildung zeigt die durchschnittliche Aufteilung des Geldbetrags in Höhe von 50 Euro, den die Befragten bei der Spendenfrage auf drei Spendenorganisationen (die DKMS, die Tafel Deutschland e.V. und die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen) verteilen sowie als Eigenanteil behalten konnten. Nach der Umfrage wurden 20 Befragte zufällig ausgewählt und ihre Allokationen bei der Spendenfrage zahlungswirksam.

Quelle: Eigene Berechnungen.

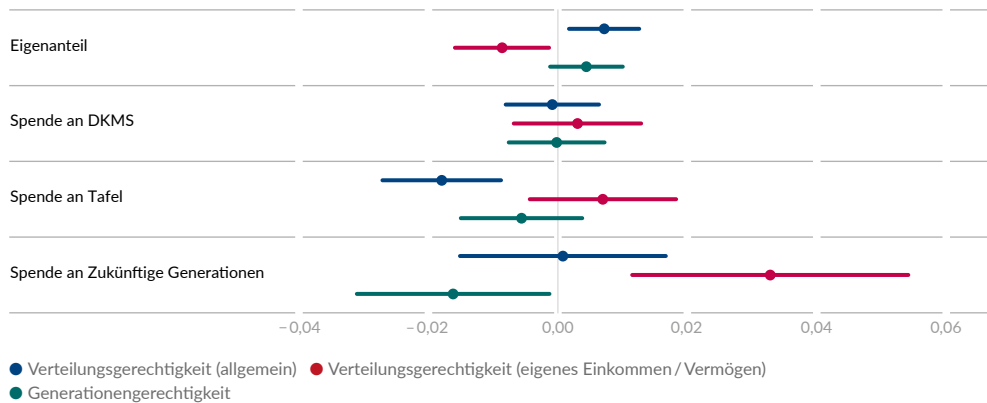
| BertelsmannStiftung

Die Unterschiede im Spendenverhalten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind in der Abbildung 29 im Anhang dargestellt. Der einbehaltene, nicht gespendete Betrag sinkt mit zunehmendem Alter, Einkommen und Bildungsstand. Ebenso ist der Eigenanteil bei politisch rechts orientierten Befragten signifikant höher als bei politisch links oder in der Mitte verorteten Befragten. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen sind zum Teil sehr groß. So unterscheidet sich der durchschnittliche Eigenanteil zwischen Befragten in der jüngsten (18 bis 30 Jahre) und der ältesten (61 bis 70 Jahre) Altersgruppe sowie zwischen der untersten und obersten Einkommensgruppe

um mehr als fünf Euro. Jüngere Altersgruppen, Befragte mit hohem Einkommen und hoher Bildung sowie politisch links orientierte Befragte spenden überdurchschnittlich oft für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Ein ähnlicher Trend zeigt sich bei den Spenden an die Tafel, nur dass sich hier überdurchschnittlich oft mehr ältere als jüngere Befragte engagieren.

Schließlich bestätigt Abbildung 17 unsere Hypothesen bezüglich des Zusammenhangs zwischen dem allgemeinen intragenerationalen Gerechtigkeitsempfinden und der Spende an die Tafel sowie dem intergenerationalen Gerechtigkeitsempfinden und der Spende an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Befragte mit einem geringer ausgeprägten allgemeinen Verteilungsgerechtigkeitsempfinden leisten einen signifikant höheren Spendenbetrag für die Tafel und behalten einen geringeren Eigenanteil zurück. Analog ist ein negativer Zusammenhang zwischen dem Generationengerechtigkeitsempfinden und den Spenden an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen zu beobachten. Je geringer das Generationengerechtigkeitsempfinden ausgeprägt ist, desto mehr wird für die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen gespendet. Eine signifikant positive Korrelation besteht dagegen zwischen der Wahrnehmung des eigenen Einkommens und Vermögens als gerecht und der Spende an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

ABBILDUNG 17
Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und Spendenverhalten



Anmerkungen: Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und dem Spendenverhalten, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Das Spendenverhalten steht in Zusammenhang mit der eigenen sozioökonomischen Situation: Wohlhabendere, ältere und gebildete Menschen zeigen eine höhere allgemeine Spendenbereitschaft. Diese ist ebenfalls höher unter denjenigen, die das eigene Einkommen und Vermögen gerecht finden. Diese Beobachtungen könnten darauf hindeuten, dass diejenigen mehr spenden, die sich schon gut

versorgt fühlen beziehungsweise sich in der Lage sehen, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Die höheren Spenden der Reichen, Älteren und Gebildeteren kommen vor allem der Tafel zugute, was den Eindruck verstärkt, dass diese Bevölkerungsgruppen mit ihrer Spende eine unzureichende Verteilungsgerechtigkeit ausgleichen wollen.

Wohin die Spende geht, hängt von den wahrgenommenen gesellschaftlichen Problemlagen ab. Wer eine mangelnde Verteilungsgerechtigkeit in Deutschland beklagt, spendet mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an die Tafel. Menschen, die einen Mangel an Generationengerechtigkeit wahrnehmen, spenden mit höherer Wahrscheinlichkeit an die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Weiter wäre zu erwarten, dass junge Menschen – als Zielgruppe der Aktivitäten der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen – diese vermehrt unterstützen. Dies ist allerdings nur in geringem Maße der Fall. Bei der Zuteilung der Spenden kommt es möglicherweise auch auf die politische Einordnung der jeweiligen Organisation an. Die relativ hohe Spendenbereitschaft für die DKMS könnte damit zusammenhängen, dass sie keiner politischen Richtung zugeordnet werden kann und daher die mehrheitsfähigsten Ziele vertritt. Entsprechend wird die DKMS überdurchschnittlich häufig von Befragten, die sich der Mitte des politischen Spektrums zuordnen, unterstützt. Für die Tafel und die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen engagieren sich hingegen vornehmlich Befragte linker politischer Orientierung. Schließlich könnte der Bekanntheitsgrad eine Rolle spielen. Die wenig bekannte Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen erhält deutlich weniger Spenden als die bekannteren Stiftungen DKMS und Tafel.

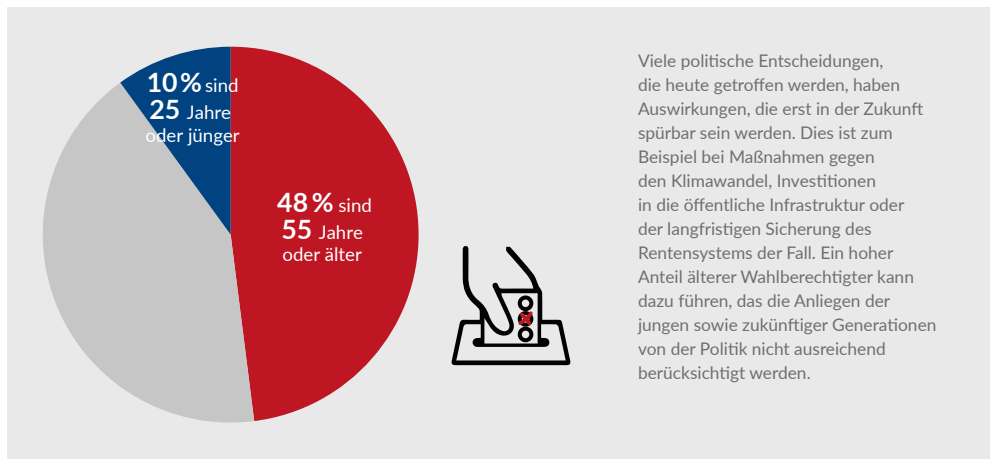
3.8 EINFLUSS VON INFORMATIONEN ÜBER ALTERSSTRUKTUR UND VERMÖGENSVERTEILUNG – DAS SURVEY-EXPERIMENT

Zu Beginn des Umfrageexperiments wurden die Teilnehmer:innen zufällig in drei gleich große Gruppen eingeteilt: zwei sogenannte Behandlungs- und eine Kontrollgruppe (siehe Tabelle 1). Vor den Informationseingaben sowie später nach Erhebung der Ergebnisvariablen haben wir alle Teilnehmer:innen, sowohl diejenigen in den beiden Behandlungsgruppen als auch jene in der Kontrollgruppe, nach ihren Einschätzungen zur Altersverteilung der Wahlbevölkerung und zur Vermögensungleichheit gefragt (*prior* und *posterior beliefs*). Durch dieses experimentelle Design lassen sich Unterschiede in den Ergebnisvariablen zwischen Behandlungs- und Kontrollgruppe kausal allein auf die bereitgestellte Information zurückführen und nicht auf das *priming*, also den Beeinflussungseffekt, der dadurch entsteht, dass die Teilnehmer:innen über die Altersverteilung der Wahlberechtigten oder die Vermögensungleichheit nachdenken.¹⁴

14 Ein alternatives experimentelles Design wäre gewesen, die vorherigen Einschätzungen (*prior beliefs*) nur in den Behandlungsgruppen zu erheben. Dies hätte potenziell zu größeren Unterschieden zwischen der Kontroll- und den Behandlungsgruppen bei der Beantwortung der Ergebnisvariablen geführt, da kein *priming* in der Kontrollgruppe stattgefunden hätte. Ein Nachteil dieses alternativen Ansatzes ist, dass sich der Informations-Effekt der Treatments nicht vom *Priming*-Effekt trennen lässt, während Treatment-Effekte bei dem von uns gewählten Ansatz allein auf die bereitgestellte Information zurückzuführen sind.

ABBILDUNG 18

Informations-Treatment zur Altersverteilung der Wahlberechtigten in Deutschland

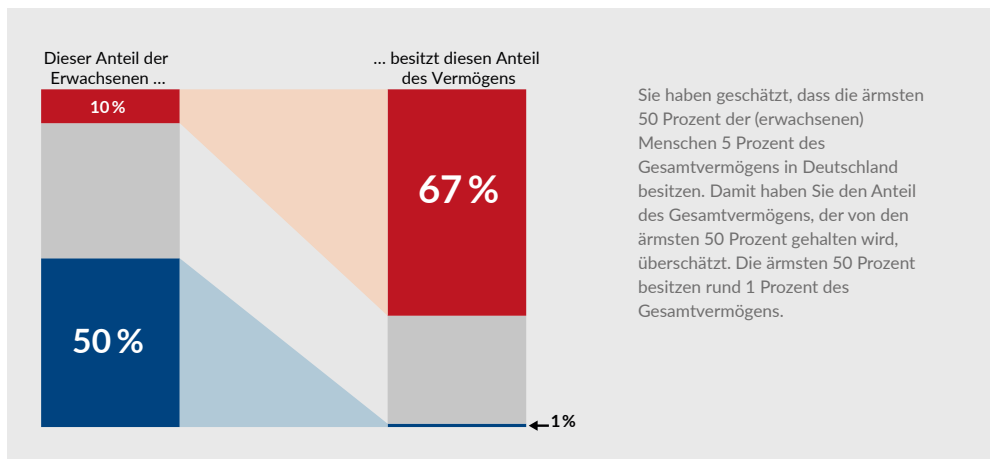


Quelle: Statistisches Bundesamt; Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 19

Informations-Treatment zur Vermögensungleichheit in Deutschland



Quelle: 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und Schröder et al. (2020).

| BertelsmannStiftung

Die erste Behandlungsgruppe wurde über die Altersverteilung der Wahlberechtigten in Deutschland informiert. Unter Verwendung eines Kreisdiagramms wurde grafisch veranschaulicht, dass der Anteil der jungen Wähler:innen (25 Jahre und jünger) zehn Prozent und der Anteil der älteren Wähler:innen (55 Jahre und älter) 48 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung beträgt. Zusätzlich wurde in einem Informationstext erläutert, dass viele politische Entscheidungen, die heute getroffen werden, Auswirkungen haben, die erst in der Zukunft spürbar sein werden (siehe Abbildung 18).

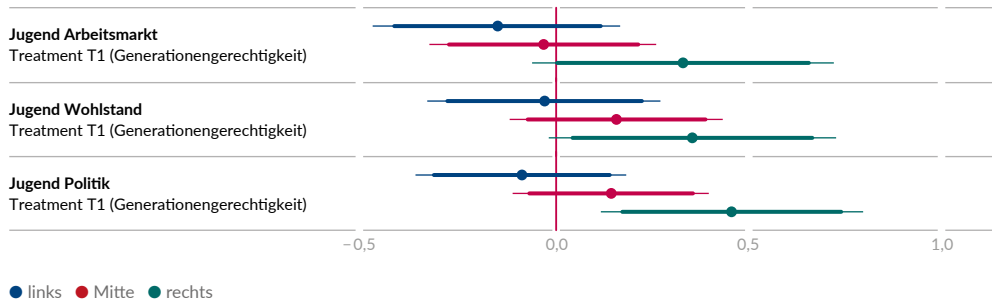
Die zweite Behandlungsgruppe wurde über das Ausmaß der Vermögensungleichheit in Deutschland informiert. Mithilfe eines Balkendiagramms wurde dargelegt, dass die reichsten zehn Prozent der erwachsenen Menschen in Deutschland 67 Prozent des Vermögens besitzen, während der Vermögensanteil der ärmsten 50 Prozent der erwachsenen Menschen ein Prozent beträgt (siehe Abbildung 19). Bei beiden Informationseingaben wurde den Befragten mitgeteilt, ob sie den wahren Wert zuvor unter-, über- oder korrekt eingeschätzt hatten.

Beide Informationseingaben sind darauf angelegt, eine sogenannte exogene Variation des Gerechtigkeitsempfindens zu erzeugen. Damit ist gemeint, dass das Gerechtigkeitsempfinden von zufällig ausgewählten Teilnehmer:innen, in unserem Fall das Gerechtigkeitsempfinden der Befragten, die zufällig in die beiden Treatment-Gruppen eingeordnet wurden, beeinflusst wird. Dabei sind die Interventionen so gestaltet, dass beim Informations-Treatment zur Altersverteilung der Wahlberechtigten davon auszugehen ist, dass das Generationengerechtigkeitsempfinden negativ beeinflusst wird. Entsprechend ist zu erwarten, dass das Informations-Treatment zur Vermögensungleichheit das Verteilungsgerechtigkeitsempfinden negativ beeinflusst. Bezüglich der weiteren Ergebnisvariablen ist unsere Hypothese, dass die Information zur Altersverteilung der Wahlberechtigten die erhobenen Einstellungen zur Generationenpolitik zugunsten der jungen Generation beeinflusst. Spiegelbildlich dazu erwarten wir, dass die Information zur Vermögensungleichheit die Umverteilungspräferenzen zugunsten ärmerer Menschen beeinflusst.

Die Effekte unserer Informationseingaben variieren je nach politischer Orientierung der Befragten. Bei denen, die sich selbst als politisch links stehend oder neutral bezeichnen, zeigen sich keine signifikanten Effekte auf Politikpräferenzen und Gerechtigkeitsempfinden.¹⁵ Bei Befragten, die sich als politisch rechts stehend definieren, lassen sich teilweise unerwartete und paradoxe Effekte beobachten. So stufen diese Personen, nachdem sie Informationen zur Altersstruktur in der Wahlbevölkerung (und den Hinweis auf potenziell negative Implikationen für die Interessen der jungen und zukünftigen Generationen) erhalten haben, die Generationengerechtigkeit in Bezug auf Arbeitsmarkt, Wohlstand und politische Entscheidungen höher ein als Befragte (mit derselben politischen Orientierung) in der Kontrollgruppe, die diese Informationen nicht erhalten haben (siehe Abbildung 20). Außerdem empfinden politisch rechts stehende Teilnehmer:innen nach Informationen zur

15 Die Teilnehmer:innen unserer Umfrage wurden sowohl nach ihrer politischen Orientierung auf einer Skala von 0 bis 10 (0 = links, 10 = rechts) befragt als auch nach der Partei, die sie bei der Bundestagswahl 2021 gewählt haben. Die hier präsentierten Treatment-Effekte nach politischer Orientierung beziehen sich stets auf die Selbsteinordnung auf der genannten Skala. Als politisch links stehend werden diejenigen Befragten definiert, die Werte von 0 bis 4 auf dieser Skala angeben. Der Wert 5 bezeichnet die politische Mitte und als politisch rechts stehend gelten Befragte, die Werte von 6 bis 10 angeben. Abbildung 30 im Anhang zeigt, welcher Prozentsatz der Wähler:innen der im Bundestag vertretenen Parteien sich selbst jeweils als politisch links, neutral oder rechts bezeichnet.

ABBILDUNG 20
Effekt des Generationengerechtigkeits-Treatments (T1) auf das Generationengerechtigkeitsempfinden

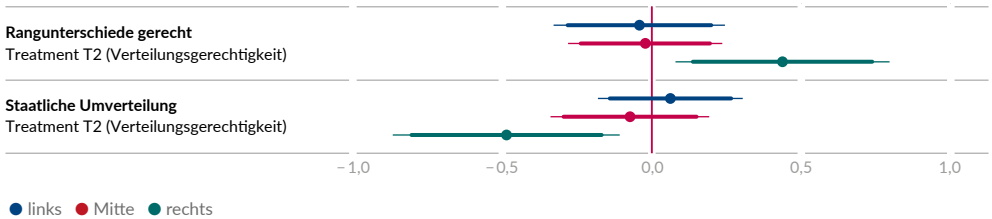


Die Abbildung zeigt den Treatment-Effekt von T1 (Generationengerechtigkeit) auf die Zustimmung zur Aussage, dass junge Menschen im Vergleich zu ihrer Elterngeneration bessere Chancen am Arbeitsmarkt beziehungsweise höheren Wohlstand haben werden, sowie auf die Zustimmung zur Aussage, dass bei politischen Entscheidungen die Auswirkungen auf junge und zukünftige Generationen ausreichend berücksichtigt werden. Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu). Die Effekte sind separat für Befragte, die sich als politisch links stehend, in der Mitte und politisch rechts stehend bezeichnen, berechnet und stets im Vergleich zur Kontrollgruppe mit derselben politischen Orientierung. Die dicken Linien geben jeweils das 90-Prozent-Konfidenzintervall an, die dünneren das 95-Prozent-Konfidenzintervall.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 21
Effekt des Verteilungsgerechtigkeits-Treatments (T2) auf das Verteilungsgerechtigkeitsempfinden und die Umverteilungspräferenzen



Die Abbildung zeigt den Treatment-Effekt von T2 (Verteilungsgerechtigkeit) auf die Zustimmung zur Aussage, dass die Rangunterschiede in der Gesellschaft gerecht sind, sowie auf die Zustimmung zur Aussage, dass der Staat für eine Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich sorgen soll. Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu). Die Effekte sind separat für Befragte, die sich als politisch links stehend, in der Mitte und politisch rechts stehend bezeichnen, berechnet und stets im Vergleich zur Kontrollgruppe mit derselben politischen Orientierung. Die dicken Linien geben jeweils das 90-Prozent-Konfidenzintervall an, die dünneren das 95-Prozent-Konfidenzintervall.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

Vermögensverteilung die Rangunterschiede in der Gesellschaft als gerechter und stimmen weniger mit der Aussage überein, dass der Staat die Unterschiede zwischen Arm und Reich verringern soll (siehe Abbildung 21).

Erklärungsansätze

Diese Effekte scheinen zunächst überraschend und auch eine Analyse der vorausgehenden Überzeugungen (*prior beliefs*) gibt keinen direkten Aufschluss über den Wirkungskanal. Die Abbildungen 31 und 32 im Anhang zeigen, wie verschiedene soziodemografische Gruppen in unserer Stichprobe die Altersungleichheit in der wahlberechtigten Bevölkerung¹⁶ und die Vermögensungleichheit¹⁷ einschätzen. Dabei zeigen die beiden Abbildungen die Einschätzungen der Befragten in den Treatment-Gruppen, bevor und nachdem sie in der Hauptbefragung entsprechende Informationen zur Altersungleichheit in der wahlberechtigten Bevölkerung und zur Vermögensungleichheit erhalten haben. Zusätzlich sind jene Einschätzungen abgebildet, die die Befragten in der Folgebefragung geäußert haben (*posterior beliefs* in der Welle 2).

Die Teilnehmer:innen unterschätzen im Durchschnitt sowohl die prozentuale Dominanz der Älteren in der Wahlbevölkerung im Vergleich zu jüngeren Wähler:innen als auch die Vermögensungleichheit (siehe *prior beliefs* in den Abbildungen 31 und 32 im Anhang). Bei Befragten, die sich als politisch rechts stehend bezeichnen, sind diese Fehleinschätzungen sogar tendenziell stärker als bei denen, die sich politisch links einschätzen, insbesondere in Bezug auf die Altersstruktur der Wahlbevölkerung. Man würde daher erwarten, dass besonders diese Befragten nach unseren Informationseingaben die Generationen- und Verteilungsgerechtigkeit als geringer einschätzen (im Vergleich zu Personen in der Kontrollgruppe mit derselben politischen Orientierung) und mehr (inter- und intra-generationale) Umverteilungsmaßnahmen fordern. Stattdessen beobachten wir jedoch das Gegenteil. Woran könnte das liegen?

Auf den ersten Blick scheinen alle Teilnehmenden nach Erhalt der Informationen zur Alters- und Vermögensungleichheit ihre Annahmen deutlich zu revidieren. Alle Befragten in den jeweiligen Treatment-Gruppen geben am Ende der Umfrage, unabhängig von ihrer politischen Orientierung, ähnliche „informierte“ Antworten, die auch nahe an den tatsächlichen Werten liegen. Allerdings könnte diese erneute Abfrage der Zahlen, über die zuvor bereits informiert wurde, von den Befragten auch als Aufmerksamkeitstest verstanden werden und würde dann weniger die tatsächlichen Überzeugungen der Befragten am Ende der Umfrage widerspiegeln. Dieser Eindruck verstärkt sich bei Betrachtung der nachträglichen Überzeugungen (*posterior beliefs*), die in der zweiten Welle der Umfrage (ein bis zwei Wochen später) abgefragt wurden. Hier wird deutlich, dass die Befragten weitgehend wieder auf ihre vorherigen Einschätzungen zur Altersgruppen- und Vermögensungleichheit (*prior beliefs*) der ersten Welle zurückfallen – beinahe so, als hätten sie unsere Informationen nie

16 Wir berechnen die Altersungleichheit in der wahlberechtigten Bevölkerung als Differenz zwischen dem Anteil der Wahlberechtigten, der 55 Jahre oder älter ist (48 Prozent), und dem Anteil der Wahlberechtigten, der 25 Jahre oder jünger ist (10 Prozent). Die Differenz beträgt demzufolge 38 Prozentpunkte.

17 Wir berechnen die Vermögensungleichheit als Differenz des Vermögensanteils der reichsten zehn Prozent (67 Prozent) und der ärmsten 50 Prozent (ein Prozent). Die Differenz beträgt demzufolge 66 Prozentpunkte.

erhalten. Da diese zweite Welle keine Informationseingaben enthielt, können die abgefragten *posterior beliefs* nicht als Aufmerksamkeitstest interpretiert werden, sondern spiegeln tatsächlich die Überzeugungen der Teilnehmer:innen wider. Wenige Wochen nach den Informationseingaben sind diese also wieder nahe am Ausgangsniveau und politisch rechts stehende Befragte unterschätzen die Altersgruppenungleichheit in der Wahlbevölkerung und die Vermögensungleichheit tendenziell stärker als links stehende.

Eine weitere Analyse zeigt, dass Befragte rechts der politischen Mitte die in der Umfrage bereitgestellten Informationen zur Altersstruktur in der Wahlbevölkerung und zur Vermögensverteilung tendenziell als weniger glaubwürdig betrachten als politisch links stehende (siehe *Abbildung 33*¹⁸). Dies könnte zum einen daran liegen, dass die vorausgehenden Überzeugungen der politisch rechts stehenden Befragten tendenziell stärker von den übermittelten Informationen abweichen als die der politisch links orientierten. Jene wären daher eher geneigt, die Richtigkeit der Informationen anzuzweifeln, als solche Befragte, die durch die Informationen in ihren Einschätzungen tendenziell bestätigt werden.¹⁹ Zum anderen könnte es auch damit zusammenhängen, dass die Umfrage unabhängig von der politischen Orientierung der Befragten als eher linkslastig eingeschätzt wird – weil hier über das eher auf der linken politischen Agenda eingeordnete Thema der Ungleichheiten befragt und informiert wird (siehe *Abbildung 34*²⁰). Diese empfundene Linkslastigkeit kann bei politisch rechts stehenden dazu führen, dass die bereitgestellten Informationen mit Skepsis betrachtet werden. Wenn diese Befragten das Gefühl haben, die Umfrage wolle sie politisch beeinflussen und von dem hohen Ausmaß an (inter- und intragenerationaler) Ungleichheit und der Notwendigkeit politischer Maßnahmen überzeugen, kann dies wie in unserem Fall dazu führen, dass diese Befragten – auch aus einem gewissen Trotz – genau umgekehrt wie erwartet reagieren. Das Gerechtigkeitsempfinden wird dann sogar verstärkt und die Nachfrage nach Umverteilung sinkt.

Der insignifikante Effekt unserer Informationseingaben auf politisch links stehende Befragte lässt sich dann damit erklären, dass diese ohnehin im Durchschnitt eher für Maßnahmen zur Erhöhung der Verteilungs- und Generationengerechtigkeit stimmen als politisch rechts stehende Befragte und darin bestätigt werden (siehe *Abbildungen 26 und 27 im Anhang*).

Folgerungen

Unser Experiment zeigt, dass Informations-Treatments paradoxe Effekte haben können. Wenn die zur Verfügung gestellten Informationen als einer politischen Perspektive zugeneigt eingeordnet werden, kann dies dazu führen, dass ihr Gehalt als weniger glaubwürdig oder sogar tendenziös wahr-

18 Den Befragten in den Treatment-Gruppen stand folgende Antwortskala zur Verfügung: 1 (sehr unglaubwürdig), 2 (eher unglaubwürdig), 3 (eher glaubwürdig), 4 (sehr glaubwürdig).

19 Dieser Zusammenhang wird auch für Personen mit neutraler politischer Orientierung (Mitte) deutlich. Auch diese Gruppe weicht in ihren *prior beliefs* stärker von den tatsächlichen Werten ab und bewertet die von uns zur Verfügung gestellten Informationen als weniger glaubwürdig als politisch links stehende Personen.

20 *Abbildung 34* zeigt, dass der geschätzte Mittelwert bei der Frage zur empfundenen Neutralität sowohl in den beiden Treatment-Gruppen als auch in der Kontrollgruppe kleiner als 3 ist. Es stand folgende Antwortskala zur Verfügung: 1 (sehr linkslastig), 2 (eher linkslastig), 3 (ausgewogen), 4 (eher rechtslastig), 5 (sehr rechtslastig).

genommen wird. Die Informationen haben in diesem Fall entweder keinen Einfluss auf Politikpräferenzen oder es kommt sogar zu Reaktionen in eine gegensätzliche Richtung.

Im konkreten Fall unserer Studie beobachten wir eine solche Trotzreaktion bei politisch rechts orientierten Befragten.²¹ Zu erwarten wäre umgekehrt bei Themen, die traditionell eher als rechts eingeschätzt werden (wie etwa Freihandel), dass politisch links stehende Personen paradox reagieren, während die Effekte auf rechts orientierte Menschen überschaubar sind.

Diese Erkenntnisse sind relevant für politische Kommunikation aller politischen Richtungen. Lernen lässt sich hierbei, dass Informationen über einen Sachverhalt – und mögen sie noch so sauber recherchiert sein – nicht notwendigerweise die Einstellungen in der Bevölkerung ändern. Diese sind fundamentaler durch Werthaltungen und tiefliegende Überzeugungen geprägt als durch ein rationales Abwägen von Fakten. Wenn die präsentierten Fakten zudem durch das politische Agenda-Setting geprägt sind und damit den Eindruck vermitteln, politisch gefärbt zu sein, können sie sogar einen kontrafaktischen Effekt haben und zu genau gegenteiligen Einstellungen führen. Hier ist also bei der Gestaltung der politischen Kommunikation Vorsicht geboten. Erfolgversprechender sind angesichts dieser Wirkungen vermutlich Ansätze, die das eingespielte Agenda-Setting unterlaufen und durch die Aufnahme unterschiedlicher und sogar widerstreitender Perspektiven auf ein Thema Einseitigkeit vermeiden.

21 Auch ein möglicher Sättigungseffekt bei Verteilungsthemen könnte bei politisch rechts orientierten Befragten zu einer solchen Trotzreaktion führen.

4 SCHLUSSFOLGERUNGEN

In dieser Studie haben wir erhoben, ob und wie weit die Menschen in Deutschland die Verteilung wirtschaftlicher Güter, das eigene Einkommen und Vermögen sowie die Lasten- und Ressourcenverteilung zwischen den Generationen als gerecht empfinden. Dabei standen also nicht objektiv messbare Ungleichheiten, sondern subjektive Wahrnehmungen im Zentrum. Diese spielen eine wesentliche Rolle für die Frage, welche Politik die Menschen bevorzugen und ob sie den politischen Institutionen den nötigen Vertrauensvorschuss für die anstehenden schwierigen Transformationsaufgaben geben. Um diese Fragen soll es abschließend gehen.

Unsere Untersuchung hat die Befunde vorausgehender Studien bestätigt, dass das Gerechtigkeitsempfinden in Deutschland gering ausgeprägt ist. Das gilt unabhängig davon, um welche Gerechtigkeitsdimension es sich handelt. Allerdings zeigten sich relevante Unterschiede im Detail.

Als gerechter wird die Gesellschaft erlebt von Menschen mit höherem Einkommen und mit höherer formaler Bildung, von Männern sowie von Bildungsaufsteiger:innen. Diejenigen, die die Gesellschaft als gerechter erleben, schenken auch den staatlichen Institutionen eher Vertrauen. Außerdem präferieren sie eher das Leistungs- und das Anrechtsprinzip. Sie sind eher davon überzeugt, dass es beim eigenen Wohlstand auf harte Arbeit und weniger auf Glück und Elternhaus ankommt.

Auf der anderen Seite stehen Menschen mit niedrigerem Einkommen und Bildungsstand sowie Frauen. Sie nehmen die Gesellschaft als ungerechter wahr und glauben tendenziell nicht oder weniger, dass es möglich ist, durch harte Arbeit reich zu werden. Überdies haben Jüngere ein schlechteres Bild der Generationengerechtigkeit und Ältere sehen die Verteilungsgerechtigkeit als weniger gegeben an.

Was vermittelt dieses Bild? Etwas zugespitzt lässt sich sagen: Gerechtigkeit ist eine Erfahrung der Starken. Sie erleben diese Gerechtigkeit zugleich als Ergebnis ihres eigenen Handelns und sie haben eher ein Interesse daran, dass die Verhältnisse so bleiben, wie sie sind. Jedenfalls sprechen sie sich weniger für politische Parteien aus, die für Umverteilung eintreten. Allerdings sehen auch sie Gerechtigkeitslücken und sie sind bereit, dafür etwas zu geben. Zum einen zeigt sich das in ihrer erhöhten Spendenbereitschaft. Diese lässt sich deuten als Ausdruck der Haltung, der Gesellschaft, in der man gut und erfolgreich lebt, etwas zurückgeben zu wollen. Zum anderen sind sie eher bereit zu

Reformbemühungen im Sinne einer Stärkung der Generationengerechtigkeit, indem sie finden, der Staat solle mehr tun, um die Klimaziele zu erreichen.

Den Schwachen in der Gesellschaft fehlen offenbar die Ressourcen für diese Haltung. Sie behalten einen größeren Anteil des optionalen Spendenbetrags für sich selbst zurück und ihr politisches Interesse geht vor allem dahin, eine bessere Verteilung von gesellschaftlichen Gütern für sich selbst zu erreichen.

Für die Politik, die heute eine breite Legitimationsbasis braucht, um die großen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben anzugehen, ist es wesentlich, diese Unterschiede beim Gerechtigkeitsempfinden nicht aus dem Blick zu verlieren. Zwar lässt sich angesichts der breiten Zustimmung für mehr Umverteilung in unserer Untersuchung nicht von einer gesellschaftlichen Spaltung oder einer Entsolidarisierung sprechen. Aber im Licht der parallelen Herausforderungen von Klimawandel und Energiekrise, steigender Inflation und noch nicht ausgestandener Coronapandemie sowie – damit einhergehend – immens steigender Staatsausgaben ist davon auszugehen, dass die gefühlte Ungerechtigkeit sogar noch weiter zunehmen könnte. Umso drängender ist es, politische Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die gezielt denen helfen, die bereits jetzt das Gefühl haben, auf der Strecke zu bleiben. Ob das mit den bislang vereinbarten Entlastungspaketen gelingt, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Eine Politik allerdings, die diverse Bevölkerungsgruppen relativ unabhängig von ihrer Bedürftigkeit bedenkt, weil ja alle Wähler:innen sind, ist nicht zielführend und auf mittlere Sicht zu teuer.

Um die Gesellschaft als gerecht zu erleben, auch das zeigt unsere Studie, reicht es zudem offenbar nicht aus, durch Umverteilungsmaßnahmen die nötige Unterstützung zu bieten. Als gerecht und fair wird erlebt, wenn man in der Lage ist, sein Leben selbst in die Hand zu nehmen und zu gestalten. Die Rolle des Staates wird eher darin gesehen, dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Insofern lohnt es sich, auf die anstehenden Transformationsprozesse in doppelter Perspektive zu schauen: mit Blick auf die ihnen innewohnenden Gerechtigkeitsrisiken, aber auch auf die Chancen. Bei den gewaltigen Aufgaben, vor denen wir stehen, ist jede und jeder gefragt. Das gilt für den Weg zu mehr Klimaschutz ebenso wie für eine pragmatische Hilfe für die Schwächeren und die Bewahrung des sozialen Miteinanders in unruhigen Zeiten. Welche Potenziale hierin liegen, haben die Coronapandemie und der Einsatz für Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan und zuletzt aus der Ukraine gezeigt. Hier wie da zählt das lokale Tun, das Verhalten im Alltag, das gemeinsame Anpacken mit der Nachbarschaft. Auch das darf die Politik nicht vergessen und dafür sollte sie Türen öffnen.

Nicht zuletzt geht es in diesen Zeiten darum, dass sich nicht noch mehr Menschen von der Demokratie abwenden und eine Lösung für ihre Erfahrungen von Ungerechtigkeit im Nichtwählen oder der Wahl von Protestparteien sehen. Hierbei müssen die Ergebnisse dieser Studie zum Umgang mit Informationen hellhörig machen: Die bloße Präsentation von Fakten führt nicht notwendig dazu, dass Meinungen überdacht werden. Widersprechen die präsentierten Fakten den eigenen Intuitionen und Überzeugungen oder unterstellt man dem Absender eine politische Absicht, kann dies geradezu den gegenteiligen Effekt haben. Für die politische Kommunikation heißt das, dass es den Mut braucht, unterschiedliche Sichtweisen zuzulassen und bei der Begründung von Entscheidungen auch Ambivalenzen und Unwägbarkeiten zuzugestehen. Das erhöht die Glaubwürdigkeit und erlaubt es eher, auch die mitzunehmen, die ohnehin skeptisch sind.

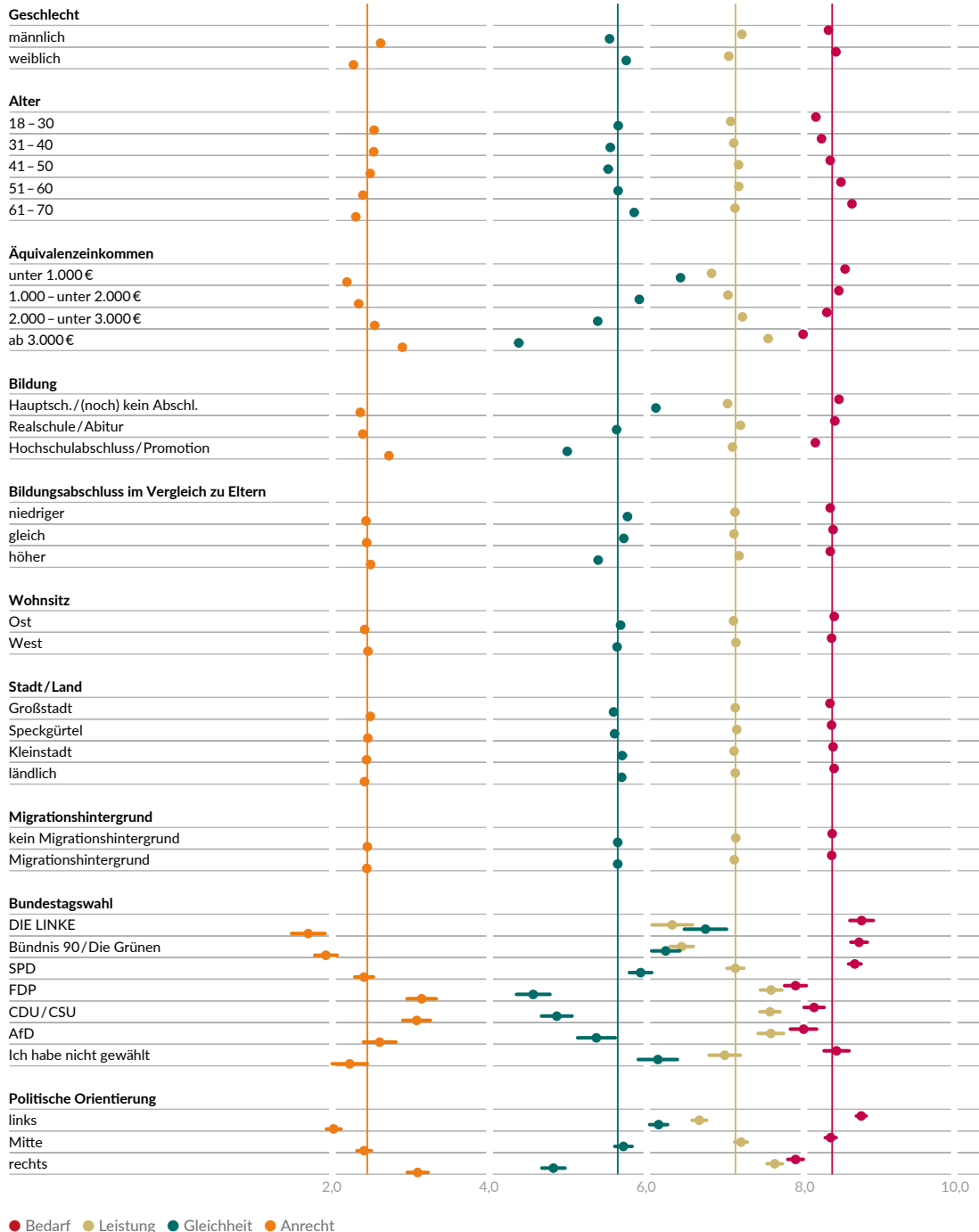
5 LITERATUR

- Adams-Prassl, A., Boneva, T., Golin, M. & Rauh, C. (2020). Inequality in the impact of the coronavirus shock: Evidence from real time surveys. *Journal of Public Economics*, Vol. 189: 104245.
- Agostinelli, F., Doepke, M., Sorrenti, G. & Zilibotti, F. (2022). When the great equalizer shuts down: Schools, peers, and parents in pandemic times. *Journal of Public Economics*, Vol. 206: 104574.
- Arant, R., Dragolov, G. & Boehnke, K. (2017). *Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021). *Lebenslagen in Deutschland – Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung*.
- Benabou, R. & Tirole, J. (2006). Belief in a just world and redistributive politics. *The Quarterly Journal of Economics*, 121 (2), S. 699–746.
- Brand, T., Follmer, R. & Unzicker, K. (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020 – Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Dewar, M., Esser, F. C., Benczur, P., Campolongo, F., Harasztosi, P., Karagiannis, S., Biagi, F., Punie, Y., Barrios, S., Ivaskaite-Tamosiune, V., Maestri, V., Tumino, A., D'Hombres, B., Langedijk, S., Schnepf, S., Silva, F. B. E., Comite, F. D., Santos, P. H. D., Jacobs, C., Kompil, M., Lavalle, C., Pontarollo, N., Ciriolo, E. & Dessart, F. J. (2017). *What makes a fair society? Insights and evidence*. In: JRC Working Papers (Nr. JRC106087). Joint Research Centre (Seville site). <https://ideas.repec.org/p/ipt/iptwpa/jrc106087.html>
- Douenne, T. & Fabre, A. (2022). Yellow Vests, Pessimistic Beliefs, and Carbon Tax Aversion. *American Economic Journal: Economic Policy*, 14 (1), S. 81–110.
- El-Menouar, Y. & Unzicker, K. (2021). *Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit: Wie Werthaltungen unsere Einstellungen zu gesellschaftlichen Zukunftsfragen bestimmen*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Fuchs-Schündeln, N., Krüger, D., Ludwig, A. & Popova, I. (2021). The Long-Term Distributional and Welfare Effects of Covid-19 School Closures. *The Economic Journal*, Vol. 132, S. 1647–1683.
- GESIS (2015): *ALLBUS/GGSS 2014 (Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften/ German General Social Survey 2014)*. Cologne: GESIS Data Archive. ZA5240 Data file Version 2.1.0. Doi:10.4232/1.12288

- Grewenig, E., Lergetporer, P., Werner, K., Woessmann, L. & Zierow, L. (2021). COVID-19 and Educational Inequality: How School Closures Affect Low- and High-Achieving Students. *European Economic Review*, Vol. 140: 103920.
- ICAEW (2017). *Intergenerational fairness: A survey of citizens in 10 European countries*.
<https://www.icaew.com/-/media/corporate/files/groups-and-networks/local-groups-and-societies/international-groups/europe/intergenerational-fairness.ashx>
- Liebig, S., Hülle, S. & May, M. (2016). *Principles of the Just Distribution of Benefits and Burdens: The „Basic Social Justice Orientations“ Scale for Measuring Order-Related Social Justice Attitudes*. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research 831. Berlin: German Institute for Economic Research, Research Data Center SOEP.
- OECD (2021). *Does Inequality Matter?: How People Perceive Economic Disparities and Social Mobility*. OECD.
- Piketty, T. (1995). Social mobility and redistributive politics. *The Quarterly Journal of Economics*, 110 (3), S. 551–584.
- Richter, D. & Schupp, J. (2012). *SOEP Innovation Sample (SOEP-IS) – Description, Structure and Documentation*. SOEPpaper of Multidisciplinary Panel Data Research 463. Berlin: German Institute for Economic Research, Research Data Center SOEP.
- Sachweh, P. & Sthamer, E. (2016). Gerechtigkeitsempfinden: Befunde zum Gerechtigkeitsempfinden der Deutschen und potenzielle soziale Folgen empfundener Ungerechtigkeit. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). *Der Kitt der Gesellschaft: Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland*. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Sauer, C. & Valet, P. (2014). *LINOS-1: Legitimation of Inequality over the Life-Span*. SFB 882 Technical Report No. 13. Bielefeld: DFG Research Center (SFB) 882 „From Heterogeneities to Inequalities“.
- Schröder, C., Bartels, C., Göbler, K., Grabka, M. & König, J. (2020). MillionärInnen unter dem Mikroskop: Datenlücke bei sehr hohen Vermögen geschlossen – Konzentration höher als bisher ausgewiesen. *DIW Wochenbericht* 29 2020.
- Stantcheva, S. (2021). Perceptions and Preferences for Redistribution. In: *The IFS Deaton Review* sowie als *NBER Working Paper 29370*.
- Stantcheva, S. (2022). Inequalities in the Times of a Pandemic. *Economic Policy*, Vol. 37, S. 5–41.

6 ANHANG

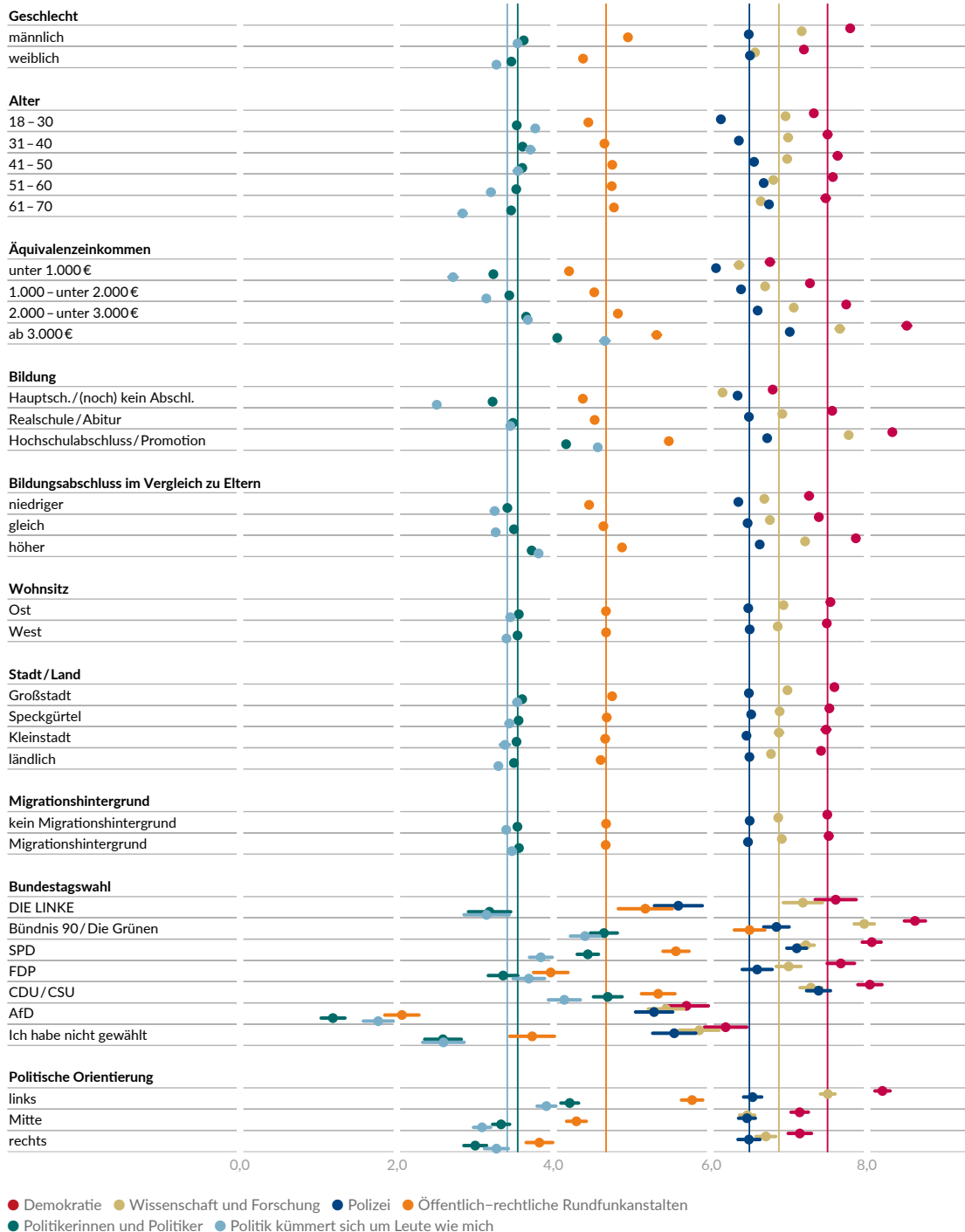
ABBILDUNG 22
Zustimmung zu Verteilungsprinzipien für verschiedene Bevölkerungsgruppen



Die Abbildung zeigt die Zustimmung zum Leistungs-, Gleichheits-, Anrechts- und Bedarfsprinzip für verschiedene Bevölkerungsgruppen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen Durchschnittswerte für die einzelnen Verteilungsprinzipien an. Antwortskala bei den zugrunde liegenden Aussagen jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

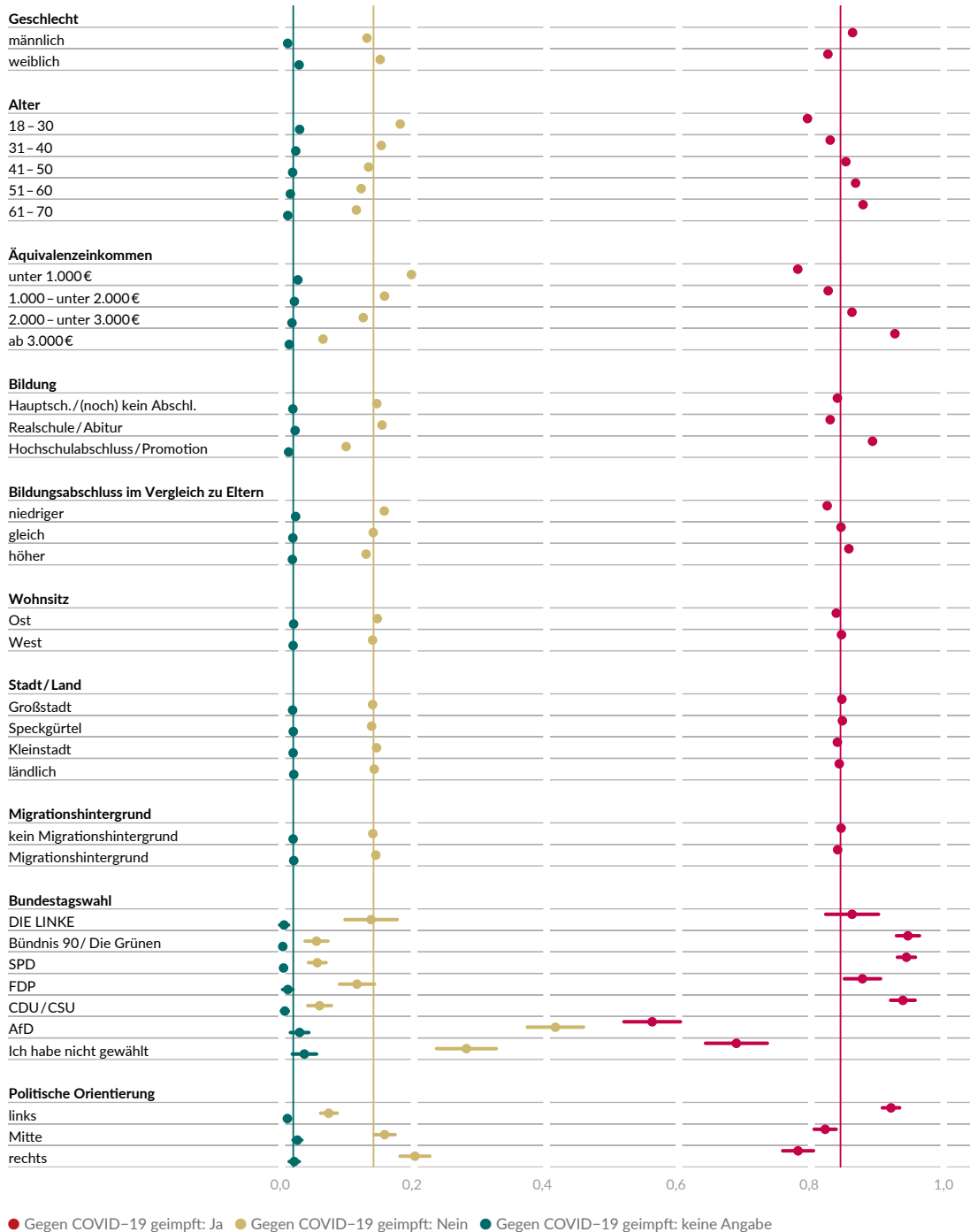
ABBILDUNG 23
Institutionenvertrauen für verschiedene Bevölkerungsgruppen



Die Abbildung zeigt das durchschnittliche Institutionenvertrauen verschiedener Bevölkerungsgruppen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen Durchschnittswerte für die einzelnen Institutionen bzw. Aussagen zum Institutionenvertrauen. Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 24
COVID-19-Impfstatus für verschiedene Bevölkerungsgruppen

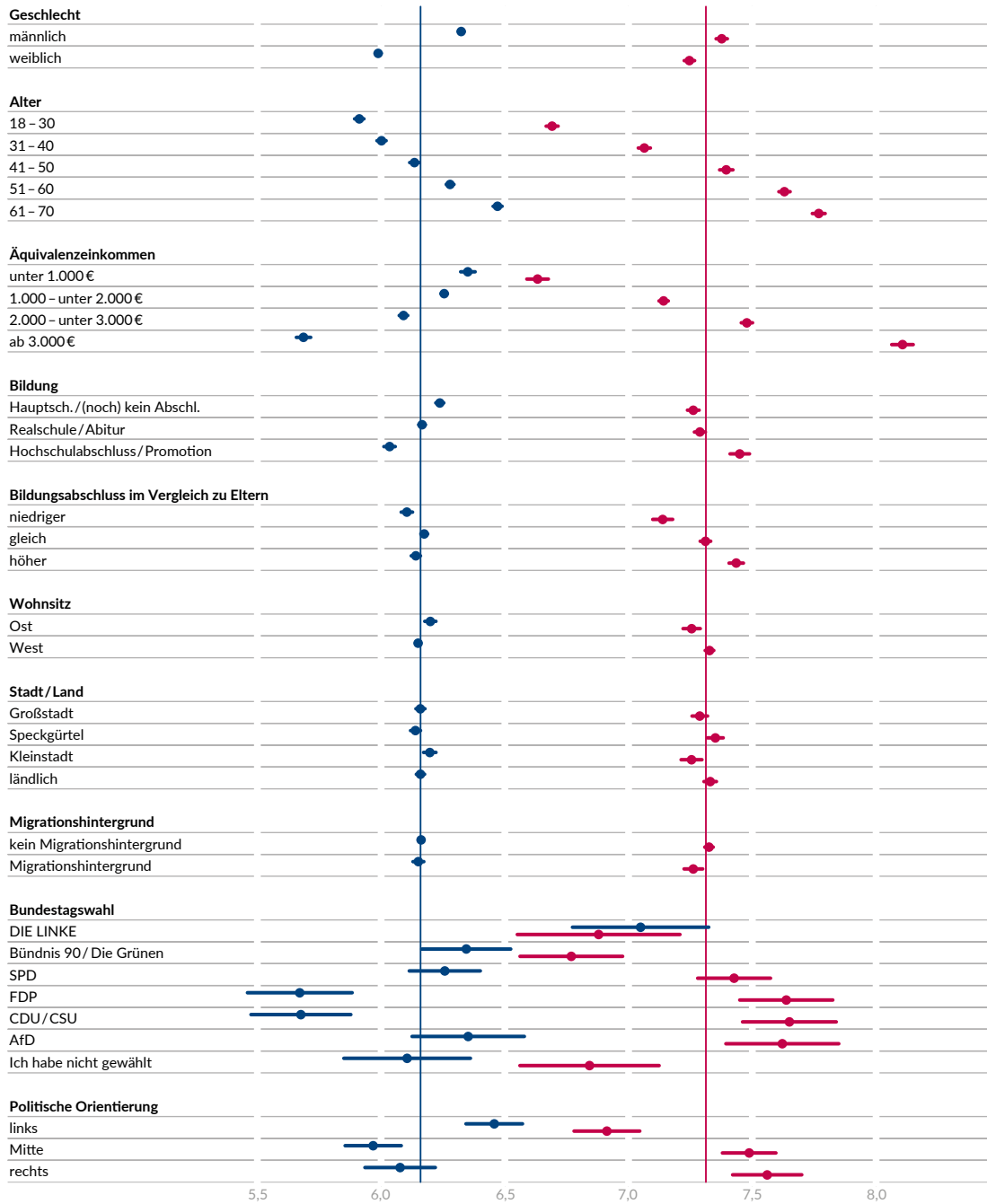


Die Abbildung zeigt den COVID-19-Impfstatus für verschiedene Bevölkerungsgruppen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen den Anteil geimpfter und nicht geimpfter Befragter sowie den Anteil der Befragten, der keine Angabe zu seinem Impfstatus gemacht hat.

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 25

Wahrgenommener Einfluss von Glück und harter Arbeit auf eigenen Reichtum für verschiedene Bevölkerungsgruppen



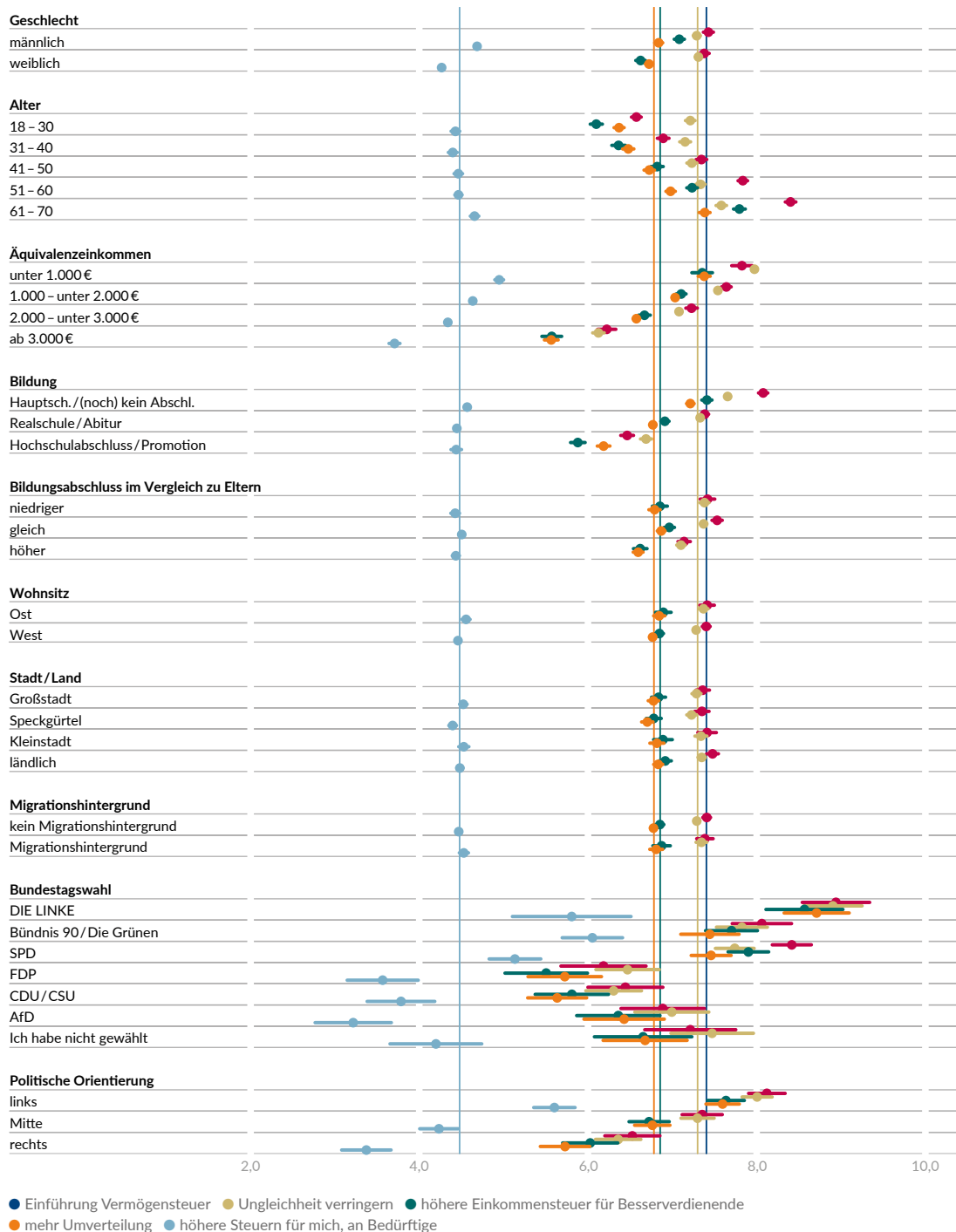
● Reichtum in Deutschland stark von Eltern und Glück abhängig ● Mein eigener Reichtum Ergebnis harter Arbeit

Die Abbildung zeigt die durchschnittliche Zustimmung verschiedener Bevölkerungsgruppen zu den Aussagen, dass der eigene Reichtum hauptsächlich das Ergebnis eigener harter Arbeit sei bzw. stark vom Reichtum der Eltern und von glücklichen Zufällen abhängt, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen durchschnittliche Zustimmungswerte für beide Aussagen. Antwortskala jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 26

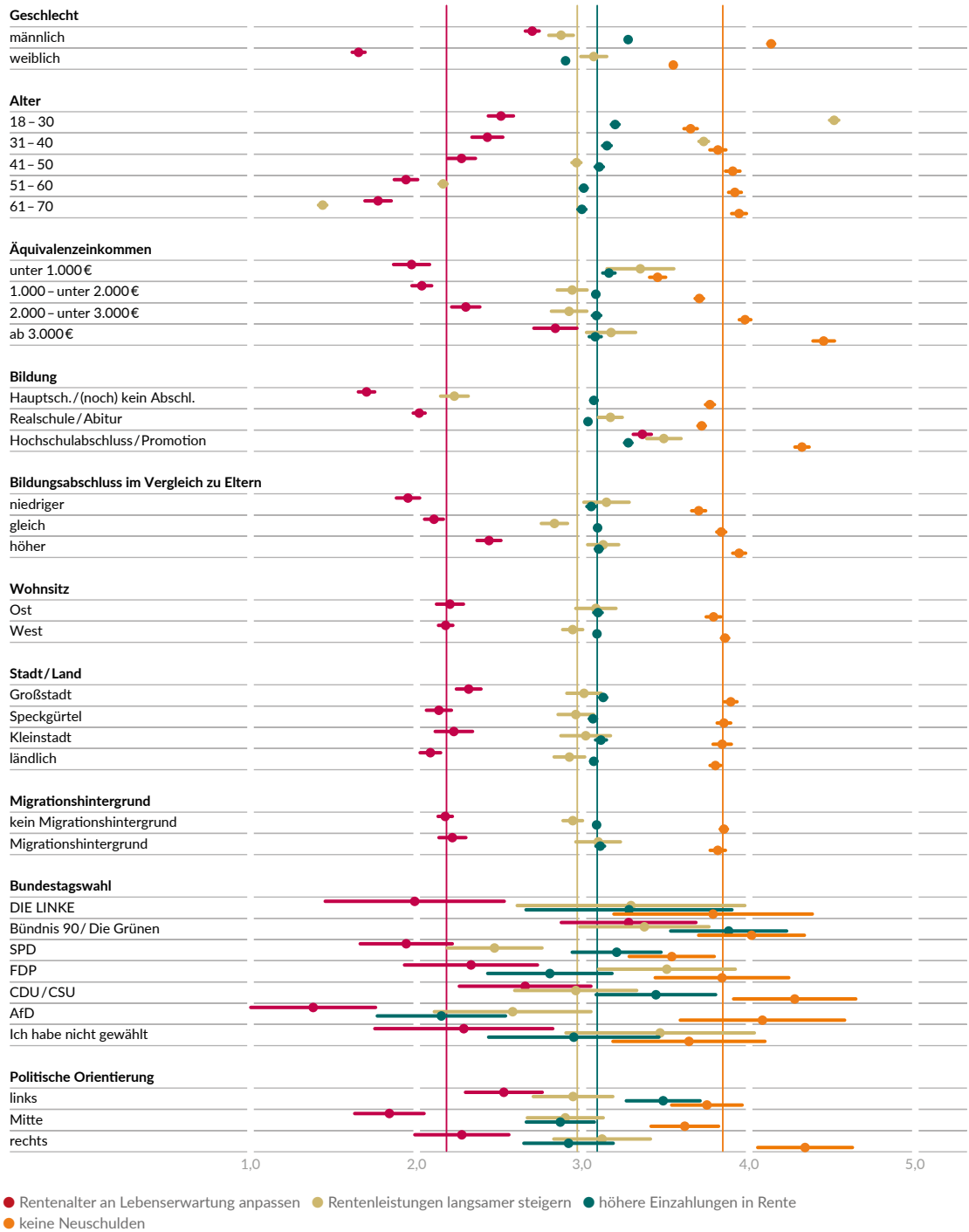
Umverteilungspräferenzen für verschiedene Bevölkerungsgruppen



Die Abbildung zeigt die Umverteilungspräferenzen für verschiedene Bevölkerungsgruppen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen Durchschnittswerte für die einzelnen Aussagen an. Antwortskala bei den zugrunde liegenden Aussagen jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 27
Einstellungen zur Generationenpolitik für verschiedene Bevölkerungsgruppen



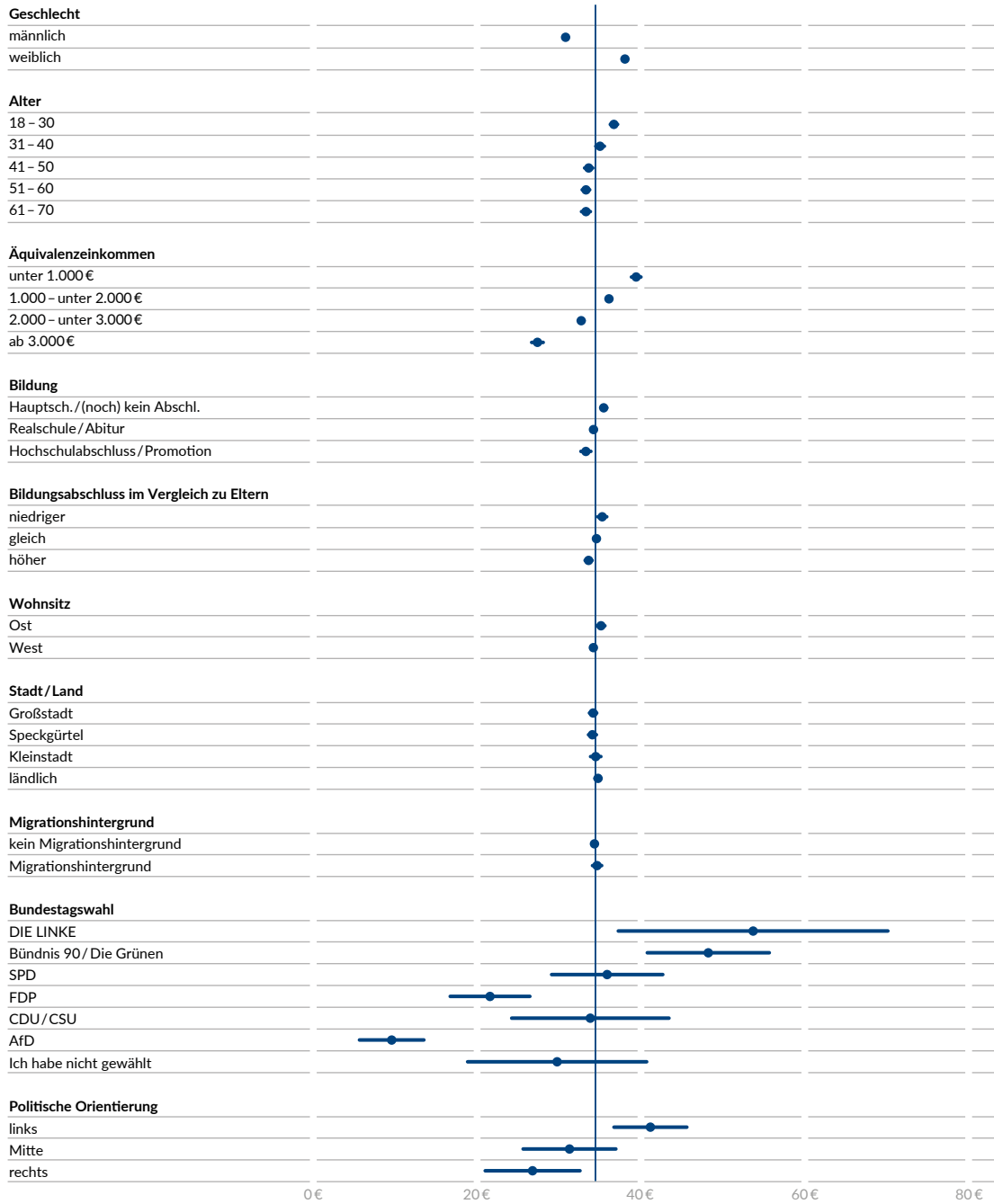


Die Abbildung zeigt die Einstellungen zur Generationenpolitik für verschiedene Bevölkerungsgruppen (siehe Abschnitt 4.6), geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen Durchschnittswerte für die einzelnen Aussagen an. Antwortskala bei den zugrunde liegenden Aussagen jeweils von 0 (stimme gar nicht zu) bis 10 (stimme voll und ganz zu).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 28

Zahlungsbereitschaft für die Kompensation des CO₂-Ausstoßes bei einer Flugreise für verschiedene Bevölkerungsgruppen

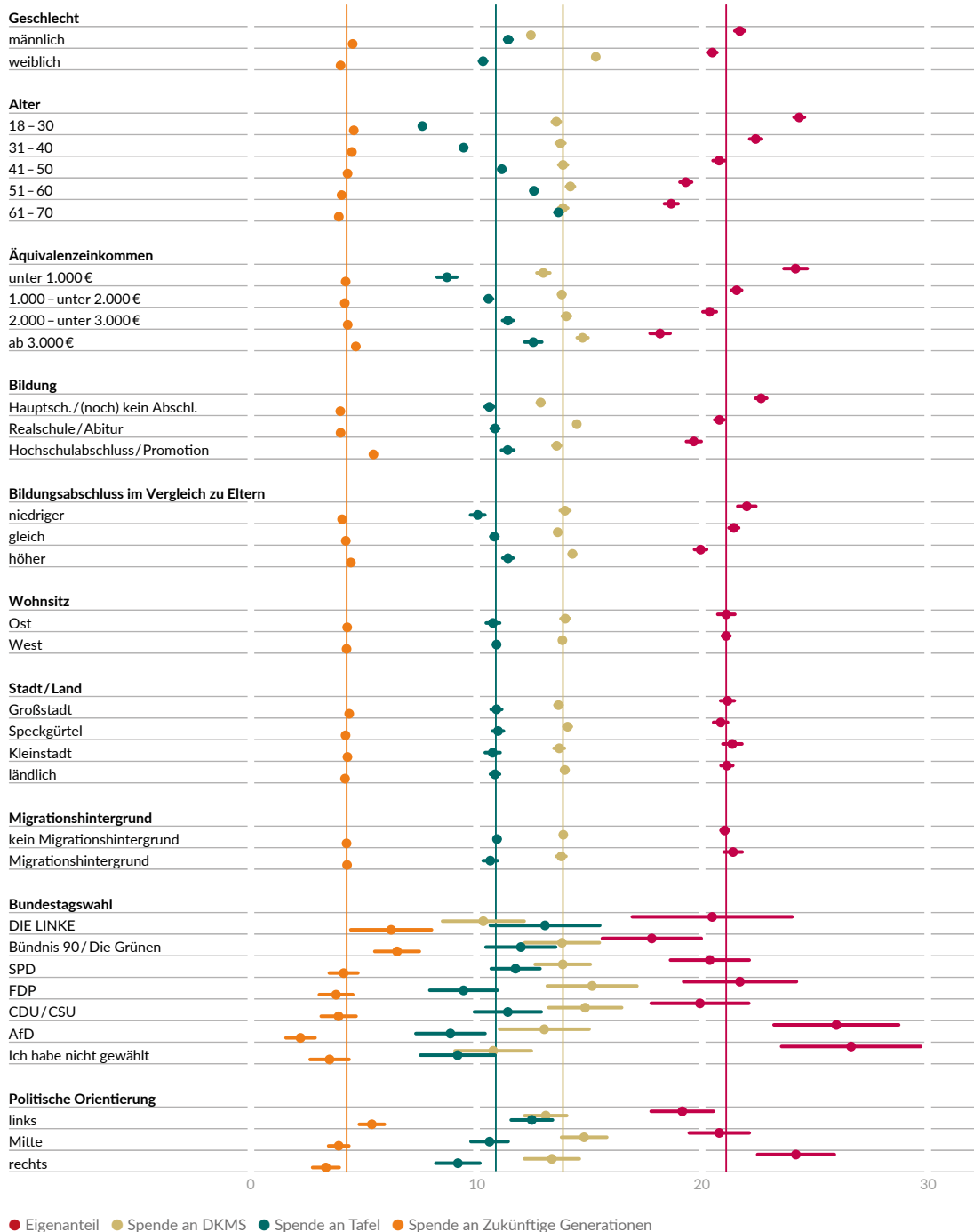


● Ausgleich Flugreise in Euro

Die Abbildung zeigt die Zahlungsbereitschaft (in Euro) für die Kompensation des CO₂-Ausstoßes einer Flugreise für verschiedene Bevölkerungsgruppen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linie zeigt die durchschnittliche Zahlungsbereitschaft. Befragte konnten einen Betrag zwischen 0 und 300 Euro angeben.

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 29
Spendenverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen



Die Abbildung zeigt das Spendenverhalten für verschiedene Bevölkerungsgruppen, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen Durchschnittswerte für die einzelnen Spendenorganisationen bzw. den nicht gespendeten Betrag. Insgesamt aufzuteilender Betrag: 50 Euro.

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 30

Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und der bei der Bundestagswahl 2021 gewählten Partei

	links	Mitte	rechts
DIE LINKE	85,1%	12,8%	2,1%
Bündnis 90 / Die Grünen	72,2%	23,0%	4,8%
SPD	45,8%	40,5%	13,6%
FDP	16,1%	46,9%	37,0%
CDU / CSU	9,6%	49,5%	40,9%
AfD	2,7%	31,5%	65,8%
Ich habe nicht gewählt	22,6%	57,4%	20,0%
Sonstige / keine Angabe	23,1%	57,4%	19,4%

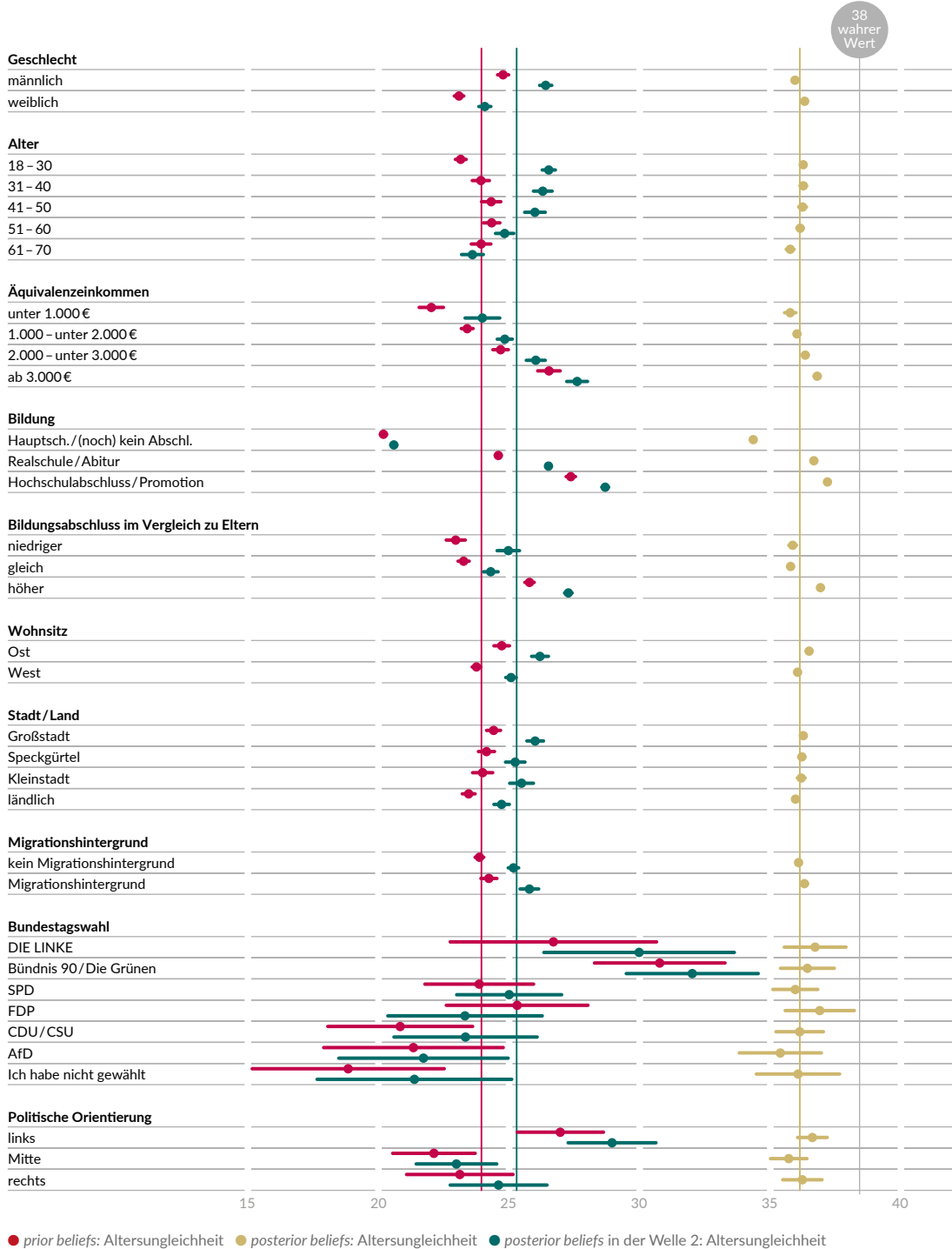
Die Abbildung zeigt, welcher Prozentsatz der Wählerinnen und Wähler einer Partei sich als politisch links, neutral oder rechts einordnet. Die politische Orientierung wurde auf einer Skala von 0 bis 10 gemessen (0 = links, 10 = rechts); die Kategorie „links“ umfasst folglich Befragte, die Werte von 0 bis 4 angaben, die politische Mitte entspricht dem Wert 5 und „rechts“ umfasst die Werte 6 bis 10.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 31

prior und posterior beliefs zur Altersungleichheit in der Wahlbevölkerung für verschiedene Bevölkerungsgruppen



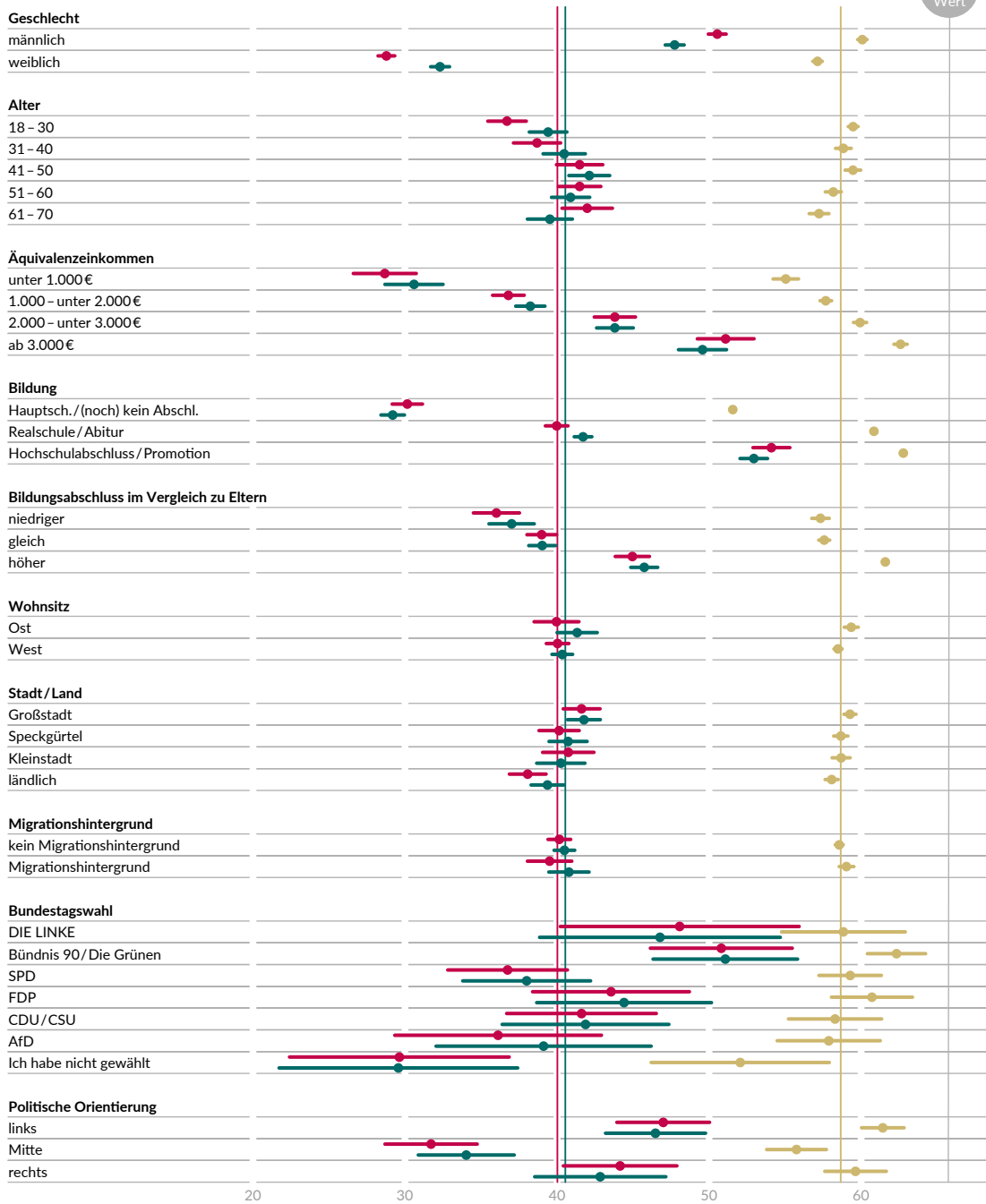
Die Abbildung zeigt die *prior* und *posterior beliefs* der Befragten in der ersten Treatment-Gruppe (T1: Generationengerechtigkeits-Treatment) zur Altersungleichheit in der wahlberechtigten Bevölkerung, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen die durchschnittlichen *beliefs*. Die Altersungleichheit berechnen wir als Differenz der genannten Anteile von Wähler:innen 55 Jahre und älter sowie 25 Jahre und jünger. Die graue Linie zeigt den tatsächlichen Wert (38).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 32

prior und posterior beliefs zur Vermögensungleichheit für verschiedene Bevölkerungsgruppen

66
wahrer Wert



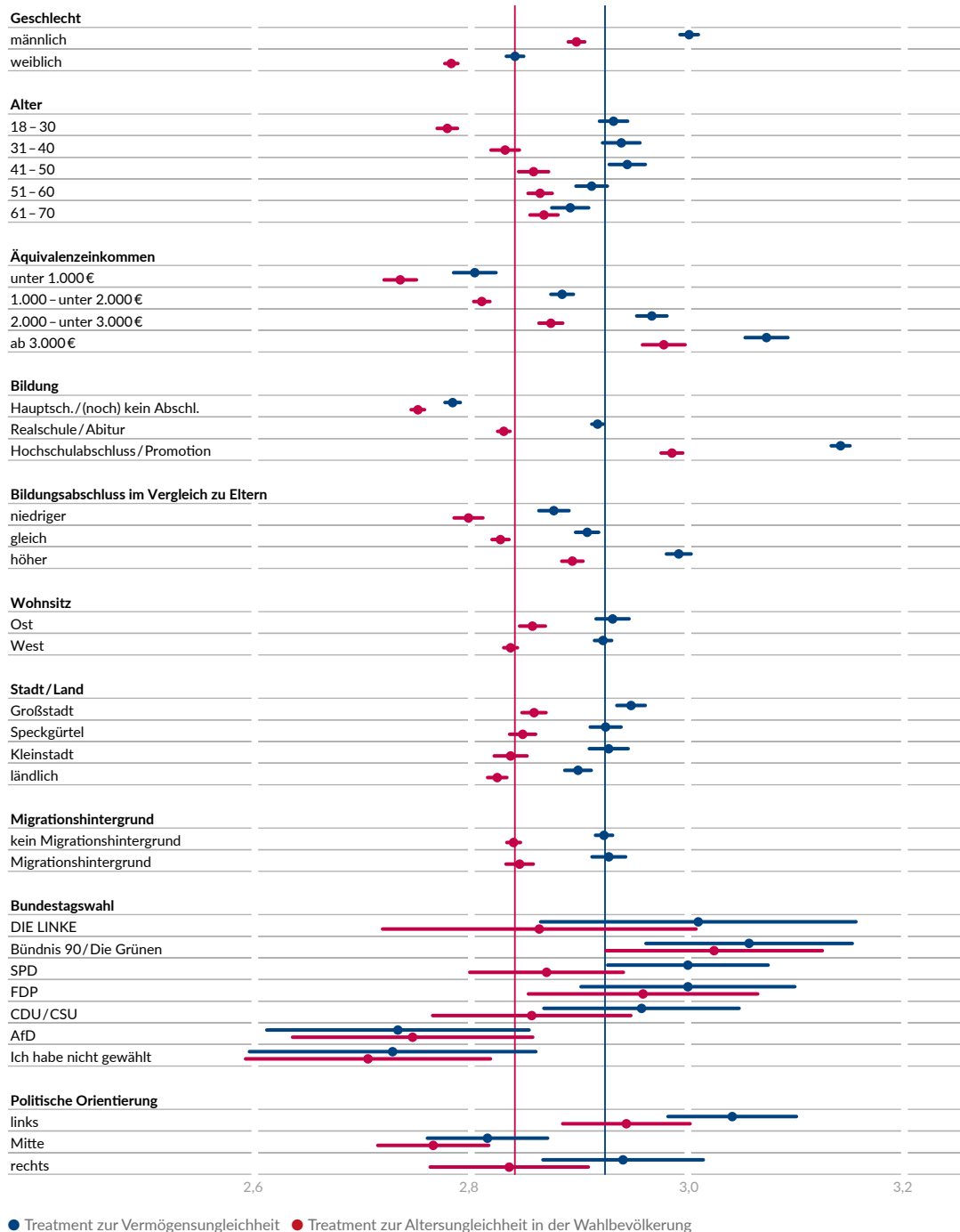
● prior beliefs: Vermögensungleichheit ● posterior beliefs: Vermögensungleichheit ● posterior beliefs in der Welle 2: Vermögensungleichheit

Die Abbildung zeigt die prior und posterior beliefs der Befragten in der zweiten Treatment-Gruppe (T2: Verteilungsgerechtigkeits-Treatment) zur Vermögensungleichheit, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen die durchschnittlichen beliefs. Die Vermögensungleichheit berechnen wir als Differenz der genannten Anteile für die oberen 10 Prozent und die unteren 50 Prozent. Die graue Linie zeigt den tatsächlichen Wert (66).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 33

Empfundene Glaubwürdigkeit der bereitgestellten Informationen zur Altersungleichheit in der Wahlbevölkerung und zur Vermögensungleichheit für verschiedene Bevölkerungsgruppen



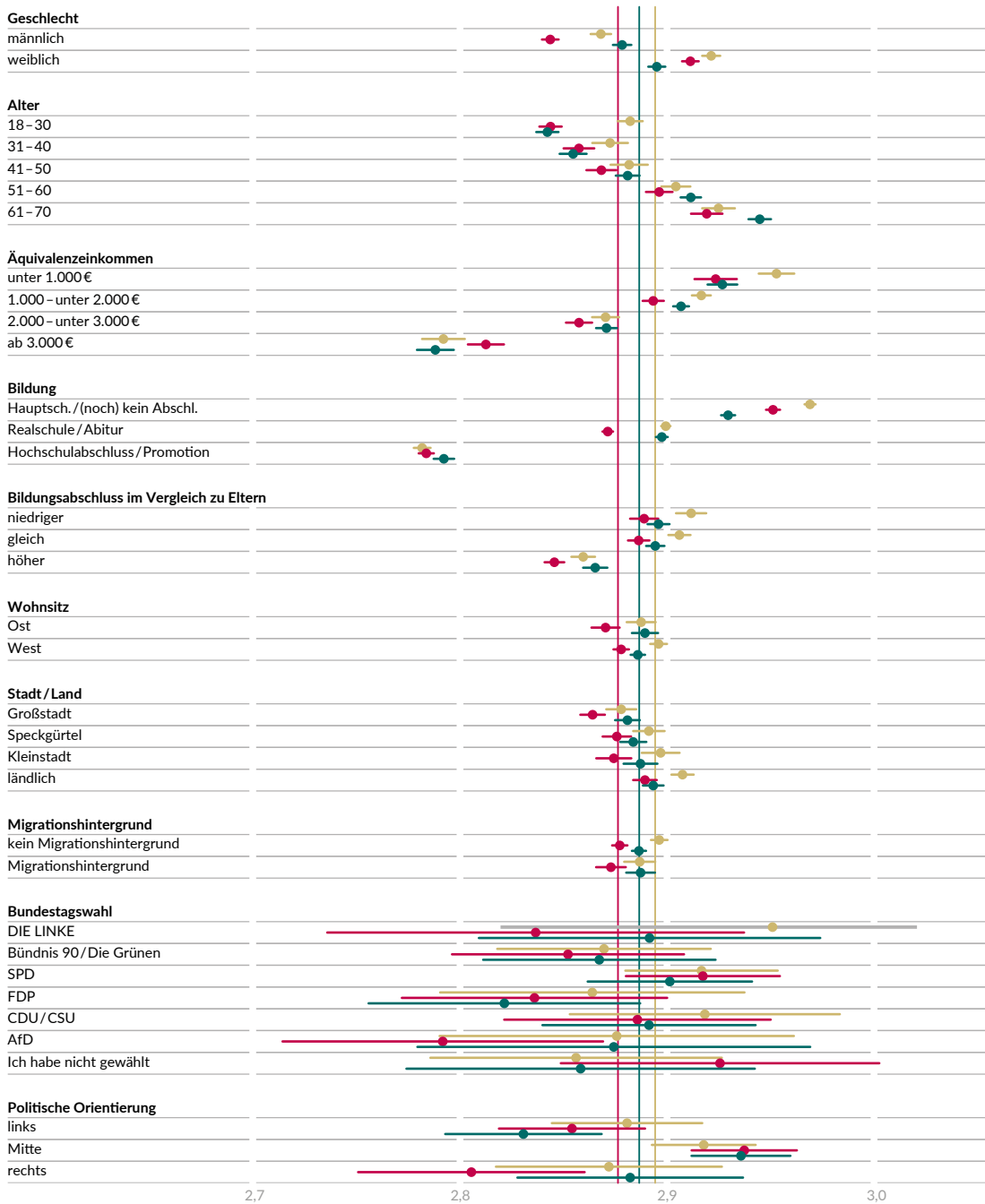
● Treatment zur Vermögensungleichheit ● Treatment zur Altersungleichheit in der Wahlbevölkerung

Die Abbildung zeigt die empfundene Glaubwürdigkeit der bereitgestellten Informationen zur Altersungleichheit in der Wahlbevölkerung und zur Vermögensungleichheit, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen die durchschnittlich empfundene Glaubwürdigkeit der beiden Informations-Treatments. Die Frage zur Glaubwürdigkeit wurde jeweils nur denjenigen Teilnehmenden gestellt, die die entsprechende Information auch erhalten haben (Befragte in den Treatment-Gruppen). Antwortskala: 1 (sehr ungläubwürdig), 2 (eher ungläubwürdig), 3 (eher gläubwürdig), 4 (sehr gläubwürdig).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 34

Empfundene Neutralität der Umfrage für verschiedene Bevölkerungsgruppen



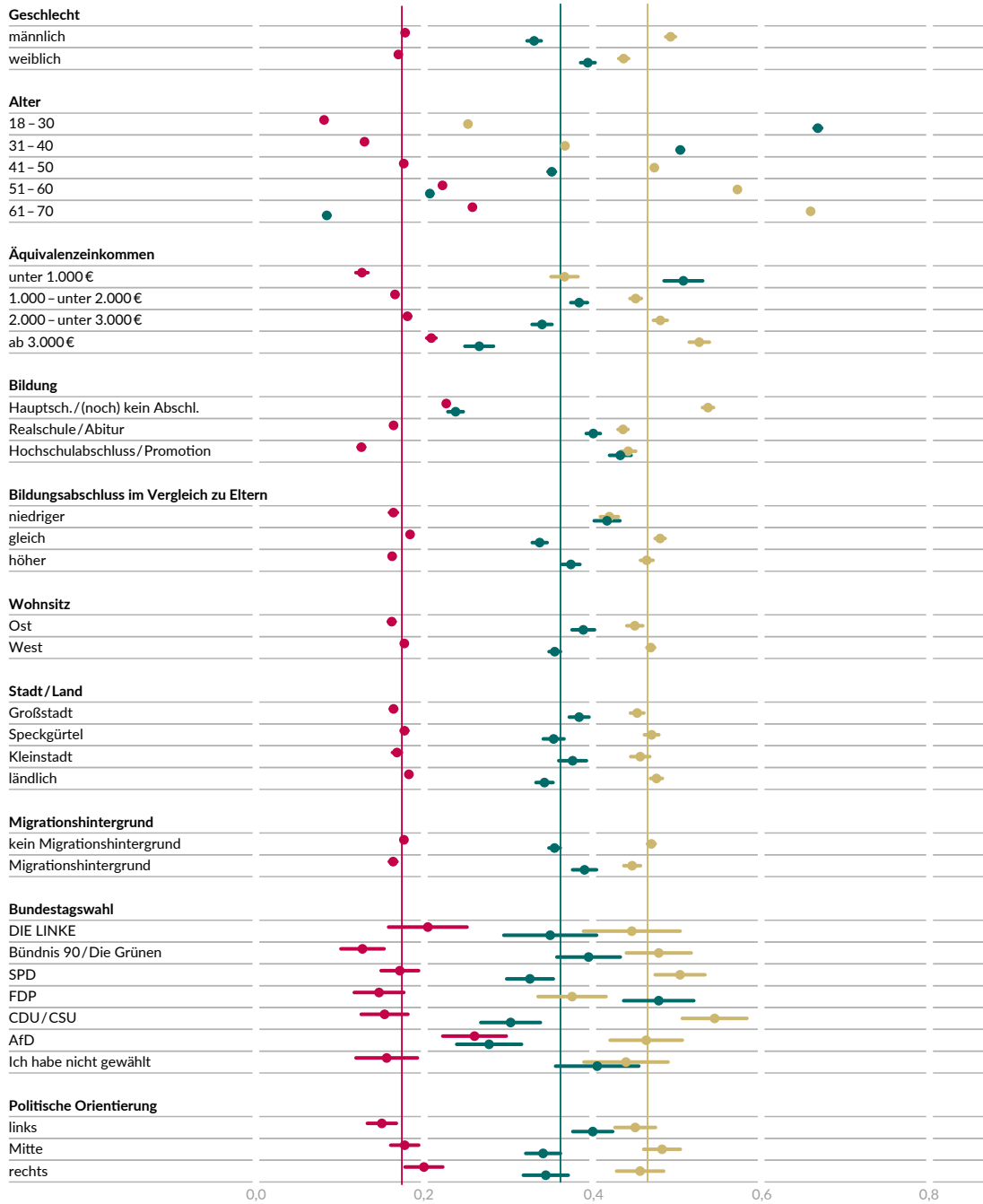
● Befragte in Treatment-Gruppe zur Altersungleichheit in der Wahlbevölkerung
 ● Befragte in Treatment-Gruppe zur Vermögensungleichheit ● Befragte in Kontrollgruppe

Die Abbildung zeigt die empfundene Neutralität der Umfrage, getrennt für Befragte in den beiden Treatment-Gruppen und für Befragte in der Kontrollgruppe, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen jeweils die durchschnittlich empfundene Neutralität der Umfrage. Antwortskala: 1 (sehr linkslastig), 2 (eher linkslastig), 3 (ausgewogen), 4 (eher rechtslastig), 5 (sehr rechtslastig).

Quelle: Eigene Berechnungen.

ABBILDUNG 35

Erwartete Einkommensmobilität über fünf Jahre für verschiedene Bevölkerungsgruppen



Einkommenstellung in 5 Jahren: ● nach unten ● gleich ● nach oben

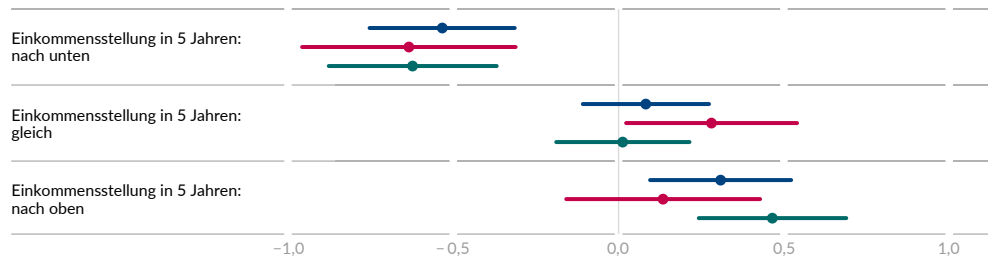
Die Abbildung zeigt die erwartete Einkommensmobilität, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Dazu gaben die Befragten an, auf welcher Position in der Einkommensverteilung, illustriert durch eine zehnstufige Leiter, ihr Haushalt ihrer Meinung nach heute steht und auf welcher Stufe ihr Haushalt ihrer Meinung nach in 5 Jahren stehen wird. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung. Keine Kontrollvariablen bei den Kategorien „Bundestagswahl“ und „Politische Orientierung“. Vertikale Linien zeigen den durchschnittlichen Anteil der Befragten an, der erwartet, dass die Einkommensposition auf der zehnstufigen Leiter in 5 Jahren höher / gleich / niedriger als die heutige Position ist.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 36

Zusammenhang Gerechtigkeitsempfinden und erwartete Einkommensmobilität über fünf Jahre



- Verteilungsgerechtigkeit (allgemein)
- Verteilungsgerechtigkeit (eigenes Einkommen/Vermögen)
- Generationengerechtigkeit

Die Abbildung zeigt den Zusammenhang zwischen den Dimensionen des Gerechtigkeitsempfindens und der erwarteten Einkommensmobilität über die nächsten fünf Jahre, geschätzt anhand einer Regressionsanalyse. Dazu gaben die Befragten an, auf welcher Position in der Einkommensverteilung, illustriert durch eine zehnstufige Leiter, ihr Haushalt ihrer Meinung nach heute steht und auf welcher Stufe ihr Haushalt ihrer Meinung nach in 5 Jahren stehen wird. Kontrollvariablen: Alter, Geschlecht, Einkommen, Bildung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 2

Verteilung der Spenden

	0 €	bis 5 €	über 5 – 10 €	über 10 – 20 €	über 20 – 30 €	über 30 – 40 €	über 40 – 50 €
Eigenanteil	26,1	3,5	7,7	18,5	17,7	10,5	15,9
Spende an DKMS	20,9	10,1	24,9	24,2	13,1	2,0	4,9
Spende an Tafel	29,7	11,8	22,8	22,4	10,1	1,3	1,9
Spende an Zukünftige Generationen	56,1	16,1	19,0	7,4	1,0	0,1	0,3

Die Tabelle zeigt die Anteile der Befragten, die den entsprechenden Organisationen den jeweiligen Betrag gespendet haben (zeilenweise).

| BertelsmannStiftung

TABELLE 3

Anteile Kompensation für Flugreisen

Kompensation Flugreise	(%) Bereitschaft
bis 10 €	39,9
über 10 € bis 20 €	13,0
über 20 € bis 40 €	17,7
über 40 € bis 60 €	18,2
über 60 € bis 100 €	7,4
über 100 € bis 200 €	2,4
über 200 €	1,5

| BertelsmannStiftung

TABELLE 4

Zustimmungsanteile für ausgewählte Variablen der Kapitel 4,1 – 4,6 zusammengefasst

	0-4	5	6-10
3.1 Gerechtigkeitsempfinden (einzelne Fragen)			
Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.	72,7%	13,2%	14,0%
Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.	61,8%	14,5%	23,7%
Die wirtschaftlichen Gewinne werden heute in Deutschland im Großen und Ganzen gerecht verteilt.	76,9%	13,9%	9,2%
Die Rangunterschiede zwischen den Menschen sind akzeptabel, weil sie im Wesentlichen ausdrücken, was man aus seinen Chancen gemacht hat.	55,2%	20,2%	24,6%
Ich finde mein Einkommen gerecht im Vergleich dazu, was andere erhalten.	48,0%	16,8%	35,2%
Ich finde mein Vermögen gerecht im Vergleich dazu, was andere haben.	44,9%	20,6%	34,5%
Junge Menschen in Deutschland werden im Großen und Ganzen bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben als ihre Elterngeneration.	46,1%	19,3%	34,6%
Junge Menschen in Deutschland werden im Großen und Ganzen einen höheren Wohlstand erreichen als ihre Elterngeneration.	52,0%	20,5%	27,5%
Bei politischen Entscheidungen werden die Auswirkungen auf junge und zukünftige Generationen ausreichend berücksichtigt.	70,1%	16,1%	13,8%

3.1 Gerechtigkeitsempfinden (zusammengefasste Indizes)

Verteilungsgerechtigkeit allgemein	79,1%	4,1%	16,8%
Verteilungsgerechtigkeit eigenes Einkommen und Vermögen	49,8%	11,6%	38,6%
Generationengerechtigkeit	66,2%	6,6%	27,2%

3.2 Gerechtigkeitsprinzipien (zusammengefasste Indizes)

Bedarfsprinzip	2,6%	2,5%	94,9%
Leistungsprinzip	9,6%	6,0%	84,5%
Gleichheitsprinzip	36,1%	9,8%	54,1%
Anrechtsprinzip	86,0%	5,1%	8,9%

3.3 Institutionenvertrauen

Bewertung der Demokratie	10,7%	11,2%	78,0%
Vertrauen in Wissenschaft und Forschung	11,8%	13,2%	74,9%
Vertrauen in die Polizei	18,1%	11,6%	70,2%
Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten	43,8%	13,8%	42,4%
Vertrauen in Politikerinnen und Politiker	60,5%	15,1%	24,5%
Die Politik kümmert sich ausreichend um Leute wie mich.	63,9%	15,7%	20,4%

	0-4	5	6-10
3.4 Wahrgenommener Einfluss von Glück und harter Arbeit auf den eigenen Reichtum			
Der eigene Reichtum hängt in Deutschland stark vom Reichtum der Eltern und von glücklichen Zufällen und weniger vom persönlichen Arbeitseinsatz ab.	22,8%	15,1%	62,1%
Mein eigener Reichtum ist hauptsächlich das Ergebnis meiner eigenen harten Arbeit.	13,5%	10,7%	75,9%
3.5 Umverteilungspräferenzen			
Der Staat soll für eine Verringerung des Unterschieds zwischen Arm und Reich sorgen.	12,6%	12,1%	75,3%
In Deutschland benötigen wir im Moment mehr Umverteilung von Reich nach Arm.	16,8%	15,6%	67,6%
Besserverdienende sollen in Deutschland höhere Einkommensteuern bezahlen als bisher.	19,6%	10,1%	70,3%
Reiche sollen in Deutschland ab einer gewissen Höhe des Vermögens Vermögensteuern bezahlen.	16,5%	7,0%	76,5%
Ich wäre bereit, mehr Steuern zu zahlen, wenn ärmere Menschen dafür höhere finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen.	44,5%	18,5%	37,0%
3.6 Einstellungen zur Generationenpolitik			
Der Staat soll mehr tun, um die Klimaziele zu erreichen.	18,0%	13,5%	68,5%
Das gesetzliche Renteneintrittsalter sollte an die Lebenserwartung gekoppelt werden. D. h. bei weiterhin steigender Lebenserwartung sollte das Renteneintrittsalter automatisch erhöht werden.	77,7%	7,9%	14,4%
Die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung sollten weniger stark steigen als Löhne und Gehälter.	64,9%	17,2%	17,9%
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten einen höheren Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen.	64,9%	17,9%	17,2%
Der deutsche Staat sollte ohne neue Schulden auskommen, auch wenn dies mit Leistungskürzungen oder höheren Steuern und Abgaben verbunden ist.	55,0%	22,8%	22,2%
Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren sollten ein Wahlrecht erhalten.	59,4%	10,5%	30,1%
Auch Kinder und Jugendliche sollten ein Wahlrecht erhalten, das bis zum Erreichen des Wahlalters durch deren Erziehungsberechtigte ausgeübt wird.	85,1%	6,6%	8,4%
Die Politik in Deutschland hat in der Corona-Pandemie die Interessen der Kinder und Jugendlichen vernachlässigt.	17,8%	9,8%	72,4%

Die Tabelle zeigt die Zustimmungsteile für die in Kapitel 3 analysierten Variablen, die auf einer elfstufigen Skala (0 - 10) abgefragt wurden. Die Antworten wurden für die Kategorien 0 - 4, 5 und 6 - 10 zusammengefasst, wobei 0 für „stimme gar nicht zu“ bzw. „vertraue gar nicht“ und 10 für „stimme völlig zu“ bzw. „vertraue voll und ganz“ steht.

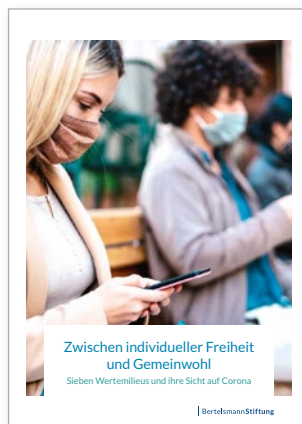
LITERATURTIPPS

Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten der Pandemie

Religionsmonitor

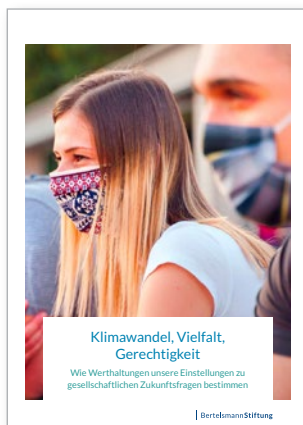


Zwischen individueller Freiheit und Gemeinwohl

Wertebildung



Weiterbildung im Jugendfußball - Ein Handbuch für Trainer



Klimawandel, Vielfalt, Gerechtigkeit



Die Corona-Krise und Strategien der Bewältigung



Werte lernen und leben

Impressum

© Bertelsmann Stiftung,
Gütersloh
August 2022

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich:
Kai Unzicker

Autorinnen und Autoren:

Julia Baarck
Mathias Dolls
Kai Unzicker
Lisa Windsteiger

Lektorat / Korrekturat:

Gesine Bonnet, Wiesbaden
Hartmut Breckenkamp, Bielefeld

Gestaltung:

Dietlind Ehlers

Bildnachweis:

© Getty Images / iStockphoto /
Orbon Alija

Kontakt

Dr. Kai Unzicker
Senior Project Manager
Programm Lebendige Werte
Bertelsmann Stiftung
Telefon +49 5241 81-81405
Fax +49 5241 81-681131
kai.unzicker@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de